



KULTURBÜRO
SACHSEN E.V.

POLITISCHE JUGENDARBEIT VOM KOPF AUF DIE FÜSSE

Zum anwaltschaftlichen Arbeiten mit menschenrechtsorientierten Jugendlichen im ländlichen Raum.



Politische Jugendarbeit vom Kopf auf die Füße

Zum anwaltschaftlichen Arbeiten mit menschenrechtsorientierten Jugendlichen
im ländlichen Raum.

Diese Publikation wird herausgegeben vom:

Kulturbüro Sachsen e. V.
Bautzner Straße 45
01099 Dresden

Tel.: 0049 351 2721490
www.kulturbuero-sachsen.de

Die hier veröffentlichten Beiträge spiegeln die Meinung der Autor_innen wider. Diese stimmen nicht notwendigerweise mit den Ansichten des Kulturbüro Sachsen e. V. überein. Die Berücksichtigung von Genderfragen in der Sprache und der Umgang mit den Extremismusbegriffen wurde von den Autor_innen unterschiedlich gehandhabt. Der Herausgeber hat die von ihnen jeweils gewählte Form belassen.

ISBN: 978-3-00-047955-7
Redaktionsschluss: Oktober 2014
Druck: Belzing Druck GmbH
Lektorat: Nancy Grochol, www.lektorat-argwohn.de
Satz und Layout: www.mitzomedia.de

Politische Jugendarbeit vom Kopf auf die Füße

Zum anwaltschaftlichen Arbeiten mit menschenrechtsorientierten Jugendlichen im ländlichen Raum.

Das Projekt „Werkstatt Junge Demokratie“ wurde von Januar 2012 bis Dezember 2014 in den sächsischen Kleinstädten Burgstädt und Limbach-Oberfrohna umgesetzt. Ziel des Projektes war das Empowerment nichttrechter, menschenrechtsorientierter Jugendlicher und damit die Stärkung und Verfestigung ihres politischen und kulturellen Engagements für Vielfalt in den ländlichen Regionen Sachsens.

Um die Perspektiven der Jugendlichen und ihr Engagement sichtbar zu machen, Solidarität mit ihnen zu stiften und um mit Sozialpädagog_innen handlungsleitende Konzepte zur Stärkung von menschenrechtsorientierten Jugendlichen zu erarbeiten, waren die Projektmitarbeiter_innen vor Ort aktiv.

Wir danken allen Unterstützer_innen, insbesondere der AKTION MENSCH, der Amadeu Antonio Stiftung, der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika in Deutschland, der Sebastian Cobler Stiftung für Bürgerrechte, dem Fonds Soziokultur und dem Lazar-Lichdi-Fonds.

Unser besonderer Dank und unsere Anerkennung gilt den Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Burgstädt und Limbach-Oberfrohna die mit ihrem ungebrochenen Engagement, ihrer Kraft und Kreativität dazu beitragen, dass ihre Region kein brauner Fleck auf der Landkarte wird!

Das Projekt „Werkstatt Junge Demokratie“ wurde 2014 mit dem Hermine Albers Anerkennungspreis in der Kategorie Praxispreis der Kinder- und Jugendhilfe der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe ausgezeichnet.

Mehr zum Projekt „Werkstatt Junge Demokratie“ und diese Publikation finden Sie unter:
<http://kulturbuero-sachsen.de/index.php/arbeitsbereiche/gemeinwesenarbeit.html>

Inhalt

- 6** **Statt eines Vorwortes: „Wir waren die Nestbeschmutzer“**
Interview mit Jugendlichen der Sozialen und Politischen Bildungsvereinigung
Limbach-Oberfrohna e.V.
(Interview von Laura Piotrowski, Netz gegen Nazis)
- 10** **Das Problem der Etikettierung**
Über „bunte Vögel“, menschenrechtsorientierte Störerinnen, antifaschistische
Demokraten und ihr Potenzial
(Susanne Feustel und Michael Nattke, Kulturbüro Sachsen e. V.)
- 20** **Von Rowdys und Bombenbauern**
Zum Zusammenspiel von Extremismusansatz und autoritärer Ordnung in
ländlichen Regionen
(Michael Nattke und Grit Hanneforth, Kulturbüro Sachsen e. V.)
- 30** **Rechte Dominanz gegen Nichtrechte, Alternative und
politisch Aktive**
Definition, Ausmaß und Folgen
(Andrea Hübler, Opferberatungsstelle für Betroffene rechter Gewalt,
RAA Sachsen e. V.)
- 40** **Empowermentkonzepte – eine Einführung**
(Tom Zimmermann, Sozialpädagoge, Treibhaus e.V. Döbeln)
- 46** **Methoden der ressourcenorientierten, anwaltschaftlichen
Arbeit mit nichtrechten Jugendlichen**
Erfahrungen aus dem Projekt „Werkstatt Junge Demokratie“
(Ina Lorenz, Kulturbüro Sachsen e. V.)
- 57** **Jugendarbeit und Rechtsextremismus:**
Was kann und was sollte Jugendarbeit zur Aneignung menschenrechtlicher
und demokratischer Überzeugungen beitragen?
(Albert Scherr, Pädagogische Hochschule Freiburg)
- 67** **Von der „Glatzenpflege auf Staatskosten“ zur Deradikalisierung
als Konzept?**
(Susanne Feustel, Kulturbüro Sachsen e. V.)

Statt eines Vorwortes:

„Wir waren die Nestbeschmutzer“¹

Interview mit Jugendlichen der Sozialen und Politischen Bildungsvereinigung Limbach-Oberfrohna e.V.

Das Interview führte LAURA PIOTROWSKI.

Die Soziale und politische Bildungsvereinigung L. O. e. V. arbeitet seit über fünf Jahren gegen die rechte Hegemonie in der sächsischen Kleinstadt Limbach-Oberfrohna. Doch der Verein kämpft nicht nur gegen Nazis, sondern auch gegen den Vorwurf, „Nestbeschmutzer“ zu sein. Ein Interview mit Elli von der Initiative.

Elli ist 22 Jahre alt, studiert in Chemnitz und wohnt weiterhin in Limbach-Oberfrohna. Die etwa 25 Kilometer zur Uni pendelt sie, um in ihrer Heimatstadt aktiv gegen Nazis zu bleiben. Rückschläge steckt sie dabei seit 2009 ein, als Nazis einen Brandanschlag auf das erste Vereinshaus verübten und die Stadt wochenlang die Schuld bei der Initiative suchte.

netz-gegen-nazis.de: Kannst du kurz zusammenfassen, was eure Ziele sind und wie ihr sie erreichen wollt?

Elli: Unser größtes Ziel ist es, endlich einen alternativen Freiraum für nichtrechte Jugendliche zu schaffen. Wir stehen selbst immer wieder vor dem Problem, dass es in Limbach einfach keinen Ort gibt, an dem wir Veranstaltungen machen oder uns einfach mal treffen können. In unserer Stadt sind die Nazis leider genauso erwünscht wie alle anderen. Auch im Jugendhaus hängen immer wieder Nazis ab. So sind das alle Orte, die wir nicht besuchen können, ohne bedroht zu werden.

1 Das Interview „Wir waren die Nestbeschmutzer“ wurde erstmals am 15. November 2013 auf netz-gegen-nazis.de veröffentlicht. Für die vorliegende Publikation gestattete uns die Amadeu Antonio Stiftung, das Interview, leicht gekürzt, erneut zu verwenden. Herzlichen Dank für die freundliche Unterstützung.

Wie viele Jugendliche könnt ihr für euer Engagement gewinnen?

Im harten Kern gehören so 10 bis 15 Leute zu uns. Wir haben die Arbeit angefangen, als viele noch in der Schule waren. Jetzt studieren einige oder machen eine Ausbildung. Um offen für Nachwuchs zu sein, wäre ein Treffpunkt wichtig.

Wie sieht es aus mit diesem Treffpunkt? Hattet ihr nicht mal ein Haus?

(seufzt) Das ist eine lange Geschichte, da muss ich ausholen. 2008 haben wir die Initiative gestartet und Ladenräume angemietet. Das war unser Infoladen „Schwarzer Peter“. Auf den Laden gab es immer wieder Naziangriffe – und dann wurden wir gekündigt.

2009 haben wir unser erstes Haus gekauft, die „Doro 40“. Wir haben begonnen, Räume zum Wohnen und für Veranstaltungen auszubauen. 2010 haben Nazis auf das Haus einen Brandanschlag verübt, alles ist ausgebrannt. So mussten wir wieder bei Null anfangen. [...] Fast die ganze Stadt hat uns einfach abgelehnt. Wir waren die Nestbeschmutzer, wurden wie Provokateure behandelt, es fand eine Täter-Opfer-Umkehr statt. Durch den Brandanschlag sind 35.000 Euro Schaden entstanden, ganz zu schweigen von dem Rückschlag für unsere Arbeit. Die Stadt hat uns 500 Euro als Wiedergutmachung dazugesteuert. Auch sonst ist es immer ein wenig schwierig mit der Stadtverwaltung, besonders mit dem Oberbürgermeister (CDU). Der lehnt uns ab und reagiert auch nicht, wenn wir ihn zu Veranstaltungen einladen.

2011 haben wir versucht, in neuen Räumen einen Infoladen zu eröffnen. Alles schien gut zu laufen: Wir haben Flyer gedruckt, die Feier geplant, die Räume bezogen, Einladungen geschrieben. Und dann, so drei Tage vor der Eröffnung, kam auf einmal ein Brief von der Stadt, dass wir nicht eröffnen können, weil wir manche Formalitäten nicht beachtet haben. Wir hätten einen Umnutzungsantrag stellen müssen, weil die Räume vorher nur zum Wohnen freigegeben waren, wir nun aber einen öffentlichen Veranstaltungsort planen würden. An diesem Antrag hängen dann auch Brandschutzmaßnahmen und Notausgänge. Wir haben das einfach nicht gewusst – das Bauamt hat es uns aber auch nicht eher gesagt. Statt der Eröffnungsfeier haben wir dann eine Kundgebung vor dem Laden gemacht, um zu zeigen, dass wir trotzdem da sind und weitermachen wollen. Aber schon in den Tagen davor ging es wieder los, dass Nazis vorbeikamen. Oft erst so ein, zwei Spähposten und danach eine größere Menge.

Kannst du davon erzählen, was vor der Eröffnung passierte?

Ein paar Tage vor der geplanten Eröffnung kamen so 20 Leute mit Flaschen vorbei und haben nach uns geschaut. Das war bedrohlich. Wir haben die Polizei gerufen, die hat das nicht interessiert. Am nächsten Abend kamen wieder Nazis, eine größere Gruppe, und haben uns angegriffen. Wir waren zum Glück nicht ganz allein und haben uns auch gewehrt, weil die gerufene Polizei einfach nicht kam. Als sie dann da war, sind die Nazis weggerannt, was die Cops eindeutig gesehen haben. Aber stattdessen wurden wieder wir zu den Täterinnen und Tätern gemacht: Es gab eine Hausdurchsuchung in unseren Räumen und Beschlagnahmungen, unter anderem wurde Quarzsand sichergestellt. Die Polizei hat gleich die Meldung rausgegeben, wir besäßen Sprengstoff.

Dabei war das Sand und den hatte sich zu dem Zeitpunkt nicht mal ein Sprengstoff-experte angeschaut! Natürlich kam das gleich groß in den Zeitungen. Diese falschen Schlagzeilen wurden im Nachhinein nur ganz klein korrigiert. Aber sowas setzt sich in den Köpfen der Menschen fest [...].

Wer unterstützt euch denn? Wie finanziert ihr zum Beispiel die Häuser und Baumaßnahmen?

Wir haben echt Glück. Wir setzen natürlich auch private Mittel ein. Aber es gibt viel Unterstützung durch unsere Eltern, durch Bekannte und andere private Kontakte. Wir bekommen Spenden oder haben auch schon mehrmals Fördermittel beantragt und erhalten. Sonst könnten wir das gar nicht so weitermachen. Aus dem Kreis um unsere Initiative gibt es auch immer wieder Menschen, die mithelfen, beim Bauen oder Veranstaltungen organisieren. [...]

Was hat sich in Limbach verändert?

Die letzten zwei Jahre ist es ruhiger geworden. Das liegt zum einen daran, dass Nazikader im Gefängnis sitzen und deshalb für viele kleine Mitläufer auf der Straße einfach die Führungsfiguren fehlen. Andere haben Familien gegründet und sind dadurch ruhiger geworden. Andererseits verhalten wir uns selbst auch anders als früher. Zum Beispiel geht man eben nicht mehr Samstag Abend aufs Stadtfest, wo Stress eigentlich vorprogrammiert ist, sondern Sonntag Nachmittag, wenn nicht mehr so viele Menschen da sind und alles ruhiger ist. Ich muss auch sagen, dass ich bestimmte Orte einfach meide, wie abends an der Tankstelle lang zu laufen. Da stehen immer Nazis, das muss ich einfach nicht haben. Man lernt halt aus den Angriffen und meidet so große Menschenansammlungen. Und wir haben in den letzten zwei Jahren als Initiative auch nicht mehr so viel gemacht. Das ist auch ein Grund: Immer wenn man was gemacht hat, dann sind die Nazis gekommen.

Auch in der Stadtverwaltung hat sich einiges verändert. Die Zeit um den Hausbrand 2009, das war der Scheitelpunkt. Seitdem wird uns viel besser begegnet. Das Naziproblem wird eingestanden und die Stadt hat ein „Netzwerk des guten Willens“ gegründet, in dem sitzen einige Initiativen und die Kirche. Mehr als guter Wille ist das aber leider auch nicht. Es geht hier einzig darum, das Image der Stadt zu verbessern. Und das Netzwerk geht grundsätzlich von dem Extremismuskonzept aus. Das Problem wird so eigentlich nicht erkannt. Anstatt einen „Linksextremismus“ zu fantasieren, sollte lieber wirklich etwas gegen die Nazis getan werden – die sind das eigentliche Problem. Da wird jetzt zum Beispiel „Badminton gegen Extremismus“ angeboten oder „Schwimmen gegen Rechts“. Und wer bei solchen Schwimmwettbewerben mitschwimmt, weiß man ja. Unter diesem Extremismuskonzept arbeite ich jedenfalls nirgendwo mit.

Bei den Bürgerinnen und Bürgern von Limbach merkt man aber schon, dass sich die Meinung verändert. Es gibt mehr Interesse an uns und unserer Arbeit. Seit 2010 veranstalten wir das „Stay Rebel Festival“ auf dem Markt. Da gibt es jetzt schon mehr

Besucherinnen und Besucher. Früher war die Distanz viel größer, häufig haben sich Menschen da nicht hingetraut, um nicht mit „solchen“ gesehen und dann in eine Schublade gesteckt zu werden.

Ist in Limbach die Angst vor Nazis so groß?

Das ist ein bisschen beides: Die Angst vor der öffentlichen Meinung, man darf ja nicht mit den Schmutzkindern spielen, aber auch die Angst vor Nazis.

Ja, doch, das ist auch für mich etwas überraschend. Die Friedrich-Ebert-Stiftung hatte 2012 eine Veranstaltung zu Rechtsextremismus in Limbach gemacht. Da sind erwachsene Menschen aufgestanden und haben erzählt, dass sie Angst vor den Nazis haben, abends nicht mehr auf die Straße gehen wollen oder bestimmte Orte meiden. Das waren ganz normale deutsche weiße Männer und Frauen! Man kann schon davon sprechen, dass Nazis hier eine rechte Hegemonie aufgebaut haben. Und der Staat hat viel zu lange zugeschaut und auch uns als aktive Zivilgesellschaft und alternative Jugendliche behindert und kriminalisiert.

Ich denke aber, es gibt genug Menschen, die keine Lust auf die Rechten haben. Es gibt immer wieder einzelne Menschen, die nicht mit den Nazis mitziehen. Aber sich auch nicht trauen, den Mund dagegen aufzumachen. Entweder man macht mit oder man bekommt Ärger. Die Rechten sind einfach überall, gerade wenn man weggehen will, und da gibt es in Limbach schon nicht so viele Orte. Sie sind im Jugendhaus, auf den Dorffesten, auch im neuen Jugendclub „Suspekt“. Als der eröffnet wurde, gab es ein Video, in dem der Oberbürgermeister toll erzählt hat, was das für ein wichtiger Schritt für eine vielfältige Stadt ist. Und hinter ihm sind stadtbekannte Nazis zu sehen, die die Wände streichen, also das „Suspekt“ von Anfang an mit aufgebaut haben. [...]

Denkst du, dass es einfacher wäre, in einer Großstadt als im ländlichen Gebiet Arbeit gegen Nazis zu machen?

Im Grunde ja. In großen Städten gibt es viel mehr interessierte Menschen, weniger sozialen Druck und einfach auch mehr Freiräume. Wie Kleinstädte sind, sieht man ja gerade in Schneeberg.

Aber im ländlichen Raum, da sind die Nazis oft in der Vormachtstellung und hier ist es wesentlich wichtiger, was zu machen. Wenn wir alle wegziehen würden, dann wäre das hier eine reine Nazistadt. Dann könnten die machen, was sie wollen. Und es wäre alles nur noch schlimmer als vor 2008, bevor wir angefangen haben zu arbeiten. Wir geben auch nicht auf. Wir bleiben hier, um diese Hegemonie zu brechen und die Stadt für alle lebenswert zu machen!

Das Problem der Etikettierung

Über „bunte Vögel“, menschenrechtsorientierte Störerinnen, antifaschistische Demokraten und ihr Potenzial

Was meinen wir eigentlich, wenn wir die Kategorie „nichtrechte“ oder „menschenrechtsorientierte“ Jugendliche bedienen? Mit „nichtrechts“ und „menschenrechtsorientiert“ wurden zwei Etiketten produziert. Diese entpuppten sich als hilfreich für die Kommunikation unserer Arbeit nach außen. Dennoch würden sich die so beschriebenen Individuen die beiden Begriffe nicht unbedingt von selbst an die Brust heften, obwohl sie mit ihren Ideen und ihrem Handeln an unterschiedlichen Baustellen sehr oft aktiv daran beteiligt sind, dass Menschenrechte allorts thematisiert werden. Sie selbst bezeichnen sich als „emanzipatorische“, „linke“, „antifaschistische“ Initiativen.

Im Folgenden wird das Wirrwarr um Definitionen, Fremdzuschreibungen und Selbstbezeichnungen insoweit aufgedröselt, als dass wir den Versuch unternehmen, zu erklären, warum wir welchen Begriffsapparat benutzen. Zudem wird darauf aufmerksam gemacht, welchen Einfluss antifaschistische, menschenrechtsorientierte Gruppen auf die Demokratie – vor allem als gelebte Alltagskultur vor Ort – haben können. Der Beitrag räumt mit einigen Klischees über „antifaschistisches Engagement“ auf und betrachtet eben dieses Engagement aus einer anderen Perspektive: Aus Sicht der Betroffenen rechter Gewalt. Der sächsische Innenminister Markus Ulbig prägte 2012 den Satz: „Antifaschismus ist nicht die Lösung.“¹ Im vorliegenden Artikel kann jedoch gezeigt werden, dass dieser Satz für einige gesellschaftliche Probleme, die uns derzeit beschäftigen, so nicht zutrifft.

Sammelbegriff „nichtrechts“

An der subkulturellen Zusammensetzung jugendlicher Gruppen, die sich in ihrer Freizeit außerhalb von Jugendverbänden und Sportvereinen treffen, lässt sich sehr einfach

1 Vgl. <http://linksextremismus.wordpress.com/2012/01/16/von-losungen-und-dialog-demokratie-in-sachsen/>, zuletzt aufgerufen am 12. 10. 2014.

ablesen, ob man sich in einer Großstadt oder in einer ländlich geprägten Region bewegt. In Großstädten treffen Punks in Schulklassen oder anderen Zwangskontexten auf HipHopper oder Hippies. Vielleicht sind dort alle auch miteinander befreundet. In ihrer Freizeit jedoch werden sich ihre Wege mit großer Wahrscheinlichkeit trennen. Die Punks haben ihre eigene Bezugsgruppe, genauso wie die HipHopper und andere. Eine Party, die einem musikalischen Gemischtwarenladen gleichkommt und von Knochenfabrik und Riccoraw über Schlagzeiln bis Paul McCartney und subxutan alles spielen lässt, stellt für sich subkulturell verortende Menschen in einer Großstadt nicht gerade das Sahnehäubchen der Wochenendgestaltung dar.

In einer Kleinstadt auf dem sächsischen Land ist das Format hingegen optimal, um die Disko im selbstverwalteten Jugendclub voll zu bekommen. Denn während in großen Städten oft die subkulturellen Elemente, also die Musik, der Habitus oder die Dekoration (von spezieller Kleidung bis zu bestimmten Tätowierungen und Piercings), junge Menschen zusammenbringen, bestimmt in den ländlichen Regionen oftmals bereits das „Anderssein“ die Gruppenzusammensetzungen. Interessen, Kleidungs- und Lebensstile sowie die Form der Freizeitgestaltung entscheiden hier mehr als in urbanen Räumen mit, wie groß die Chance auf Wertschätzung und Teilhabe ist. Dieses Anderssein ist zudem häufig verbunden mit der alltäglichen und politischen Auseinandersetzung mit organisierten Neonazis oder Cliques von rechtsaffinen Jugendlichen. Und das nicht, weil die subkulturell geprägten Jugendlichen in den ländlichen Regionen Sachsens schon als politische Aktivist_innen zur Welt kamen, sondern weil sie auf Ausschlüsse und Diskriminierungen oder physische Gewalt aufgrund ihres Andersseins reagieren müssen. Diese Zustände zeitigen Resultate. Menschenrechtsorientierte, junge Menschen mit unkonventionellen Lebensentwürfen verlassen das Land, die ihnen folgenden Jahrgänge werden sich – mangels Angebot – dem Mainstream anschließen.

Die für Jugendfragen zuständige Mitarbeiterin des Rathauses in einer sächsischen Kleinstadt brachte die Entwicklung im Jahr 2013 in einem Interview auf den Punkt: „Wenn hier einer bunt rumläuft, dann fällt das auf. Hier kann sich niemand verstecken. Im Gegensatz zu früher gibt es unter den jungen Menschen immer weniger bunte Vögel. Das ist alles einheitsgrau.“ Diese Aussage ist symptomatisch für den Großteil der ländlichen Räume Sachsens und anderswo. Es gibt wenige subkulturell geprägte Milieus in diesen Regionen. Auffällige Frisuren und unkonventionelle Kleidung können dort zu einem permanenten Stressfaktor für die Person werden, die sie tragen möchte. Darüber hinaus sind diese Räume im Freistaat Sachsen von einer weißen Mehrheitsgesellschaft geprägt. Menschen, die ihr nicht angehören, bilden die Ausnahme und fallen im Stadtbild auf. Die noch vorhandenen, mehr oder weniger „bunten Vögel“ finden sich dann in eigenen Cliques zusammen, die eine enorme Heterogenität in Bezug auf subkulturelle Zugehörigkeiten, Lebensstile und Alter aufweisen. Das steht der gemeinsamen Freizeitgestaltung vor Ort nicht im Weg. Den 26-jährigen HipHopper verbindet hier mit der 17-jährigen Punkerin, der Antifaschistin in Ausbildung und dem 20 Jahre alten, von ALG II lebenden Techno-Fan vorerst nur eins: Sie unterscheiden sich von der Mehrheit der Jugendlichen und jungen Erwach-

senen in der Region dadurch, dass sie mit Neonazis und rassistisch, antisemitisch oder anders gruppenbezogen menschenfeindlich eingestellten Menschen nichts zu tun haben wollen. Und „nichts“ kann hier im wörtlichen Sinne gelesen werden. Diese Jugendlichen meiden Plätze und Räume, an denen entsprechendes Gedankengut geäußert wird, sei es der Sportverein in dem homophobe Beleidigungen und Witze zum Alltag gehören oder die Neonazigruppe im Stadtpark. Tatsächlich verbindendes Element dieser unterschiedlichen Identitäten findet sich also vorerst im „Nicht-rechts“-Sein.

Nichtrechts-Sein scheint als Kategorie zu taugen, da sie die Zusammenstellung vieler solcher Cliquen treffend umschreibt. Allerdings benennt Nichtrechts-Sein einen Zustand und impliziert damit eine Form von Passivität, die den meisten nicht-rechten Menschen, die wir während der Projektlaufzeit kennengelernt haben, weder gerecht wird, noch würden die Benannten auch nur ansatzweise auf die Idee kommen, sich selbst so zu bezeichnen. Sie betrachten sich selbst als Menschen, die daran mitwirken, die Gesellschaft zu verbessern, gegen Rassismus, Antisemitismus und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit vorzugehen, soziale Ungerechtigkeiten anzuprangern. Sie verstehen sich als „linke“ oder „antifaschistische“ Jugendliche.

Der Gebrauch dieser beiden Begriffe kann sich allerdings im Freistaat Sachsen zum handfesten Problem auswachsen. Denn die politische Standortbestimmung „links“ erfährt oftmals Voreingenommenheit, Missbilligung und offene Ablehnung durch Behörden, Bürger und Bürgerinnen, deutungsmächtige Akteur_innen, Verwaltungen und Lokalpolitik. Der Begriff „links“ fungiert in Verbindung mit engagierten jungen Menschen in vielen Köpfen eher als Kosewort für „linksextrem“ und produziert somit vornehmlich Vorstellungen von Regelbruch, Demokratiefeindlichkeit, Gewalt und Aufruhr. Aufgrund fehlender Auseinandersetzung mit den politischen Inhalten werden zudem sich selbst als „links“ bezeichnende Personen häufig als Anhänger_innen eines stalinistischen Unrechtsregimes diffamiert, auch wenn sie wiederholt betonen, dass sie solche menschenfeindlichen Ideologien explizit ablehnen. Ähnliche Vorbehalte existieren gegenüber „Antifaschist_innen“. Verfassungsschutz- und Polizeibehörden, Vertreter_innen des staatswissenschaftlichen Extremismusansatzes als auch Medien und einige Politiker_innen zeichnen auch hier ein sehr holzschnittartiges Bild von Menschen in entsprechenden Gruppen als verfassungsfeindlich, Ordnung zerstörend und gefährlich.²

Diese gesellschaftlich deutungsmächtigen Diskurse können den Betroffenen leider nicht ganz egal sein, denn sie sind angewiesen auf Kooperationspartner_innen und Unterstützung aller Art. Die wenigsten Stiftungen jedoch finanzieren „antifaschistisches“ Engagement, kaum ein_e Bürgermeister_in lädt Antifagruppen zu Gesprächen über die Situation im Ort ein. Durch die prekäre Sicherheitslage und mögliche Angriffe

2 Vgl. den Beitrag von Grit Hanneforth und Michael Nattke in diesem Band.

sind die Jugendlichen manchmal auf Polizei- und Staatsschutzbehörden angewiesen. Jedoch nur wenige Polizeibeamt_innen reflektieren die besonders schwierige Lage von antifaschistischen Jugendlichen im ländlichen Raum und agieren dementsprechend sensibel etwa bei Übergriffen durch Neonazis.

Es bleibt festzuhalten, dass alle bisher vorgestellten Formen des Labeling von entsprechenden Jugendgruppen schwierig sind, da die mit den Begriffen verbundenen Vorstellungen entweder nicht zutreffen oder nichts mit der eigenen Verortung der so Etikettierten zu tun haben (z. B. „links“ als „stalinistisch“) oder in der Öffentlichkeit Gegenstand von Stigmatisierungen und Kriminalisierungen sind. Als treffend erscheint der Begriff „Antifaschismus“, mit dem sich viele der Jugendlichen selbst identifizieren und der unseres Erachtens passend erscheint, beinhaltet er doch die kritische Auseinandersetzung mit Neonazismus, Rassismus, Antisemitismus, Nationalismus, sozialer Ungleichheit und anderen Themenfeldern. Doch wie beschrieben werden „Antifaschist_innen“ im öffentlichen und behördlichen Diskurs immer wieder stigmatisiert oder kriminalisiert.

Antifaschistische Ressourcen

Derweil finden sich in antifaschistischen Initiativen Ressourcen, die entscheidend dazu beitragen können, dass sich demokratische Kulturen und Ortschaften weiterentwickeln und Jugendlichen Gelegenheitsstrukturen geboten werden, die es ihnen ermöglichen, sich zu mündigen, demokratischen und engagierten Menschen zu entwickeln. Das sehen einige Praktiker_innen der Jugendsozialarbeit aber auch Wissenschaftler_innen so. Denn neben den bekannten Allgemeinplätzen über Militanz, Gewalt und Ablehnung staatlicher Autorität gibt es Beobachtungen, welche die gesellschaftliche Realität differenzierter erscheinen lassen. Der Politikwissenschaftler und Kriminologe Nils Schuhmacher stellte in einer Untersuchung fest, dass die Organisation in Antifagruppen für junge Menschen ein Lernfeld und „attraktives Modell politischer Partizipation“ darstellen kann.³ Antifa oder antifaschistisches Engagement erscheinen als Sammelbegriffe für unterschiedliche Zusammenschlüsse und Aktivitäten von Menschen, die sich gegen Neonazis und Rassismus engagieren. Die Gemeinsamkeiten liegen in den ähnlichen inhaltlichen Bezügen (Selbstverortung eher links, starke Bezugnahme auf Egalitätsprinzip) und politischen Praxen (Recherche, Information, Aufklärungsarbeit, Protest) sowie in einer organisatorischen Unabhängigkeit (Autonomie) als strukturelles Element. Darüber hinaus ist die Heterogenität deutlicher als die Gemeinsamkeiten zwischen Personen und Gruppen, die als Antifa bezeichnet werden oder die sich selbst so betiteln. Hauptmotive für die Entstehung von Antifaengagement ist nach den Ausführungen von Schuhmacher persönliche Betroffenheit und unmittelbares Erleben von Auseinandersetzungen mit Neonazis in Form von Bedrohungen oder

3

Schuhmacher, Nils (2013): Sich wehren, etwas machen – Antifa-Gruppen und -Szenen als Einstiegs- und Lernfeld im Prozess der Politisierung. In: Schultens, Rene/Glaser, Michaela (Hrsg.): ‚Linke‘ Militanz im Jugendalter. Befunde zu einem umstrittenen Phänomen. Halle, S. 60.

Angriffen. Außerdem werden Momente der Selbsterzeugung oder eines vorhandenen Angebotes aufgeführt. Die Praxis von Antifaengagement steht der Weiterentwicklung demokratischer, menschenrechtsorientierter Ideen keinesfalls entgegen: „Zum einen findet Antifa-Engagement in Gruppen statt, die dem Bedürfnis nach basisdemokratischen, formal enthierarchisierten und selbstwirksamen Formen politischen Engagements entgegenzukommen scheinen. Zum anderen hat dieses Engagement in Verbindung mit anderen Feldern undogmatischer linker Politik eine Außenseite, auf der es um eine politische Praxis geht (...).“⁴

Die Organisation in antifaschistischen Zusammenhängen stellt eine wichtige Größe in der politischen Sensibilisierung und der tatsächlichen Politisierung und Erprobung politischer Handlungsweisen junger Menschen dar. Neben dem von Schumacher beschriebenen möglichen Einfluss auf die Sozialisation der Jugendlichen entfalten solche Zusammenhänge auch Auswirkungen auf die demokratische Kultur vor Ort. Denn in einigen Städten Sachsens sind Entwicklungen ähnlich denen von uns wahrgenommenen in Limbach-Oberfrohna und Burgstädt zu beobachten.

Diejenigen, die von der Erwachsenenwelt als „die bunten Vögel“ bezeichnet werden, reagieren auf Diskriminierungen, Ausschluss und Gewalt hier nicht mit Rückzug, sondern schließen sich zusammen. Sie organisieren Informations- und Diskussionsveranstaltungen, versuchen die Öffentlichkeit aufzuklären und geschützte Räume zu schaffen, in denen Neonazis und menschenfeindlich eingestellte Personen keinen Platz haben. Damit produzieren sie enorm Bedeutsames. Denn es entstehen Gelegenheitsstrukturen für weitere Jugendliche, selbstbestimmt Kultur- und Politikveranstaltungen zu besuchen und zu organisieren sowie Gleichgesinnte kennenzulernen. Oder anders: Sie sorgen dafür, dass es in diesen Orten Heranwachsenden weitaus leichter fällt, selbst kein rechtes Weltbild zu entwickeln und/oder sich entsprechenden Gruppen anzuschließen. Damit leisten sie einen entscheidenden Beitrag zur Eindämmung des Problems.

Denn tatsächlich ist es so, dass in den letzten zwanzig Jahren zahlreiche Ansätze zur Auseinandersetzung mit oder zur Zurückdrängung von neonazistischen, rassistischen, antisemitischen und anderen menschenfeindlichen Strukturen und Einstellungen entwickelt, erprobt und umgesetzt wurden. Dabei haben sich einige Ideen als zielführend bewährt, andere konnten die Erwartungen nicht erfüllen. Unzählige Evaluationen und Best-practice-Berichte dokumentieren diese Arbeit.

Doch was sind eigentlich die Parameter dafür, dass eine Neonaziszene nicht erstarkt? Wo sind die Orte mit den wenigsten Übergriffen auf Menschen, die sonst von rechter Gewalt betroffen sind? Neonazis fällt es am schwersten da Fuß zu fassen und Gewalt auszuüben, wo starke Strukturen, vernetzte und gut organisierte Institutionen vorhanden sind, die sich mit dem Problem Neonazismus aber auch der Stärkung der Demokratie als Alltagskultur auseinandersetzen. Zu diesem Netzwerk gehören unab-

dingbar auch „linke“ und „antifaschistische“ Gruppen. Diese Erkenntnis erscheint in Hinblick auf unterschiedliche Städte und Gemeinden erst einmal als empirische Tatsache. Denn Neonazis haben weniger Probleme damit, sich in Dresden-Leuben, Schneeberg oder Hoyerswerda offen als solche erkennen zu geben. Potenzielle Betroffene rechter Gewalt wissen das und entwickeln einen Umgang damit. Der Mehrheitsgesellschaft bleiben diese Bewältigungen und Strategien – die oft in Rückzug ins Private, Meiden von öffentlichen Plätzen und Veranstaltungen oder Umzug in andere Städte münden – meist verborgen, weil sie eben nicht zu dieser Betroffenengruppe zählt.

Im Gegensatz dazu überlegen sich Neonazis sehr gut, ob sie im Leipziger Stadtteil Connewitz oder einigen Straßenzügen in Berlin-Friedrichshain ihre Zeichen und Codes zur Schau stellen und ihre Einstellung offen kundtun. Solche Stadtteile gelten als Orte, an denen auch antifaschistische Organisation dafür sorgt, dass auf Rassist_innen und Neonazis reagiert wird. Sei es durch Information der Öffentlichkeit und Skandalisierung, sei es durch anderweitiges Engagement. Diese Reaktionen führen dazu, dass Neonazis diese Orte meiden oder sich mit der Präsentation ihrer Weltanschauung vorsichtiger verhalten. Für die potenziell Betroffenen rechter Gewalt wird durch diese Tatsache viel erreicht. Sie können sich freier bewegen, es gibt Räume, Plätze und Veranstaltungen, die von ihnen besucht werden können, da dort das Risiko eines rechtsmotivierten Angriffs merklich geringer ist. Organisierte Antifaschist_innen und andere menschenrechtsorientierte Initiativen sind für die Schaffung dieser Räume mitverantwortlich, die maßgeblich zur freien Lebensentfaltung für die potenziellen Betroffenengruppen beitragen.

Für ländliche Regionen hat der Soziologe Thomas Bürk die Rolle der „links-alternativen“ oder „Antifaszene“ folgendermaßen beschrieben: „Wo es weder eine links-alternative und/oder ‚Antifa-Szene‘ gab und/oder das Ignorieren bzw. Tolerieren rechter Schlägertrupps durch Kommunalpolitiker, die Polizei und andere Bevölkerungsgruppen die Situation für rechte/rechtsradikale Gruppierungen begünstigte, konnten diese Aktionsformen erproben und Städte zu Laboratorien rechtsradikaler Territorialisierung machen.“⁵ Die Existenz einer Jugendkultur – wie auch immer sie sich nennt –, die sich menschenrechtsorientiert positioniert, kann also Entscheidendes dazu beitragen, dass Neonazis sich nicht frei entfalten können.

Eine menschenrechtsorientierte Gruppe allein macht noch keinen Sommer

Bürk verweist im Zitat auf die Rolle von Kommunalpolitiker_innen, Polizei und anderen Bevölkerungsgruppen. Deren Wohlwollen oder gar aktive Unterstützung hat Relevanz, wenn es um die Einrichtung von selbstverwalteten Räumlichkeiten durch

5

Bürk, Thomas (2012): Gefahrenzone, Angstraum, Feindesland? Stadtkulturelle Erkundungen zu Fremdenfeindlichkeit und Rechtsradikalismus in ostdeutschen Kleinstädten. Münster, S. 349.

Jugendliche geht. Meistens geht es hierbei lediglich um kleine, begrenzte Biotope, in denen Selbstverwirklichung möglich ist. Ein Anliegen, das jede Stadtverwaltung eigentlich mit wehenden Fahnen unterstützen müsste, mag man meinen, das aber oft genau das Gegenteil auslöst.

Denn diskriminierungsarme Räume in den ländlichen Regionen lassen sich nicht ohne Reibungen schaffen. Es sind umkämpfte Orte die z. B. organisierte Neonazis permanent auf den Plan rufen. Diese Neonazis sorgen für Unruhe und Gewalt, die häufig in der Öffentlichkeit nicht ihnen, sondern diesen Orten selbst angelastet wird. Ohne sie, so oftmals die Schlussfolgerung, gäbe es weniger Angriffsziele für Neonazis. Dabei wird von den örtlichen Autoritäten und anderen nicht bedacht, dass sich die Neonazis andere Angriffsziele suchen würden, wenn es keine alternative Jugendszene gäbe, denn irgendwann bekämpfen die alles, was nicht rechts ist. Es gäbe ohne diese diskriminierungsarmen Orte zudem kaum einen Platz, an dem rechte Jugendliche und Erwachsene wirklich ausgeschlossen sind und sich eine jugendliche Gegenkultur frei entwickeln kann.

Und es sind Orte, die Lärm machen. Sei es, weil ein Fenster ausgetauscht werden muss oder weil die ein oder andere Band eben nicht um 21.59 Uhr fertig ist und das Publikum eine Zugabe hören will. Oder weil politischer Protest mit Demonstrationen, so wie im deutschen Grundgesetz vorgesehen, in die Tat umgesetzt wird. Es sind Orte, an denen den Polizeibeamt_innen nicht immer freundlich die Tür aufgehalten wird, weil den Gastgeber_innen in der Vergangenheit nicht immer das Gefühl vermittelt wurde, dass die Polizei auf ihrer Seite steht. Wenn Haus- und Kulturprojekte von Neonazis angegriffen werden, dann müssen sich die Bewohner_innen und Nutzer_innen zur Wehr setzen und können nicht in jedem Fall darauf warten, dass die Polizei eintrifft, die nicht immer innerhalb weniger Minuten vor Ort sein kann. Oft sind im Anschluss die Anzeigen von Neonazis wegen angeblicher Körperverletzung der Grund dafür, dass die Polizei auch gegen die Betroffenen rechter Gewalt ermittelt. All das und viele andere Unwegsamkeiten führen dazu, dass die jungen Menschen an diesen Orten sich in einer schier endlosen Auseinandersetzung mit ihrem Umfeld befinden. Das ist unbequem, laut und verursacht Unruhe – Konsequenzen, die einige Bürger_innen in kleineren Städten fürchten.

Zurück zur Begriffsarbeit: Menschenrechtsorientierung – eine Alternative?

Menschenrechte sind Rechte, die jedem einzelnen Menschen aufgrund seines Menschseins zustehen, unabhängig von Staatszugehörigkeit, Religion, Ethnie oder anderen Unterscheidungsmerkmalen. Die Idee dahinter ist, dass alle Menschen gleichwertig sind und einen Anspruch auf ein würdiges, selbstbestimmtes Leben haben. Zwar wurde die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte die die UN Generalversammlung 1948 verabschiedete, von zahlreichen Ländern unterschrieben, jedoch können die Menschenrechte nirgendwo auf der Welt als umgesetzt betrachtet werden. Auch nicht in Deutschland.

So gehen Menschenrechtsgruppen beispielsweise davon aus, dass das Racial Profiling durch Polizeibehörden ein menschenrechtswidriges Vorgehen ist. Denn wenn Polizeibeamt_innen gezielt Menschen mit nichtweißer Hautfarbe oder anderen Merkmalen, die auf einen Migrationshintergrund schließen lassen könnten, gezielt in der Öffentlichkeit aufgreifen, durchsuchen und anderweitig kontrollieren, dann kann hier von menschenrechtswidrigem Verhalten gesprochen werden, denn niemand darf aufgrund von Hautfarbe oder Herkunft diskriminiert werden.

Innerhalb des Engagements der (Jugend-)Gruppen wurde ein politisches Verständnis entwickelt das die politische Kultur vor Ort, die Einstellungen der Bevölkerung, das Agieren politischer Parteien, Gruppen und behördlicher Entscheidungsträger_innen oder die direkte Hilfe für Menschen im Blick hat, deren Menschenrechte mit Füßen getreten werden. Sie setzen sich überall für Menschenrechte ein.

Wohl wissend, dass die antifaschistischen Jugendlichen 1. mit ihren Aktivitäten nicht auf Gesetzesinitiativen fokussieren, sich 2. selbst nicht primär als „menschenrechtsorientiert“ bezeichnen würden und 3. der Reigen der Kritik am Menschenrechtskonzept vielfältig ist,⁶ bezeichnen wir sie als grundlegend menschenrechtsorientiert, da sie sich ausnahmslos darauf einigen können, dass alle Menschen aufgrund ihres Menschseins mit gleichen Rechten ausgestattet sind bzw. sein sollten.

Zum Beispiel: Dass die sexuelle Selbstbestimmung ein Menschenrecht ist, das auf dem Papier natürlich auch in Mohnsdorf bei Burgstädt gilt, ist ein Allgemeinplatz. Amnesty International bezeichnet die freie Entscheidung und Ausübung der sexuellen Orientierung sowie der eigenen sexuellen Identität als einen „Kern des Menschenrechtsgedankens“.⁷ Doch was passiert eigentlich, wenn dieses Menschenrecht frei ausgelebt wird? Was ist die Konsequenz, wenn zwei Männer sich auf dem Stadtfest Limbach-Oberfrohna beim abendlichen Konzert küssen und Hand in Hand durch den belebten Stadtpark laufen? Wie reagiert die Öffentlichkeit der Stadt, wenn sich der Trainer eines Jugendfußballteams einer sächsischen Kleinstadt zu seiner Homosexualität bekennen würde? Was, wenn die Leiterin der Kindertagesstätte eine transsexuelle Identität offen ausleben würde? Die „Abweichung“ vom heteronormativen Diktat ist bereits in der Großstadt eine enorme Herausforderung. In ländlichen Regionen können diese „Abweichungen“ noch schneller zu Diffamierung, gesellschaftlicher Stigmatisierung, Ausgrenzung und nicht selten zu Gewalt führen. Das offene Ausleben einer nichtheteronormativen sexuellen Orientierung ohne gesellschaftliche Diskriminierung und Ausgrenzung ist in der Realität nicht möglich. Daran lässt sich sehr gut zeigen, dass die allgemeinen Menschenrechte in Deutschland nicht an allen Orten, zu allen Zeiten, für alle Menschen gleichermaßen und in allen Bereichen gelten.

Das Schaffen von alternativen Freiräumen, die explizit die Möglichkeit bieten, etwa Homosexualität oder transsexuelle Identitäten auszuleben, ohne dafür diskriminiert

6 So wird kritisiert, dass Nationalstaaten die Deklaration der Menschenrechte instrumentalisieren, dass sie als Legitimation für militärische Eingriffe genutzt werden können und so dem Interesse der Politik dienen.

7 <https://www.amnesty.de/themenbericht/sexuelle-selbstbestimmung-ist-ein-menschenrecht>, zuletzt aufgerufen am 12. 10. 2014.

zu werden, ist somit eine Aufgabe, die Städte und Dörfer der praktischen Umsetzung menschenrechtlicher Grundstandards näherbringt. Junge Menschen, die ihre Freizeit, ihr Geld und ihre Ideen dafür einsetzen, solche Freiräume Wirklichkeit werden zu lassen, sind somit aktiv an dieser Umsetzung beteiligt.

Menschenrechtsorientiert in diesem Sinne agieren auch Initiativen, die sich für die Rechte von Flüchtlingen einsetzen, denn die Forderung, die Residenzpflicht abzuschaffen oder das Bleiberecht für Asylsuchende auszubauen, hat nichts anderes zum Ziel, als Menschenrechte zu verwirklichen.⁸ Auch das antifaschistische Engagement gegen die Ausbreitung neonazistischer Ideologien und gegen das Vorhandensein rassistischer Einstellungen ist als menschenrechtsorientiert zu beschreiben.

Kurz: Das Kulturbüro Sachsen arbeitet unterstützend, ressourcenorientiert, anwaltschaftlich und damit parteiisch mit Jugendlichen in ländlichen Regionen Sachsens. Dabei wurde sich für das durchaus wackelige Begriffsgerüst bestehend aus „nicht-rechte“ und aktiv „menschenrechtsorientierte“ Gruppen entschieden. Die allgemeinen gesellschaftlichen Verhältnisse und die speziellen Gegebenheiten vor Ort machen es notwendig, sensibel zu formulieren, wenn wir erklären, mit wem wir arbeiten. Wie oben und im Beitrag zum Problem des Extremismusansatzes in diesem Band beschrieben, gelten „linke“ und „antifaschistische“ Jugendliche vielerorts eher als Gefahr denn als wertzuschätzender Teil demokratischer Kultur. Diese öffentliche Meinung wird gestützt durch die Darstellung einiger dieser Jugendgruppen und Initiativen in Verfassungsschutz- und Polizeiberichten und deren oftmals unhinterfragter Verwertung in den Medien. Damit entsteht ein subtiler Zwang zur Etikettierung seitens einiger (potenzieller) Kooperationspartner_innen, dem wir leider nicht ganz entrinnen können. So sind Gesprächszugänge in Stadtverwaltungen und anderen schlicht einfacher zu finden, wenn wir von menschenrechtsorientierten Jugendlichen sprechen, und damit die Eigenbezeichnungen der Jugendlichen ignorieren. Zudem ist es Anliegen unseres Projektes, anderen (Jugend-)Sozialarbeiter_innen zu vermitteln, dass wir ausschließlich mit nichtrechten, und menschenrechtsorientierten Jugendlichen und jungen Erwachsenen empowernd arbeiten, hier erhalten die Begriffe also eine ganz eigene, produktive Funktion.

Epilog

Wenn man davon ausgeht, dass die Durchsetzung der allgemeinen Menschenrechte an allen Orten und zu allen Zeiten auch in Deutschland ein in der Durchsetzung befindlicher Prozess ist, dann sind junge Menschen, die nichtrechts und menschenrechtsorientiert handeln, eine wichtige Ressource. Dies gilt vor allem für strukturschwache und ländliche Regionen. Rassismus, Heteronormativität und andere Ungleichwertig-

8

Vgl. Menschenrechtscharta der United Nations vom 10. 12. 1948, Artikel 13/1 und 14.

keitsvorstellungen sind fest verankerte Wissensbestände in der Gesellschaft. Diese Wissensbestände, die sich in Strukturen, Institutionen, bei Personen und in Diskursen nachweisen lassen, können nicht allein durch eine Gesetzgebung oder die formale Unterschrift unter die Charta der allgemeinen Menschenrechte ausgelöscht werden. Es braucht Menschen vor Ort, die Ungleichwertigkeitsvorstellungen nicht hinnehmen, die auch strukturellen Rassismus in Verwaltung und staatlichen Behörden thematisieren und die mit der produktiven Unruhe, die sie dabei auslösen, einen Veränderungsprozess anstoßen können. Es braucht Menschen, die neue Wege ausprobieren, um an etablierten Strukturen zu rütteln. Dazu gehört im Zweifelsfall ziviler Ungehorsam und die aktive Störung von Treffen und Versammlungen, bei denen anderen die Menschenrechte abgesprochen werden. Vor allem kleine Städte und Dörfer sind mit solchen Formen der demokratischen, politischen Teilhabe oft überfordert. Das Potenzial für die gesellschaftliche Weiterentwicklung und die Aufhebung des Stillstandes wird oft nicht oder erst sehr spät erkannt.

Nicht nur die Städte und Gemeinden vergeben sich enorme Ressourcen, wenn sie subkulturelle Angebote junger Menschen, das oft auch unkonventionelle Eintreten für Menschenrechte und gegen Neoazis, das Öffentlichmachen von Missständen, den Einsatz für Marginalisierte unterbinden oder behindern. Auch die derzeitige Jugendarbeit verschwendet ihre Mittel, wenn sie das Potenzial dieser Jugendgruppen nicht erkennt. In den letzten 20 Jahren wurden dutzende Lebensarbeitsjahre unterschiedlicher Menschen darauf verwendet, um unzählige Handlungskonzepte, Umgangsformen, Projekte, Strategien etc. zur Arbeit und zum Umgang mit sogenannten rechtsextremen oder rechtsaffinen Jugendlichen zu entwickeln. An vielen Orten wurde die Jugendarbeit mit diesen Jugendlichen unter Einsatz großer Arbeitszeiteressourcen umgesetzt. Obwohl die allgemeinen Mittel und Ressourcen für die Jugendarbeit in Sachsen spätestens 2010 mit den massiven Mittelkürzungen auf ein Minimalmaß zurückgestutzt wurden, ist man vielerorts nicht davon abgewichen, sich ausgerechnet mit denen zu beschäftigen, die die Menschenrechte infrage stellen. Viel zu sehr versäumt es die Jugendarbeit hingegen, ihre wenigen, übrig gebliebenen Mittel und Ressourcen dafür zu nutzen, um diejenigen zu stärken, die sich tatsächlich menschenrechtsorientiert engagieren. Was es braucht, sind Konzepte und Ideen für die Arbeit mit und das nachhaltige Empowerment von diesen Jugendlichen. Hier scheint eine Weiterentwicklung und ein Ausbau zwingend. Credo sollte werden: „Nicht mehr nach den Rechten sehen, sondern die Nichtrechten stärken.“ Diese würden viel bewegen, jugendgerechte kulturelle und politische Angebote schaffen und langfristig vielleicht auch die Konzepte für die Arbeit mit den rechten Jugendlichen überflüssig machen. Kurz und gut: antifaschistische Demokrat_innen, menschenrechtsorientierte Störer_innen und andere bunte Vögel sind laut und unbequem, aber unabdingbar für eine demokratische Weiterentwicklung der Orte, an denen junge Menschen sonst nur die Wahl zwischen Sport- und Heimatverein, einer Clique aus Neonazis oder Wegzug haben.

Von Rowdys und Bombenbauern

Zum Zusammenspiel von Extremismusansatz und autoritärer Ordnung in ländlichen Regionen

Extreme Zeiten

Über die Unhandlichkeit des Extremismusansatzes für reale gesellschaftliche Problemlagen ist in den letzten Jahren viel publiziert worden.¹ Das Konzept der Staatswissenschaftler Uwe Backes und Eckhard Jesse² wird von staatlichen Behörden, Institutionen und Geheimdiensten als ordnungspolitische Kategorisierung für Einstellungen, Personen und Gruppen verwendet, die per Definition die freiheitlich-demokratische Grundordnung gefährden und/oder ablehnen.

Der Rechts- und Linksextremismusansatz widerspricht den gesellschaftlichen Realitäten und ist im Alltag nicht abbildbar. Über die Beschreibung von gesellschaftlichen Rändern – von Rechts- und Linksextremismus – findet die Konstruktion einer Mitte statt, die erklärtermaßen frei von Ausgrenzung und Demokratiefeindlichkeit ist. Solche Phänomene finden sich demzufolge ausschließlich in den Rändern dieses Modells. So dient das Extremismuskonzept in erster Linie dazu, Bestehendes zu sichern und eine politische Normalität zu konstruieren. Gleichzeitig gelten gesellschaftliche Kräfte und Ideen als demokratiefeindlich, die nicht der Mitte dieses Rasters zugeschrieben werden. Wie eng oder wie weit die Grenzen dieser Mitte gezogen werden, liegt in der Praxis sehr oft im Ermessen der jeweiligen ordnungspolitischen Entscheidungsträger_innen, etwa dem Ordnungsamtsleiter in der Gemeinde X oder dem einzelnen Polizisten in Stadt Y. Sie entscheiden vor Ort darüber, ob etwas noch der guten, demokratischen Mitte zuzuordnen oder als „extremistisch“ einzustufen ist. Anleihen gibt es dabei auch von den Geheimdiensten, wie dem Landesamt für Verfassungs-

1 Eine sehr gute Sammlung zu den folgenreichen analytischen Schwächen des Extremismusmodells aus sozialwissenschaftlicher Sicht bietet: Forum für kritische Rechtsextremismusforschung (2011): Ordnung. Macht. Extremismus. Effekte und Alternativen des Extremismusmodells. Wiesbaden. Darüber hinaus empfehlen wir die Tagungsdokumentationen des Kulturbüro Sachsen e. V. in Kooperation mit dem Bildungswerk Weiterdenken/Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen: „Gibt es Extremismus? Extremismusansatz und Extremismusbegriff in der Auseinandersetzung mit Neonazismus und (anti-)demokratischen Einstellungen“ aus dem Jahr 2010 und „Ordnung und Unordnung (in) der Demokratie“ aus dem Jahr 2011.

2 Backes, Uwe/Jesse, Eckhard (1996): Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Bonn.

schutz in Sachsen, die durch intransparente Analysen³ darüber urteilen, ob eine Person oder Gruppe als „extremistisch“ verhandelt wird oder nicht. Um die zugrunde liegenden Kriterien dieser Einstufung zu erfahren und sich zu wehren, sind juristische Schritte nötig. Dabei ist es vor allem für ehrenamtliche Initiativen in ländlichen Regionen mit geringen finanziellen und zeitlichen Ressourcen schwierig bis unmöglich, einen Rechtsstreit mit der jeweiligen Staatsregierung des Bundeslandes, dem der Verfassungsschutz unterstellt ist, durchzustehen. Die Konsequenzen sind jedoch verheerend: Initiativen, die vom Verfassungsschutz beobachtet werden, können ihre Gemeinnützigkeit verlieren, bekommen keine öffentlichen Gelder zur Unterstützung ihrer Arbeit, werden in ihrem politischen Engagement eingeschüchtert und verlieren mitunter einige ihrer Kooperationspartner_innen. Dass die Verfassungsschutzämter mit ihren Einschätzungen in der Vergangenheit oft danebenlagen, konnte in zahlreichen Gerichtsverfahren gezeigt werden, in denen Initiativen oder Einzelpersonen erfolgreich gegen ihre Nennung im Verfassungsschutzbericht vorgehen.⁴

Der Extremismusansatz erfüllt in diesem Sinne vor allem eine strategische Funktion: „Extremist_innen“ werden als außerhalb des demokratischen Regelkreislaufs gewertet, als Störung deklariert und mit der Extremismusformel gebrandmarkt. Das Element der Störung wird in den Vordergrund gestellt und die politischen Forderungen und Inhalte der Kritiker_innen problemlos übergangen.⁵ Wie das in der Praxis funktioniert, soll hier dargestellt werden.

Bis zur Unkenntlichkeit verleumdet

Im November 2010 wurden die Räume einer Gruppe nichttrechter, menschenrechtsorientierter Jugendlicher in der sächsischen Kleinstadt Limbach-Oberfrohna bei einem Brandanschlag von Neonazis schwer beschädigt. Das Gebäude war als Treffpunkt und Wohnhaus genutzt worden. Bereits in den Monaten und Jahren zuvor gab es in der Stadt immer wieder Übergriffe von Neonazis auf junge Menschen, die nicht in ihr rechtes Weltbild passten. Mit dem Brandanschlag 2010 wurde eine neue Qualität erreicht. Menschen hätten sterben oder lebensbedrohlich verletzt werden können. Lange Zeit wurde die neonazistische Bedrohungslage von politischen Verantwortungsträger_innen im Ort geleugnet oder ignoriert. Teilweise wurden die Opfer selbst zum Problem ernannt: Würden sie sich nur anders kleiden, ordentlicher werden und sich nicht mehr politisch artikulieren, dann gäbe es auch keinen Stress mit Neonazis im Ort, so eine

3 Vgl. u. a. Striegel, Sebastian: Parlamentarische Kontrolle des Verfassungsschutzes, oder Prantl, Heribert: Wer schützt die Verfassung vor dem Verfassungsschutz? In: Kulturbüro Sachsen e. V./Bildungswerk Weiterdenken (2013): Wer schützt die Verfassung? Kritik zu den Verfassungsschutzbehörden und Perspektiven jenseits der Ämter. Dresden.

4 Prominente Beispiele für erfolgreiche Klagen gegen die Nennung in Verfassungsschutzberichten sind die Antifaschistische Informations-, Dokumentations- und Archivstelle aida e. V., das antifaschistische Magazin LOTTA, der linke Journalist Friedrich Burschel oder der Politiker Bodo Ramelow.

5 Feustel, Robert (2011): Entropie des Politischen. Zur strategischen Funktion des Extremismusbegriffs. In: Forum für kritische Rechtsextremismusforschung (Hrsg.). Ordnung.Macht.Extremismus. Effekte und Alternativen des Extremismusmodells. Wiesbaden, S. 117–142.

weit verbreitete Meinung.⁶ Nach dem Brandanschlag intensivierte die Stadt allerdings ihre Bemühungen, um gegen die rechten Aktivitäten im Ort vorzugehen. Nicht alles lief von Anfang an gut, aber zumindest die Einstellung der örtlichen Autoritäten zur Situation änderte sich. Niemand leugnete mehr, dass Limbach-Oberfrohna ein Problem mit organisierten Neonazis hat. Bündnisse wurden ins Leben gerufen, ein von Rechten genutzter Jugendclub geschlossen, Aktionen geplant. Der Präventionsbeauftragte der Stadt nahm mit den nichtrechten Jugendlichen Kontakt auf und bot seine Hilfe an. Trotz der Bemühungen ließ die Bedrohung im Ort nur unwesentlich nach.

Beispiel 1 >>>

Pfingsten 2011 in Limbach-Oberfrohna

Frühjahr 2011. Die nichtrechte Jugendgruppe plant, einen neuen Infoladen zu eröffnen, nachdem ihr ehemaliges Objekt durch den Brandanschlag im November 2010 noch nicht wieder bezugsfertig ist. Zu Pfingsten soll es ein Bauwochenende geben, bei welchem alle mit anpacken, um Räume auf der Sachsenstraße in Limbach-Oberfrohna herzurichten.

Am Freitag, den 10. Juni beginnen die Bauarbeiten. Rund ein Dutzend nichtrechter Jugendlicher treffen sich auf der Sachsenstraße. Sie organisieren einen Container und beginnen mit der Entrümpelung der Räume. Die Sonne scheint und man hat Spaß zusammen.

Ab dem späten Nachmittag ziehen Gruppen von Neonazis an der Baustelle vorbei. Sie provozieren mit „Sieg Heil!“- und „Nationaler Sozialismus jetzt!“-Rufen. Als am Abend die Situation eskaliert und Neonazis versuchen, ein Auto mit nichtrechten Jugendlichen und das Haus anzugreifen, wird zweimal die Polizei angerufen. Um 23:45 Uhr stehen die Neonazis zum Teil mit Latten bewaffnet vor dem Haus in der Sachsenstraße, in dem sich die Jugendlichen aufhalten. Eine halbe Stunde nach dem zweiten Notruf trifft ein Streifenwagen am Ort des Geschehens ein. Die Polizei nimmt die Personalien der Opfer auf, während die Angreifer noch in Hörweite sind, also auch die persönlichen Daten der Geschädigten mithören können. Im Beisein der Polizei bedrohen die Neonazis die Betroffenen weiter. Ein Neonazi bedroht einen nichtrechten Jugendlichen: „Ich breche dir das Genick!“ Die Neonazis ziehen weiter und auch die Polizei verlässt daraufhin die Sachsenstraße. Bis 4:00 Uhr morgens zieht immer wieder ein kleineres Grüppchen von Neonazis am Haus vorbei und skandiert Naziparolen.

Am Samstag, den 11. Juni gehen tagsüber die Bauarbeiten weiter. Etwa zwölf junge Menschen packen mit an. Aufgrund der Ereignisse in der vergangenen Nacht beschließt die Gruppe,

6 Vgl. u. a.: Paßlack, Jens. (2013): Willkommen in Sachsen. Wo es der Demokratie manchmal an allem fehlt. In: Kulturbüro Sachsen e.V. (Hrsg.): (Dia)Logbuch Sachsen. Prozessorientierte Beratung im ländlichen Raum. Wiesbaden, S. 49–73.

sich vorrangig um die Sicherung der Türen und Fenster zu kümmern. Damit möchte man ein Eindringen der Neonazis verhindern.

Im Laufe des Nachmittags wiederholen sich die Szenen vom Vortag. Immer wieder ziehen Gruppen von fünf bis zehn Neonazis am Haus vorbei. Sie pöbeln und versuchen mit Naziparolen zu provozieren.

Am frühen Abend beenden die nichtrechten Jugendlichen die Bauarbeiten und beschließen, mit einem Auto Kontrollfahrten durch den Ort zu machen, um mögliche größere Ansammlungen von Neonazis frühzeitig zu erkennen. Außerdem werden Freunde und Bekannte angerufen, die vorbeikommen sollen, damit man in dieser Nacht nicht allein im Haus in der Sachsenstraße ist.

Um 22:30 Uhr werden drei unbekannte Personen auf dem Hof bemerkt, die sich dort umsehen. Als sie angesprochen werden, rennen sie weg. Ungefähr fünf Minuten später fährt ein Streifenwagen langsam am Haus vorbei. Die Beamten schauen sich kurz um und fahren weiter.

Gegen Mitternacht wird das Auto, mit dem die nichtrechten Jugendlichen durch die Stadt fahren, am Stadtpark von etwa 20 Neonazis attackiert. Sie sind zum Teil verummt, tragen Flaschen und Holzlatten bei sich und stürmen auf das Auto zu. Die nichtrechten Jugendlichen können entkommen. Die Neonazis gehen weiter in Richtung Sachsenstraße. Sie rennen auf das Haus zu, grölen Parolen, werfen Steine und Flaschen und versuchen, durch Türen und Fenster in das Haus einzudringen. Die nichtrechten Jugendlichen verteidigen sich in panischer Angst. Sie werfen Gegenstände zurück und fordern die Neonazis auf, den Angriff abzubrechen. Nach wenigen Minuten rasen zahlreiche Einsatzwagen und ein Transporter der Polizei auf die Sachsenstraße. Sie fahren an den wegrennenden Neonazis vorbei und halten direkt vor dem Haus, in dem sich die nichtrechten Jugendlichen aufhalten. Den Angreifern wird keine Beachtung geschenkt. Die Beamt_innen springen aus den Fahrzeugen und durchsuchen mit Taschenlampen den Garten des Hauses. Die Neonazis bleiben in sicherer Entfernung und beobachten das Geschehen. Anschließend dringen die Beamten in das Haus ein, durchstöbern die Räume des neuen Infoladens, führen bei allen Anwesenden eine Personalienfeststellung und einen Alkoholtest durch, machen Fotos und lotsen alle Personen einzeln nach draußen in einen von einem Polizeiwagen abgesperrten Bereich. Außer den drei Personen, die ihre Meldeadresse im Haus auf der Sachsenstraße haben, erhalten alle Personen einen Platzverweis und müssen sich auf direktem Weg nach Hause begeben. Die Polizei teilt den Bewohner_innen mit, dass sie eine Hausdurchsuchung durchführen wolle. Daraufhin wird ein Rechtsbeistand durch die drei verbliebenen Jugendlichen eingeschaltet. Der Rechtsbeistand erscheint wenige Minuten später.

Gegen 1:30 Uhr beginnen etwa 15 Polizeibeamte mit der Durchsuchung des Hauses. Dabei werden auch ein Drogen- und ein Sprengstoffhund eingesetzt. In einem Zimmer finden die Polizisten drei Einmachgläser, die für ein Schulprojekt mit Quarzsand gefüllt sind. Die Beamt_innen halten den Quarzsand für Schwarzpulver. Auf Einwände der anwesenden jungen Menschen und deren Rechtsbeistand reagieren sie nicht. Die Beamt_innen verständigen eine spezielle Einheit des Landeskriminalamtes, die sich mit Sprengstoff auskennt. Ein ein-

zelter Polizeibeamter sagt laut Aussage von Betroffenen gegenüber einer jungen Frau, dass sich das Problem der „einseitigen extremistischen Straftaten“ damit endlich erledigt habe. Gegen 7:30 Uhr ist der Einsatz beendet. Bis auf einen einzelnen Beamten, der die drei Gläser bewacht, bis die Sprengstoffexperten vor Ort sind, verlassen die Polizist_innen das Haus. Den Jugendlichen wird mitgeteilt, dass sie sich in den nächsten Tagen nicht in größeren Gruppen in der Öffentlichkeit aufhalten dürften.

Bereits am Vormittag titelt die Online-Ausgabe der meistgelesenen Regionalzeitung Freie Presse: „Sprengstofffund bei linkem Verein“ und „Linke Selbstjustiz in Limbach-Oberfrohna“. Zahlreiche Medien übernehmen die Mitteilung.

Gegen 13:00 Uhr erscheinen die Sprengstoffexperten der sächsischen Polizei. Eines von drei Gläsern wird zur weiteren Überprüfung mitgenommen, die anderen beiden noch vor Ort als unbedenklich eingestuft und ein „gefährlicher Inhalt“ ausgeschlossen.

Alle Personen, deren Personalien aufgenommen worden sind, erhalten eine Anzeige wegen Landesfriedensbruchs. Außerdem wird wegen Verstoßes gegen das Sprengstoffgesetz ermittelt.

Juni 2011. In den folgenden Tagen berichten zahlreiche Zeitungen vom Sprengstofffund im linken Vereinshaus. Die auflagenstärkste Zeitung Sachsens, die Sächsische Zeitung, titelt: „Radikale Gewalt: Waffenarsenal in Limbach-Oberfrohna entdeckt“. Örtliche Autoritäten geben Kommentare ab und übernehmen die Darstellungen der Polizei. Die Gegendarstellungen von Betroffenen, von Abgeordneten der Linkspartei und eine Pressemitteilung der Opferberatungsstellen der RAA Sachsen finden in den öffentlichen Diskussionen sehr wenig Gehör.

Am 23. Juli 2011 veröffentlicht die zuständige Polizeidirektion Chemnitz-Erzgebirge eine Pressemitteilung, in der sie von „andauernden Konfrontationen zwischen jugendlichen Gruppierungen, die sich selbst als ‚links‘ bzw. ‚rechts‘ einordnen“⁷ berichtet. In der Mitteilung heißt es beiläufig: „Die nun abgeschlossene Untersuchung im Landeskriminalamt Sachsen bestätigte den Verdacht nicht, dass es sich bei einem der sichergestellten Stoffe um Schwarzpulver handelt.“⁸ Darüber hinaus berichtet die Polizei in der gleichen Mitteilung von fünf linksorientierten Personen aus Leipzig, die angeblich im Juli in der Stadt Limbach-Oberfrohna kontrolliert worden sind und in deren Autos Knallkörper und Schlagwaffen gefunden wurden. Die Mitteilung endet mit den Worten: „Die direkte, mit Straftaten beider Seiten verbundene Konfrontation konnte in den letzten Tagen jedoch durch die polizeiliche Präsenz verhindert werden.“ In keinem Satz entschuldigt sich die Polizei für die Falschdarstellung und die öffentliche Verleumdung gegenüber den nichtrechten Jugendlichen. Bis zum heutigen Tag ist eine solche Entschuldigung ausgeblieben.

7 [Online]: <http://www.limbach-oberfrohna.de/limbach/content/45/20111021095628.asp>, zuletzt gefunden am 01. 08. 2014.

8 Ebd.

Selbstverständlich könnte man meinen, dass es sich bei dem Vorfall um einen bedauerlichen Einzelfall handelt. Menschen, die sich über längere Zeiträume mit staatlichen Behörden und ihrem Umgang mit explizit nichtrechten Jugendgruppen in ländlichen Regionen beschäftigen, wissen, dass das Geschehen vom Pfingstwochenende 2011 in Limbach-Oberfrohna nur eines unter vielen ist. Weitere Beispiele sind das Verbot eines linken Konzerts der Band *Dödelhaie* im brandenburgischen Dahme oder der Einsatz des Staatsschutzes gegen Amnesty International in Erlangen in den letzten Jahren. Auch in Limbach-Oberfrohna selbst haben die politischen Verantwortungs-träger_innen nur sehr wenig aus dem Vorfall gelernt. So griff Ende April 2014 eine Gruppe von Neonazis das Vereinshaus der nichtrechten Jugendgruppe erneut an. Sie richteten einen Gesamtschaden von rund 1.500 EUR an. Einer der Angreifer wurde überwältigt, um ihn der gerufenen Polizei zu übergeben. Kurze Zeit später soll es laut Angaben der Neonazis und der Polizei zu einem Übergriff auf einer Geburtstagsfeier von bekannten Neonazis gekommen sein. Die Polizei fuhr daraufhin mit mehreren Einsatzwagen vor dem Vereinshaus vor, um die Personalien der Anwesenden festzustellen. Vier Personen wurden mitgenommen, weil Neonazis sie als Angreifer identifiziert haben sollen. Die regionalen Medien titelten zu diesem Vorfall „Schlägerei zwischen Linken und Rechten“.⁹ Die lokalen Autoritäten übernahmen nach dem Vorfall einseitig die Darstellungen aus dem Polizeibericht und verurteilten die „extremistische“ Gewalt von beiden Seiten.

Ein anderes Beispiel stammt aus dem 10 Kilometer von Limbach-Oberfrohna entfernten Ort Burgstädt im Landkreis Mittelsachsen. In Burgstädt beschloss die Gruppe der nichtrechten Jugendlichen im Sommer 2012, ein politisches Straßenfest vor den Vereinsräumen durchzuführen. Neben einer öffentlichen Vorstellung der Vereinsaktivitäten an Infoständen, einem Graffiti-Workshop, Kinderschminken und Musik sollte in Vorträgen über die regionale Neonaziszene aufgeklärt sowie in Workshops vertiefend dazu gearbeitet werden. Durch den lockeren Straßenfestcharakter sollten auch Menschen erreicht werden, die an herkömmlichen Informationsveranstaltungen nicht teilnehmen. Außerdem wurde damit Politik und Spaß miteinander verbunden, was auch den Jugendlichen selbst entgegenkam.

Die Veranstaltung wurde als Kundgebung für maximal 100 Teilnehmer_innen bei der zuständigen Versammlungsbehörde angemeldet. Nach der Anmeldung lud die Versammlungsbehörde zu einem Kooperationsgespräch ein. Den Anmelder_innen saßen in diesem Kooperationsgespräch sieben Personen gegenüber, darunter Vertreter_innen des Ordnungsamtes der Stadt Burgstädt, der Abteilung Ordnung & Sicherheit des Landkreises, der örtlichen Polizeidienststelle und der Staatsschutzabteilung der zuständigen Polizeidirektion. Grund für dieses Aufgebot war die Tatsache, dass es im Februar 2012 in Burgstädt eine unangemeldete Spontandemonstration im Anschluss an eine Kundgebung gegeben hatte. Es war die erste und bisher einzige

9 Vgl. u. a.: http://www.mdr.de/nachrichten/schlaegerei-limbach-oberfrohna100_zc-e9a9d57e_zs-6c4417e7.html, zuletzt aufgerufen am 12. 10. 2014.

unangemeldete Demonstration, die Burgstädt seit 1989 erlebt hat. Als die zwei örtlichen Polizeibeamten die Spontandemonstration von etwa 50 Personen stoppen wollten, sollen sie zur Seite gedrängt worden sein. Ein Beamter wurde laut eigenen Angaben kurzzeitig in ein Transparent eingerollt. Es gab keine Verletzten und keine Sachbeschädigungen. Die Demonstration löste sich nach einiger Zeit wieder auf. Ein weiterer Vorfall, der die Gemüter in Burgstädt erhitzte, war ein Vorfall am Rande des Stadtfestes im Spätsommer 2011. Im Internet hatten Neonazis im Vorfeld dazu aufgerufen, das Vereinshaus der nichtrechten Jugendgruppe anzugreifen. Im Sommer 2011 war es bereits zu einzelnen Übergriffen auf das Haus gekommen. Die nichtrechten Jugendlichen veranstalteten daraufhin ein Konzert, um an diesem Wochenende nicht allein zu sein. Als sich tatsächlich eine Gruppe von gut 40 Neonazis auf das Haus der nicht-rechten Jugendlichen zubewegte, stellten sich Konzertbesucher_innen in der Nähe des Hauses den Neonazis in den Weg. Dabei kam es zu gegenseitigen Beleidigungen, Bedrohungen und kleineren Handgreiflichkeiten. Die Polizei konnte die bedrohliche Situation auflösen.

Diese beiden Vorfälle veranlassten die Versammlungsbehörde nun, das Straßenfest streng zu beauftragen und aufwendige Kooperationsgespräche mit einem ganzen Stab von Beamten einzuberufen. Auch nachdem das Fest im September 2012 ohne jegliche Gefährdungssituation, in friedlicher Atmosphäre und ohne besondere Vorkommnisse verlief, wurde dieses Prozedere bei den Anmeldungen für die weiteren Straßenfeste im September 2013 und 2014 wiederholt.

Beispiel 2 »»

Auflagenbescheid für ein Straßenfest

Für ein politisches Straßenfest unter dem Motto „Rassismus in Europa“, bei dem es neben Infoständen, Vorträgen und Workshops auch Musik, Kultur, Kinderspiele, Essen und Trinken geben sollte, erließ das Landratsamt Mittelsachsen einen 13-seitigen Auflagenbescheid.¹⁰ Die Veranstaltung war als Kundgebung für 100 Personen angemeldet und bereits im Vorjahr ohne Zwischenfälle oder besondere Vorkommnisse abgehalten worden. Die Auflagen des Bescheides vom 13. September 2013 gliederten sich auf sieben Kapitel mit jeweils bis zu zwölf Unterpunkten. Es ging u. a. um das Verbot von Alkohol, Drogen, Glasflaschen und Springerstiefeln, Vermummungs- oder waffenähnlichen Gegenständen, um die Größe und

10 Die zuständigen Versammlungsbehörden sind dazu berechtigt, die Durchführung von angemeldeten politischen Veranstaltungen zu beauftragen, wenn sie dies für nötig erachten.

das Anbringen von Transparenten, das Aufstellen einer ausreichenden Anzahl von Feuerlöschern, die Art und Weise der Kundgebungsmittel und um Ordner_innen. Als Begründung für den Auflagenbescheid wurde aufgeführt:

„Das Landratsamt Mittelsachsen ist nach §§ 32 Abs. 1 SächsVersG zum Erlass dieses Bescheides sachlich und örtlich zuständig. Die formell ordnungsgemäß getätigte Anmeldung begegnet inhaltlich keinen durchgreifenden rechtlichen Bedenken, so dass sie, flankiert durch o. g. Auflagen, wie beantragt bestätigt werden konnte. (...)

Innerhalb der anzustellenden Gefährdungsbeurteilung und -prognose konnte hier nicht ganz unberücksichtigt bleiben, dass es in Burgstädt bei ähnlichen Versammlungen mit sehr ähnlichem Teilnehmerkreis in jüngerer Vergangenheit zu zum Teil sogar recht massiven Störungen von Innen, also aus der Versammlung heraus, gekommen war.

So wurde am 04. 02. 2012 in Burgstädt eine als Kundgebung angemeldete Versammlung rücksichtslos und ohne jede Rücksprache mit der Polizei und der Versammlungsbehörde, die seinerzeit wenige Meter vom Ort des Geschehens anwesend waren, unter Missachtung jeglicher bestehender Auflagen zu einem Aufzug umfunktioniert. Bei dem Versuch mit der rund 50 Personen umfassenden Gruppe zu kommunizieren, wurden Polizeibeamte angegriffen und überrannt.

Des Weiteren sind mögliche Störungen von außen nicht unwahrscheinlich. Das Auftreten von andersdenkenden Gruppierungen, die insbesondere dem rechten Spektrum zugeordnet sind, war etwa im September 2011 anlässlich eines seinerzeit stattfindenden Aufzuges zu beobachten. Die Polizei war mehrfach gehalten, einzugreifen und Gefährdeansprachen zu führen. Auch außerhalb von Versammlungsgeschehnissen sind in Burgstädt Zusammentreffen von unterschiedlichen Gruppierungen nicht selten, die einhergehen mit Körperverletzungen, Beleidigungen oder dem Anbringen von Schmierereien, die sich auf Andersdenkende beziehen.

Als erforderliches Mittel erscheint somit die Bestätigung dieser Versammlung unter Auflagen sinnvoll. Den Versammlungsteilnehmern kommt es vorrangig darauf an, Aufmerksamkeit zu erregen. Dies kann auch in Schranken, die durch die Auflagen gebildet wurden, geschehen, zumal die Auflagen rein präventiv wirken und der Anmelder keinerlei Abstriche z. B. hinsichtlich Ort, Zeit, Thema, Meinungskundgabe hinzunehmen braucht.“

Kritisch bleiben

Der Umgang mit Jugendgruppen, die nicht dem Mainstream entsprechen und die bestehenden Verhältnisse aktiv verändern wollen, steht geradezu symptomatisch für die praktische Anwendung des Denkens, das sich hinter dem Extremismusansatz verbirgt. Bedienen sich die jungen Menschen auch noch unkonventioneller Mittel der politischen Artikulation und probieren sich in der Anwendung dieser aus, dann sind die Zuschreibungen klar. Vor allem im ländlichen Raum, wo eine sogenannte „Störung

der öffentlichen Ordnung und Sicherheit“ schneller und einfacher als solche wahrgenommen wird als in urbanen Zentren, ist die strategische Funktion des Extremismusansatzes zur Diskreditierung derjenigen, die die bestehenden Verhältnisse infrage stellen wollen, schnell zur Hand. In tagespolitischen Positionierungen und Diskursen wird der Extremismusbegriff wieder und wieder dazu verwendet, politische Positionen, die nicht in das genormte Bild passen, zu verleumden und zu kriminalisieren. Damit wird der Extremismusbegriff in der Alltagspraxis zum strategischen Instrument in den Händen der Deutungsmächtigen. In Sachsen scheint das neben der Legitimation der Arbeit des Verfassungsschutzes und der Strukturierung von ordnungspolitischem Handeln (vor allem von Polizei und Staatsschutz) seine herausragende Rolle zu sein – die Disziplinierung von Initiativen und Menschen, deren politische Positionen sich kritisch mit dem Handeln des Staates auseinandersetzen. Mit der Bezeichnung „Linksextremismus“ erfolgt gleichzeitig ein Diskursausschluss. Wer mit dem Etikett „Linksextremist“ – und damit Demokratiefeind_in – beklebt ist, darf mit seiner Position nicht mehr am kommunalen Diskurs teilnehmen. Er oder sie ist ausgeschlossen. Wie dieser Ausschluss im Kleinen funktioniert, konnte mit den Praxisbeispielen gezeigt werden. Als Instrument in anderen politischen Zusammenhängen wirkt der Extremismusansatz z. B. im schriftlichen Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung (fdGO),¹¹ die in der Förderung zivilgesellschaftlicher Strukturen im Freistaat Sachsen nach wie vor die Voraussetzung für die finanzielle Unterstützung mit staatlichen Geldern ist.

Durch die scheinbar unumgängliche Bindung an die fdGO wird eine gewaltsame Grenzziehung vorgenommen, die jede Infragestellung dieser Grenze verbietet. Das heißt, die fdGO wird als unveränderbar angesehen. Wer sie ablehnt, z. B. weil er oder sie der Meinung ist, dass sie um das Sozialstaatsprinzip ergänzt werden müsste oder dass die Verantwortlichkeit der Regierung in einigen gesellschaftlichen Bereichen aufgelöst werden müsste, ist verdächtig „Extremist_in“ zu sein. Der französische Philosoph Jaques Derrida hat darauf hingewiesen, dass eine solche Grenzziehung einem Selbstmord der Demokratie gleichkommt. Gerade die dauerhaft unfertige und unbestimmte Form, die einer Demokratie innewohnt, hat er als die eigentliche Stärke dieser Gesellschaftsordnung herausgestellt.¹² In diesem Sinne ist eine Demokratie ein nicht endender Verbesserungsprozess, der die Institutionen und die Ordnung als Ganzes stets in seine Veränderungen einbezieht. Wenn man als höchsten Zweck einer politischen Ordnung den Menschen selbst sieht, dann kann eine normative Bezugnahme nur anhand der universellen Menschenrechte stattfinden und nicht an den institutionellen Rahmenbedingungen einer verfassungsmäßigen Ordnung. Der Staat selbst und die bestehende Ordnung muss in einer Demokratie zur Disposition stehen dürfen. Leider findet sich dieses Verständnis von Demokratie weder in der Politik auf

11 Vgl. u. a.: Liebscher, Doris (2011): *Wieviel Demokratie verträgt die fdGO?* In: Kulturbüro Sachsen e.V./Bildungswerk Weiterdenken (Hrsg.). *Ordnung und Unordnung (in) der Demokratie*. Dresden, S. 83–101.

12 Derrida, Jaques (2005). *Schurken. Zwei Essays über die Vernunft*. Frankfurt a. M., S. 64ff.

Bundes- und Landesebene, noch in den zuständigen Ämtern in Limbach-Oberfrohna oder Burgstädt. Politische Forderungen und Aktionen, die sich außerhalb des parlamentarischen Rahmens bewegen oder Repräsentant_innen und ihre Entscheidungen infrage stellen, machen sich verdächtig, die Demokratie als Ganzes zu bezweifeln. Nach Habermas wäre die eigentliche „paradoxe Aufgabe des demokratischen Rechtsstaates“ die, eine „Idee eines nicht institutionalisierbaren Mißtrauens gegen sich selbst“ zu verfolgen. Dafür ist eine kritische politische Kultur mit kritischen Staatsbürger_innen unabdingbar.¹³ Der Verzicht auf ein ordnungspolitisches Denken auf Basis des Extremismusansatzes einerseits und ein stetiges Empowerment nicht-rechter, menschenrechtsorientierter Jugendgruppen andererseits können dazu beitragen, dass wache und kritische Staatsbürger_innen keine Wunschvorstellung bleiben.

13 Habermas, Jürgen (1983). Ziviler Ungehorsam – Testfall für den demokratischen Rechtsstaat. Wider den autoritären Legalismus in der Bundesrepublik. In: Glotz, Peter (Hrsg.). Ziviler Ungehorsam im Rechtsstaat. Frankfurt a. M., S. 38ff.

Rechte Dominanz gegen Nichtrechte, Alternative und politisch Aktive

Definition, Ausmaß und Folgen

„Wir, die anderen, waren wenige. Wir waren Mädchen mit kurzen und Jungen mit langen Haaren, die sich ekelten vor den Symbolen, die sich fürchteten vor den Stiefeln. Wir teilten denselben Alptraum, sonst nichts. Wenn wir einander begegneten, war das die Rückversicherung: Wir sind nicht verrückt.“¹

Nichtrechte Jugendliche und junge Erwachsene verweigern sich rechtem Hegemoniestreben, wollen mit Nazis nichts zu tun haben, widersprechen auch einmal rechten Parolen oder zeigen in bestimmten Situationen Zivilcourage. Für diese Haltung werden sie zum Ziel rechter Gewalt. Oft gehören sie alternativen Jugendsubkulturen an und erfüllen als vermeintlich oder tatsächlich links das Feindbild von Neonazis. Dabei braucht es nicht unbedingt politische Aktivitäten, um in das Visier der Täter_innen zu geraten, diese sind aber gerade der Grund für Neonazis gegen ihre politischen Gegner_innen vorzugehen. Politisch Aktive stellen sich gegen Rechts, engagieren sich gegen Rassismus und für eine demokratische, offene Gesellschaft, engagieren sich in linken Zusammenhängen und treten mit ihren Positionen in die Öffentlichkeit. Rechte Gewalt richtet sich gegen Menschen, die aufgrund von Ungleichwertigkeitsvorstellungen wie Rassismus, Antisemitismus oder Sozialdarwinismus abgewertet und deshalb angegriffen werden. Gewalt gegen Nichtrechte, Alternative oder politisch Aktive basiert ebenso auf rechter Ideologie, unterscheidet sich allerdings in einigen Punkten. Ideologien der Ungleichwertigkeit finden sich in der gesamten Gesellschaft, nicht allein bei Neonazis, wie Studien der

1 Präkels Manja (2011): Als ich mit Hitler Schnapskirschen aß. In: Krampitz, Karsten/Liske, Markus/Präkels, Manja: Kaltland. Eine Sammlung. Berlin, S. 60.

Einstellungsforschung vielfach festgestellt haben. So sind auch Täter_innen, die aus rassistischen Motiven heraus handeln, nicht allesamt der rechten Szene zuzuordnen. Nichtrechte, Alternative oder politisch Aktive jedoch werden von Neonazis angegriffen. Rechten Gruppierungen geht es darum, „mittels Gewalt, Drohung oder Präsenz eine territoriale Kontrolle im Sinne von Exklusion oder Vertreibung anderer auszuüben“.² Dieser Ausschluss betrifft auch und gerade jene junge Menschen, die für jugend(sub)kulturelle Vielfalt und eine offene Gesellschaft eintreten.

Wir, die anderen

„Der Begriff ‚nicht-rechte‘ Jugendliche und junge Erwachsene bezieht sich auf eine sehr heterogene Gruppe und meint Personen, die aufgrund ihrer jugendkulturellen Orientierung (SkaterInnen, Grufties, Punks, Hip-HopperInnen, ‚Bunte‘, Alternative), aber auch wegen ihres Engagements oder ihrer wahrnehmbaren Abgrenzung gegen Umtriebe einer rechten/rechtsextremen Szene einer rechts(extrem) motivierten Gewalt(bedrohung) ausgesetzt waren. Diese Formulierung umfasst all jene, die wegen ihres Bekleidungsstils oder wegen ihrer tatsächlichen oder von den Tätern vermuteten politischen Einstellung als ‚Feinde‘ angesehen werden.“³ Der Übergang zwischen Nichtrechten, Alternativen und politisch Aktiven ist oftmals fließend. Es gibt Anhänger_innen alternativer Subkultur, die sich selbst politisch als links verorten und engagieren. Es gibt Andere, die zwar (sub)kulturell, aber gar nicht politisch interessiert sind. Auch werden alternative Jugendliche ab und an erst durch ihre Erfahrungen mit Neonazis politisiert und beginnen, sich zu engagieren. Politisch Aktive als Betroffene rechter Gewalt sind ebenfalls eine sehr heterogene Gruppe, Jugendliche aber auch Erwachsene oder ältere Menschen, „antifaschistische Aktivist_innen wie ‚Antifas‘, Linke und alle weiteren, die sich gegen rechts positionieren, etwa aus Politik, Bürger_innenbündnissen, Kirchen, Medien“.⁴

Im Jahr 2013 richteten sich von 223 Angriffen 72 gegen nichtrechte Jugendliche oder Alternative und 29 gegen politisch Aktive. In fast der Hälfte aller Fälle rechter Gewalt sind also diese beiden Gruppen betroffen. Auch in einer Schweizer Studie zu jugendlichen Betroffenen rechter Gewalt stellen die Autor_innen fest, dass „am stärksten von rechtsextremer Gewalt Jugendliche betroffen (sind), die sich zur Subkultur der Kiffer zählen. (...) Die Gruppe der linksalternativen, kultur- und politikinteressierten Jugendlichen ist ebenfalls überdurchschnittlich stark von rechtsextremer Gewalt betroffen.“⁵

2 Döring, Uta (2008): Angstzonen. Rechtsdominierte Orte aus medialer und lokaler Perspektive. Wiesbaden, S. 19.

3 Ebd., S. 42f.

4 Arbeitsgruppe Qualitätsstandards der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (2014, Hrsg.): Beratung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Deutschland. Qualitätsstandards für eine professionelle Unterstützung. Berlin, S. 4.

5 Schmid, Martin/Storni, Marco (2009): Jugendliche im Dunkelfeld rechtsextremer Gewalt. Viktimisierungsprozesse und Bewältigungsstrategien. Zürich, S. 202.

„Where is the meaning?“⁶

Mindestens 152 Menschen sind seit 1990 durch rechte Gewalt bundesweit zu Tode gekommen.⁷

Davon wurden 26 von Neonazis ermordet, weil sie nichtrechten oder alternativen Jugendkulturen angehörten, von den Täter_innen als politische Gegner wahrgenommen wurden oder sich gegen sie stellten. Mindestens vier der Morde sind in Sachsen geschehen. Die beschriebenen Fälle sind Ausdruck einer brutalen Dominanz von Neonazis in den ostdeutschen Bundesländern der 1990er Jahre. Wer anders dachte, anders aussah oder sich wehrte, konnte dafür mit seinem Leben bezahlen. Angriffe gegen Nichtrechte, Alternative und Linke wurden „mit herber Gewalttätigkeit durchgeführt. Rechte/Rechtsextreme schlugen mit Baseballkeulen auf Personen ein, verfolgten mit dem Auto Fahrzeuge von (vermeintlichen) Linken, um sie dann mit Steinen zu bewerfen oder die Fahrzeuge zu rammen, versammelten sich vor von Linken bewohnten Häusern, beschossen sie mit pyrotechnischen Erzeugnissen, drangen in Wohnungen ein, zerstörten die Einrichtung und verprügelten die Angehörigen.“⁸ Ernsthafte Strafverfolgung oder andere Konsequenzen hatten sie kaum zu fürchten.

Am 3. Oktober 1999 wird Patrick Thürmer in Hohenstein-Ernstthal getötet. Der 17-Jährige ist gemeinsam mit einem Freund auf dem Heimweg von einem Punkfestival. Aus einem Kleintransporter heraus werden sie von drei Männern überfallen. Mit einem Axtstil und einem Billardqueue schlagen sie auf den schwächlichen Patrick Thürmer ein und fügen ihm tödliche Kopfverletzungen zu. Vorausgegangen war ein Angriff von mehreren Dutzend Nazis auf das Festival. Als die Polizei auf die Notrufe der Punks nicht reagiert, entschließen sich 30 von ihnen, der Disko „La Belle“, die sie als Ausgangspunkt des Angriffs vermuteten, einen Besuch abzustatten. Die Türsteher vertreiben die Gruppe jedoch. Die inzwischen vom Diskobetreiber gerufene Polizei greift sie wegen Landfriedensbruches auf und kontrolliert alle Besucher_innen des Punkfestivals. Unterdessen findet sich ein Dutzend Neonazis und Türsteher zusammen, um Jagd auf Punks zu machen. Patrick Thürmer starb „stellvertretend für jene Linken“, die an dem Angriff auf die Diskothek beteiligt gewesen seien, stellt das Landgericht Chemnitz im September 2000 fest. Einen rechten Hintergrund erkennt das Gericht damals dennoch nicht. Der 23-jährige Haupttäter wird wegen Totschlags zu elf Jahren Haft verurteilt.

Am 25. Mai 1995 wird in Hohenstein-Ernstthal Peter T. von Nazis zu Tode geprügelt. Mit Freunden verbringt der 24-jährige Bundeswehrsoldat Himmelfahrt am Stausee,

6 Titel des ersten Albums der Band Enslaved, welches der Sänger der Band Frank Zerna seinem Bruder Mike widmete. Seit 2001 nennt sich die Band aus Cottbus Killing Spree.

7 Monitoringprojekt der Wochenzeitung Die Zeit und des Tagesspiegel, siehe <http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/todesopfer-rechter-gewalt> (zuletzt besucht am 12. 10. 2014). Die dargestellten Fälle tödlicher Nazigewalt sind dieser Dokumentation entnommen.

8 Döring: Angstzonen, S. 162.

als eine Gruppe von etwa 20 Neonazis ohne Vorwarnung mit Baseballschlägern auf die jungen Erwachsenen losstürmt. Peter T. wird mehrfach am Kopf getroffen. Er erliegt seinen massiven Verletzungen am 4. Juni 1995. Zuvor hatten die Angreifer bereits auf einem Campingplatz Punks und einen Pakistani angegriffen. Das Landgericht Chemnitz verurteilt acht Angeklagte zu Strafen zwischen zehn Monaten auf Bewährung und drei Jahren und zehn Monaten Haft. Wer aus der Clique Peter T. getötet hat, lässt sich nicht ermitteln.

Am 19. Februar 1993 wird Mike Zerna bei einem Überfall von Nazis auf einen Treffpunkt linker Jugendlicher in Hoyerswerda getötet. Der 22-Jährige ist gerade dabei, mit seinem Bruder den Bandbus zu beladen, als sie angegriffen werden. Sein Bruder wird bewusstlos geschlagen, er selbst kann sich zunächst verstecken. Die Angreifer prügeln und treten unter Rufen wie „schlagt die Zecken tot“ auf die 60 bis 80 Konzertbesucher_innen ein. Als sie im Club fertig sind, finden sie draußen neben dem Transporter Mike Zerna. Sie schlagen und treten ihn, bis er bewusstlos am Boden liegt, dann kippen sie den Bus auf ihn. Mike Zerna überlebt seine Verletzungen nicht. Das Landgericht Bautzen verurteilt zwölf Tatbeteiligte im Alter von 19 bis 25 Jahren zu Bewährungs- und Haftstrafen bis zu vier Jahren.

In der Nacht zum 11. Oktober 1992 wird Waltraud Scheffler in Geierswalde bei Hoyerswerda getötet. Etwa 15 Nazis überfallen eine Diskothek, nachdem Besucher_innen auf „Sieg Heil“-Rufe und neonazistische Sprüche vor dem Lokal mit Buhrufen reagierten. Die 44-jährige Aushilfskellnerin versucht, die Angreifer zu beruhigen, als ihr einer der Neonazis mit voller Wucht eine Holzlatte auf den Kopf schlägt. Waltraud Scheffler wird so schwer verletzt, dass sie am 23. Oktober 1992 stirbt. Das Jugend-schöffengericht Bautzen verurteilt den Täter zu viereinhalb Jahren Haft.

Kein Raum für Abweichung

Die Motive für Gewalt gegen Nichtrechte, Alternative oder politisch Aktive resultieren aus rechter Ideologie. Zum einen greift die Abwertung mancher alternativer Jugendkulturen wie Punk zurück auf Sozialdarwinismus, wenn davon gesprochen wird, dass Punks schmutzig, faul und „asozial“ seien. Von den gesellschaftlichen Normvorstellung abweichende Jugendkulturen sind entsprechend häufig Anfeindungen und Beschimpfungen im Alltag ausgesetzt – und dies nicht nur von ausgemachten Neonazis, sondern auch von manchen Bürger_innen. Dass dabei Versatzstücke nationalsozialistischer Ideologie wirken, wird spätestens deutlich, wenn von Sprüchen berichtet wird wie: „So etwas wie euch hat man früher vergast.“ Zum anderen greifen Neonazis Nichtrechte, Alternative und politisch Aktive an, da sie Abweichung, Differenz und Widerspruch, sowohl kulturell als auch politisch, nicht bereit sind zu dulden. Mit diesem Alleinvertretungsanspruch stehen sie in Tradition zum historischen Nationalsozialismus. In der NS-Jugendpolitik sollte die Hitlerjugend (HJ) alle Jugendlichen erfassen, linke Jugendverbände wurden verboten, die Mitglieder verhaftet, bündische Gruppen oder evangelische Pfadfindervereine wurden zwangsaufgelöst, lose kultu-

relle Gruppen wie die Swingkids wurden verfolgt. „Hinaus mit allen Störenfrieden! Einheit der Jugend in der Hitlerjugend!“ besagt ein Propagandaplakat der HJ von 1934. Gezeigt werden dort die ausgemachten Gegner: Linke Arbeiterjugend, Bündische Jugend und Swingjugend.⁹ In dieser ideologischen Tradition streben Neonazis nach Homogenität und lehnen Pluralismus ab. Neonazis streben nach der Etablierung einer deutschen Volksgemeinschaft und beziehen sich auch darin auf den Nationalsozialismus. Nichtrechte und alternative Jugendkulturen sowie Linke und Antifaschist_innen gelten als innere Feinde dieser Volksgemeinschaft, die mit Gewalt bekämpft werden müssen, denn ihre „hedonistischen Wertvorstellungen und die Ablehnung der Leistungsgesellschaft stehen in Widerspruch zu rechtsextremen Idealen“.¹⁰ In der von Neonazis verwendeten Beschimpfung als „Zecke“ wird diese Haltung deutlich. Mit Bezug auf die Sprache des Nationalsozialismus werden Menschen, die als „Volksschädlinge“ gesehen werden, mit „Ungeziefer“ und „Parasiten“ gleichgesetzt, deren Vernichtung legitim sei. Im Sinne dieses Strebens nach der Volksgemeinschaft im Großen versuchen Neonazis, im Kleinen Hegemonie zu erlangen – in einer Straße oder einem Stadtteil, in einer Kneipe oder einem Jugendclub. Mit Gewalt und durch bloße Präsenz verweigern sie diesen Raum allen, die sie als Feind definieren. Dass sich solche durch Neonazis dominierten Räume gar auf ganze Regionen ausweiten können, hat das Vorgehen der Skinheads Sächsische Schweiz (SSS) von 1996 bis zu ihrem Verbot im Jahr 2001 gezeigt. Mit enormem Anpassungsdruck, gezielten Einschüchterungen und brutalen Überfällen versuchte diese Kameradschaft, über Jahre einen ganzen Landkreis „zecken-, kiffer- und ausländerfrei“ zu machen.

An dieser Stelle muss ein kurzer Blick auf das Konzept der sogenannten „National befreiten Zonen“ geworfen werden. 1991 veröffentlichte der Nationale Hochschulblock (NHB) das Strategiepapier „Schafft befreite Zonen!“, welches in der Folgezeit in den verschiedensten Neonazi-Zeitschriften nachgedruckt wurde. Der Text sollte die theoretische Grundlage für die Praxis in den fünf neuen Bundesländern bilden. Es ging dem NHB, fern dem Gedanken an „ein eigenständiges staatliches Gebilde“, um „die Etablierung einer Gegenmacht. Wir müssen Freiräume schaffen, in denen wir faktisch die Macht ausüben, in denen wir sanktionsfähig sind, d. h. wir bestrafen Abweichler und Feinde, wir unterstützen Kampfgefährtinnen und -gefährten, wir helfen unterdrückten, ausgegrenzten und verfolgten Mitbürgern.“ Mit lokalen Macht- und Kontrollfunktionen sollte eine kulturelle Hegemonie geschaffen und alltägliche Normen und Werte im neonazistischen Sinne geprägt werden. Umzusetzen sei dies auf verschiedenen, parallel beschrittenen Wegen: der militante, repressive Weg und der sanfte, bürgernahe Weg der Akzeptanzgewinnung in der Bevölkerung zur Etablierung einer „moralische(n) und geistige(n) Gegenmacht“. Auf struktureller Ebene sollten Freiräume für die Szene selbst geschaffen werden: Kneipen, Läden

9 Vgl. Lange, Sascha (2012): Die Leipziger Meuten. Jugendopposition im Nationalsozialismus. Leipzig, S. 12.

10 Schmid/Storni: Dunkelfeld, S. 202.

oder Jugendzentren für die Vernetzung untereinander.¹¹ Um die Jahrtausendwende erlebte das Konzept eine Konjunktur, als die NPD 1999 begann, lebhaft dessen Umsetzung und Erweiterung innerhalb ihres „Drei-Säulen-Konzeptes“¹² zu debattieren. Ergänzt werden sollte es von nun an um das Handeln auf (jugend-)kultureller Ebene, im vorpolitischen Raum. Wenn auch nicht davon gesprochen werden kann, dass dieses Konzept allorts getreu den Vorgaben umgesetzt wurde, so lassen sich doch in einigen Regionen, Orten oder Stadtteilen zu verschiedenen Zeiten Durchsetzungsversuche „National befreiter Zonen“ nachvollziehen. In Gegenden wie der Sächsischen Schweiz, der Lausitz oder dem Erzgebirge wirkt dieser politische und kulturelle Zustand bis heute nach.

Das Vorgehen von Neonazis gegen Nichtrechte, Alternative oder politisch Aktive ist nicht immer so konzeptorientiert, dauerhaft und organisiert wie im Fall der SSS oder auch des Sturm 34, der zwischen 2006 und 2007 im Raum Mittweida (Sachsen) agierte. Es bedarf keiner durchorganisierten Kameradschaft, oftmals genügen auch rechte Jugendcliquen oder Neonazis in kleinen Gruppen, die nichtrechte oder alternative Jugendliche auf der Straße oder in der Schule anpöbeln, bedrohen oder spontan angreifen. Die Einschüchterungen und Bedrohungen setzen sich im Internet fort, wenn Neonazis persönliche Daten und Bilder veröffentlichen oder in sozialen Netzwerken ihren Gegner_innen drohen. Vor allem in ländlichen Regionen agieren die Täter dabei oftmals aus der Gewissheit, in der Mehrheit zu sein und aus einem rechten Mainstream unter Jugendlichen heraus zu handeln. Ein plötzlicher Schlag ins Gesicht auf dem nächtlichen Heimweg, ein von der Straße abgedrängtes Fahrrad, an der Bushaltestelle eine Flasche auf den Kopf geschlagen, meist begleitet von einem „Scheiß Zecke“. Aber auch gezielte Angriffe auf Einzelpersonen, die als alternativ oder links bekannt sind, finden immer wieder statt. So versuchte im Oktober 2012 eine Gruppe von 15 bis 20 Neonazis in eine Wohnung in Hoyerswerda einzudringen, weil die zwei dort Wohnenden von den Angreifern als politische Gegner_innen betrachtet wurden. Im Mai 2014 überfielen vier bis fünf Neonazis zwei junge Alternative in ihrer Wohnung in Delitzsch. Treffpunkte nichtrechter, alternativer oder linker Jugendlicher sind ebenfalls Ziel von Überfällen. 2009 griffen Neonazis in Mügeln immer wieder den Sitz des Vereins Vive le Courage an, in dem sich Jugendliche gegen Rassismus und Nazistrukturen einsetzten. In Zwickau wurde im Februar 2013 eine Gruppe Punks auf dem Hauptmarkt von Neonazis überfallen, zwei Monate später zogen sechs Vermummte mit Baseballschlägern bewaffnet zu einem Jugendzentrum, in dem gerade eine antirassistische Veranstaltung stattfand. In den letzten Jahren kam es auch immer wieder zu Angriffen auf Treffpunkte in Rochlitz, Burgstädt oder Colditz sowie auf die Räumlichkeiten des Vereins Soziale und politische Bildungsvereinigung

11 Nationaldemokratischer Hochschulbund (1991): Vorderste Front. Zeitschrift für politische Theorie & Strategie, Nr. 2, S. 4ff.

12 Das „Drei-Säulen-Konzept“, 1997 vom Vorstand der NPD unter Udo Voigt entwickelt, beinhaltet den „Kampf um die Straße“, „Kampf um die Köpfe“, „Kampf um die Parlamente“.

Limbach-Oberfrohna e. V., zuletzt im April dieses Jahres. Diese Liste ließe sich endlos fortsetzen – sowohl zeitlich als auch örtlich quer durch die sächsischen Landkreise. Welche Region auch immer gerade Brennpunkt rechter Angriffe auf die Treffpunkte nicht-rechter, alternativer oder politisch aktiver Jugendlicher war oder ist, die Vorgehensweise ist immer dieselbe. Es werden Scheiben eingeworfen, Wände beschmiert, Jugendlichen auf dem Heimweg aufgelauert, Häuser durch große Gruppen bewaffneter Neonazis belagert, Treffpunkte unter freiem Himmel brutal überfallen. Trauriger Höhepunkt solcher meist über einen längeren Zeitraum andauernden Attacken ist oftmals ein Brandanschlag: 2010 brannte in Limbach-Oberfrohna der Sitz des Vereins Soziale und politische Bildungsvereinigung L. O. aus, 2009 wurde in Burgstädt der Proberaum einer Punkband in Brand gesetzt, in Rochlitz wurde 2008 und 2013 ein Brandanschlag auf die „Alte Schmiede“ verübt. Allein in den letzten fünf Jahren sind insgesamt 12 Brandanschläge gegen Nichtrechte, Alternative oder politisch Aktive in Sachsen verübt worden, auch auf Wohnhäuser. Linke Wohnprojekte werden immer wieder Ziel von Neonaziangriffen. Im Juli 2014 belagerten in Schwarzenberg zehn Neonazis, mit Eisenstangen und Baseballschlägern bewaffnet, ein solches Haus. Im Sommer 2010 wurden in Dresden zwei Brandanschläge auf die linken Wohnprojekte „RM16“ und die „Praxis“ verübt. Im Fall des Anschlags auf die RM16 wurde ein junger Neonazi wegen 10-fachen versuchten Mordes zu einer Jugendstrafe von sieben Jahren und zehn Monaten verurteilt. Auch diesem Brandanschlag gingen jahrelange Attacken voraus. Jedes Wochenende eingeschlagene Fensterscheiben, Aufkleber und Plakate an den Wänden, Sprühereien, nächtliches Parolengegröle vor dem Haus – das ist die Erfahrung vieler Wohnprojekte in Sachsen, von Görlitz bis Schwarzenberg, von Leipzig bis Dresden. Zu den Methoden der Einschüchterung gehören auch Brandanschläge auf Fahrzeuge: 2010 wurden in Döbeln die Autos von zwei Vereinsmitarbeiter_innen des Treibhaus e. V. in Brand gesetzt, nur eine Nacht später wurde versucht, ein weiteres anzuzünden. In Pirna brannte im selben Jahr das Auto des Kreisgeschäftsführers der Linken komplett aus. Im Kampf gegen ihre politischen Gegner_innen verüben Neonazis auch immer wieder Sachbeschädigungen an Parteibüros der Linken, zum Teil auch der Grünen oder der SPD.

Was folgt

Die konkreten Folgen für die Betroffenen mögen individuell verschieden sein, die Auswirkungen im Alltag sind zumeist dieselben. So wie der_die Einzelne nicht als Individuum angegriffen wird, sondern stellvertretend für eine Gruppe, wirkt der Angriff auch nicht allein auf das Individuum. Folgen hat das Ereignis auch für alle anderen, die jener Gruppe angehören. Dieses kollektive Zum-Opfer-Machen ist ein Merkmal rechter Gewalt und eine Besonderheit gegenüber allgemeiner Gewalt. Auf individueller Ebene sind die Reaktionen auf rechte Angriffe zumeist Ohnmacht und Wut. In der Gruppe kann daraus Resignation oder Trotz resultieren. Entweder ziehen sich nichtrechte, alternative und linke Jugendliche zurück, weil die Angst davor, im örtlichen Jugendclub, auf dem Marktplatz, an einer bestimmten Straßenecke angegrif-

fen zu werden, einfach zu groß ist. Die bloße Präsenz rechter Cliquen oder organisierter Neonazis reicht aus, um bestimmte Orte für die Betroffenen unzugänglich zu machen. Pöbeleien, Drohungen und mögliche Angriffe lassen die Betroffenen diese „Angstzonen“ meiden. Solche Zonen sind nicht nur örtlich, sondern auch anlassbezogen. „Betroffene beschreiben zudem, dass sie z. B. Gemeindefeste meiden, um möglichen Angriffen aus dem Weg zu gehen.“¹³ So berichten potentiell Betroffene von einem permanenten Bedrohungsgefühl auch in Regionen, in denen zwar kaum (mehr) Angriffe stattfinden, aber die Präsenz starker Neonazistrukturen ausreicht, um dieses Gefühl aufrechtzuerhalten. Das bedeutet natürlich eine massive Einschränkung in der Bewegungsfreiheit. Anzeige zu erstatten, kommt für die Jugendlichen oftmals nicht infrage, sei es aufgrund negativer Erfahrungen bei der Polizei, aus Angst vor Rache, weil sie es als sinnlos erachten oder weil sie sich an Beleidigungen, Bedrohungen und Schläge gewöhnt haben. Lediglich wenn Betroffene schlimme Verletzungen davon tragen, erwägen sie den Gang zur Polizei. „Je unerheblicher die physische Verletzung (...) empfunden wird, desto seltener wird der Vorfall der Polizei zur Kenntnis gebracht.“¹⁴ Nur die Hälfte der Angriffe gegen Nichtrechte und Alternative wurde 2013 in Sachsen bei der Polizei angezeigt, insgesamt liegt die Anzeigequote bei 70 %. Doch nicht immer wollen sich die Jugendlichen einschüchtern, in ihrem Alltag oder ihrer Freizeitgestaltung einschränken lassen. Dann gehen sie – zumeist in Gruppen – doch in den einzigen Jugendclub oder besuchen das Dorf- oder Stadtfest, obwohl sie dort von Nazis angefeindet werden. Und wenn die betroffenen Jugendlichen genug haben von dieser Situation, schließen sie sich in Vereinen zusammen und versuchen, in ihren Orten etwas zu verändern. Sie klären die Öffentlichkeit auf über deren Strukturen, setzen sich ein gegen Rassismus und für Menschenrechte und arbeiten für eine alternative und vielfältige Jugendkultur. Das beendet natürlich nicht von heute auf morgen die rechte Dominanz im Ort. Im Gegenteil: Zumeist sind diese Projekte massiven Anfeindungen und Angriffen durch Neonazis ausgesetzt. Und nicht immer halten die Jugendlichen und jungen Erwachsenen durch. In Mügeln etwa „ist ein Rückzug von nicht-rechten und alternativen jungen Menschen wahrzunehmen, welcher als Resultat der Gefährdungssituation in den letzten Jahren zu werten ist“.¹⁵ Wenn aber die Jugendlichen in ihrer Arbeit Unterstützung erhalten und die Gefahr, die von Neonazis ausgeht, von Polizei, Gesellschaft und Kommune ernst genommen wird, kann eine solche Offensive gelingen.

13 RAA Sachsen e. V.: Rechtsmotivierte und rassistische Angriffe in Sachsen 2013. Eine Statistik der Opferberatung des RAA Sachsen e. V., <http://raa-sachsen.de/statistik-detail/items/jahresstatistik-2013.html>, zuletzt besucht am 12. 10. 2014.

14 Döring: Angstzonen, S. 211.

15 RAA Sachsen e. V. (2013): Rechtsmotivierte und rassistische Angriffe in Sachsen 2013. Eine Statistik der Opferberatung des RAA Sachsen e.V., <http://raa-sachsen.de/statistik-detail/items/jahresstatistik-2013.html>, zuletzt aufgerufen am 12. 10. 2014.

Trägerische Sehnsucht nach Ruhe

Der Umgang der lokalen Akteur_innen mit rechtsmotivierten Angriffen und rechtsdominierten Orten ist äußerst wichtig: Für die Betroffenen und die psychische Verarbeitung des Angriffs selbst, für die Situation nichtrechtlicher, alternativer und linker Jugendlicher und junger Erwachsener und auch für die (jugend)kulturelle und politische Entwicklung eines Ortes. Eine wichtige Rolle spielen hier zum einen das soziale Umfeld (Familie, Lehrer_innen, Sozialarbeiter_innen), lokale Verantwortungsträger_innen (Städträt_in, Bürgermeister_in), Lokalpresse und natürlich die Polizei.

Leider wird rechte Gewalt gegen Nichtrechte, Alternative oder Linke von diesen Instanzen in den meisten Fällen gerade nicht ernst genommen und häufig verkannt. Angriffe von Neonazis auf die Jugendlichen oder ihre Treffpunkte werden entweder als jugendtypische Rivalitäten abgetan und entpolitisiert. So stellt Uta Döring in ihrer Studie fest, dass „Angstzonen“ von Polizei und Sozialarbeit selten wahrgenommen werden: „Sie betrachten Angriffe gegen nicht-rechte Jugendliche primär unter dem Gesichtspunkt der ‚allgemeinen Jugendgewalt‘. Sie gingen davon aus, dass gewaltförmige ‚Gruppenauseinandersetzungen zwischen Cliques oder welchen aus anderen Dörfern zum Alltag gehören‘ und Attacken auf andere ein Bestandteil des allgemeinen Sozialverhaltens von Jugendlichen seien, quasi eine ‚normale‘ Freizeitbeschäftigung.“¹⁶ Oder aber diese Überfälle werden als Konfrontation¹⁷ zwischen verfeindeten politischen Lagern deklariert. Aus Opfern werden Täter, die Betroffenen hätten den Angriff mit ihrem Aussehen, ihrer Kleidung oder ihrer politischen Haltung provoziert. Sie würden selbst die gewaltsame Auseinandersetzung suchen. Solche Schuldzuweisungen verkennen nicht nur die Gewalt, die von Neonazis ausgeht, sondern verunmöglichen den Betroffenen in konkreten Angriffssituationen auch jede Form von Notwehr¹⁸ oder überhaupt ein selbstbewusstes Auftreten gegen Neonazis und deren Ideologie. Vor dem Hintergrund der Geschichte des Nationalsozialismus sollte der Einsatz für Menschenrechte und gegen Ideologien der Ungleichwertigkeit eine Selbstverständlichkeit in unserer Gesellschaft sein. Dass dem nicht so ist, lässt sich immer wieder daran ablesen, dass nicht jene als Gefahr erkannt werden, die Hass auf alles Abweichende propagieren und mit Gewalt gegen ihre Feindbilder vorgehen, sondern die zum Problem gemacht werden, die die Präsenz von Neonazis öffentlich anprangern und sich gegen deren Dominanz zur Wehr setzen, sich kritisch mit Rassismus auseinandersetzen und alternative Jugendkulturen repräsentieren. Als Nestbeschmutzer würden sie erst die Aufmerksamkeit auf den Ort lenken, dessen Ruf darunter leide und als Unruhestifter würden sie die Gewalt erst hervorrufen.

16 Döring:Angstzonen, S. 215.

17 Konfrontationsgewalt ist ein Themenfeld innerhalb des Definitionssystems „Politisch motivierte Kriminalität“, wo zwischen Hassgewalt und Konfrontationsgewalt unterschieden wird. Linke, Alternative, Antifaschist_innen gelten hier als das extremistische Pendant zu den Nazis, das die Gewalt bewusst provoziert.

18 Nähere Beschreibungen der Geschehnisse in Limbach-Oberfrohna finden sich im Interview mit einer Vertreterin des Soziale und Politische Bildungsvereinigung Limbach-Oberfrohna e.V. und im Beitrag von Michael Nattke und Grit Hanneforth.

Werden die Betroffenen in dem, was ihnen passiert, nicht ernst genommen, wird ihre Glaubwürdigkeit infrage gestellt, werden ihre Hinweise auf die Täter_innen und deren Motive ignoriert, wird ihnen selbst eine Mitschuld gegeben, werden sie als linksextremistische Gewalttäter_innen abgestempelt, dann werden sie ein zweites Mal zum Opfer gemacht. Das „Erleben einer zweiten Opferwerdung, bei der der Betroffene durch eine unangemessene Reaktion seitens seines sozialen Nahraums und der Instanzen der sozialen Kontrolle verletzt wird“,¹⁹ hat schwere Folgen. Die Hilf- und Machtlosigkeit der (potentiell) Betroffenen gegenüber neonazistischer Aggressionen wird massiv verstärkt, was zumeist einen endgültigen Rückzug aus dem öffentlichen Raum, die Aufgabe engagierter Projekte und Vereine zur Folge hat. Die Einzigen, die Neonazis noch etwas entgegensetzen, werden zum Verschwinden gebracht. In solche Orte mag dann oberflächlich betrachtet Ruhe einkehren, aber die politischen Auswirkungen sind fatal. Neonazis fühlen sich in ihrem Vorgehen bestärkt und können ungehindert agieren, unwidersprochen ihre Ideologie verbreiten und ausleben. Auf diese Weise etabliert sich eine „National befreite Zone“ unter Mitwirkung des lokalen Umfelds und der Ordnungsmacht.

Stattdessen sollte für ein menschenrechtsorientiertes Miteinander, für (jugend-)kulturelle Vielfalt und eine offene Stadtgesellschaft alles unternommen werden, Nazis aus dem öffentlichen Raum zu drängen. Dafür müssen jene unterstützt werden, die von deren gewaltsamer Raumnahme (potentiell) betroffen sind – Nichtrechte, Alternative und politisch Aktive. Das hieße zunächst, das Problem rechtsdominierter Orte wahrzunehmen, dann ernst zu nehmen und schlussendlich danach zu handeln.

19 Böttger, Andreas/Lobermeier, Olaf/Plachta, Katarzyna (2014): Opfer rechtsextremer Gewalt. Wiesbaden, S. 53.

Empowermentkonzepte – eine Einführung

Das Projekt „Werkstatt Junge Demokratie“ des Kulturbüro Sachsen e. V. arbeitet mit nichtrechten Jugendlichen im ländlichen Raum Sachsens. Die Mitarbeiter_innen des Projektes agieren ihrem Selbstverständnis folgend mit dem Ansatz des Empowerment.

Dieser Beitrag gibt einen groben Überblick zur Geschichte und Realität von Empowermentkonzepten. Einer Diskussion verschiedener Definitionen schließt sich ein Abriss über die Entstehung und Entwicklung des Konzeptes an. Es werden Kritiken der im deutschsprachigen Raum mehrheitlich angewandten Empowermentansätze vorgestellt. Abschließend wird ein persönlicher Ausblick über mögliche Entwicklungen und Erweiterungen formuliert.

Eine schwammige Definition

Der Begriff des Empowerment wird, abhängig vom jeweiligen Standpunkt, unterschiedlich definiert und gebraucht. Das Label Empowerment findet sich in nahezu allen Arbeitsbereichen sozialer Tätigkeiten und darüber hinaus in Zusammenhängen Neuer sozialer Bewegungen, der Entwicklungshilfe und dem Management. Zentrales Moment der Empowermentkonzepte ist das Abweichen von vorherrschenden defizitorientierten Ansätzen in der Sozialen Arbeit. Die direkte Übersetzung des Begriffs Empowerment bedeutet „Selbstbemächtigung, Selbstbefähigung oder Stärkung der Eigenmacht und der Autonomie“.¹ Jedoch reichen diese Übersetzungen nicht aus, um sich dem Themenkomplex adäquat zu nähern.

Im Groben lassen sich drei Ebenen von Empowermentansätzen beschreiben – die individuelle, die gruppenbezogene und die strukturelle Ebene. Auf der individuellen Ebene geht es darum, Klient_innen durch die Verwendung verschiedener Methoden² zu befähigen, eigenständige Lebensziele zu formulieren und einen Pool an

1 Vgl. Empowerment.de: Grundlagentext Empowerment. <http://www.empowerment.de/grundlagen/#kap1>, Datum des Zugriffs: 16. 09. 2014.

2 Vgl. den Beitrag von Ina Lorenz in diesem Band.

Handlungsoptionen zu entwickeln, aus dem die Betroffenen selbstständig auswählen können. Auf der gruppenbezogenen Ebene sollen Möglichkeiten eröffnet werden, die mit der Organisierung in einer Gruppe zusammenhängen. In diesem Bereich wird vordergründig daran gearbeitet, dass Klient_innen ihre Meinungen und Ansichten in Gruppen austauschen und sich dadurch (neue) Fähigkeiten aneignen. Auf der strukturellen Ebene wird an der Veränderung von Strukturen gearbeitet, die soziale Ungleichheiten und andere Formen der Marginalisierung bedingen. Hier wird Empowerment als Konzept verstanden, mit dem auf eine Veränderung der politischen und gesellschaftlichen Strukturen hingewirkt wird.³

Allen Ansätzen des Empowerment ist gemein, dass sie den Versuch wagen, die betroffenen Menschen sowie deren Stärken und Ressourcen in den Mittelpunkt der Arbeit zu stellen. Ziel ist es, Menschen aus Ohnmachtsverhältnissen zu lösen, damit sie selbstständige Entscheidungen treffen können, die sie in ihrer jeweiligen Lebenssituation für die richtigen halten.

Entstehung und Entwicklung

Die Geschichte der Empowermentansätze ist so vielfältig wie die heutigen Anwendungsgebiete. Ideen der Selbstermächtigung von marginalisierten Menschen(-gruppen) lassen sich bis in die römische Antike zurückverfolgen, jedoch werden diese nicht mit dem Empowerment-Label versehen.⁴

Die Literatur zur Thematik nennt hauptsächlich drei politische Strömungen als Wurzeln der heute genutzten Empowermentkonzepte. Dies sind zum einen die Bürgerrechtsbewegung der 1950er Jahre in den USA, die radikal-feministischen Strömungen seit den 1960er Jahren und die Selbsthilfebewegung, die ab den 1970er Jahren an Dynamik gewann.

Ausgangspunkt der mit Empowerment gelabelten Ansätze ist die Bürgerrechtsbewegung in den USA. Historisch wird meist der 1. Dezember 1955 als Beginn der (schwarzen) Bürgerrechtsbewegung gesehen. An diesem Tag weigerte sich die Bürgerrechtlerin Rosa Parks, einen Sitzplatz im Bus für einen Weißen freizumachen.⁵ Im Nachgang dieser aufsehenerregenden Aktion entstanden Netzwerke und Gruppen, die „Empowerment für Schwarze“ forderten. Der Bürgerrechtsbewegung ging es aber nicht nur um eine individuelle Selbstermächtigung; gesellschaftspolitische Veränderungen wurden immer mitgedacht und durchgesetzt. Aus diesen Ideen entstand das Konzept des „Community Organizing“. Ebenfalls in den USA entwickelt,

3 Vgl. Wagner, Andreas (1997): Empowerment. Möglichkeiten und Grenzen geistig behinderter Menschen zu einem selbstbestimmten Leben zu finden.
<http://www.a-wagner-online.de/empowerment/empstart.htm>, Datum des Zugriffs: 16. 09. 2014.

4 Vgl. Maede, Philip (2002): Chancen und Grenzen des Empowerment.
<http://www.sw.fh-koeln.de/Inter-View/Kindheiten/Texte/Empowerment/DIPL106.HTM>, Datum des Zugriffs: 14. 09. 2014.

5 Vgl. Hähnel, Sylvia: Rosa Parks – Die „Mutter der Bürgerrechtsbewegung“.
<http://www.helles-koefchen.de/artikel/1427.html>, Datum des Zugriffs: 14. 09. 2014.

versucht es meist in marginalisierten Stadtteilen, Netzwerke aufzubauen und Strukturen zu schaffen, die es den Bürger_innen ermöglichen, ihre Lebens- und Umwelt aktiv mitzugestalten.⁶

Im Zuge der in den 1960er Jahren aufkommenden Studentenbewegung radikalisierten sich Frauengruppen in radikal-feministischen Strömungen und forderten den Abbau von (männlicher) Macht und Herrschaft. Aufgrund der weitverbreiteten Kritik am Machtbegriff (Power) in einigen feministischen Kreisen taucht der Begriff Empowerment in der feministisch geprägten Literatur im deutschsprachigen Raum jedoch wenig auf.⁷

Schließlich sollte an dieser Stelle die Selbsthilfebewegung ab den 1970er Jahren genannt werden. Nach dem Vorbild der 1935 gegründeten „Alcoholics Anonymous“ schlossen sich Betroffene aus unterschiedlichen Spektren zu Selbsthilfegruppen zusammen. Da viele Betroffene feststellten, dass das vorherrschende institutionell geprägte Fürsorgesystem ihre Bedürfnisse nicht erfassen konnte, organisierten sich Drogenkonsument_innen, Menschen mit komplexen Krankheitsdiagnosen und viele weitere Marginalisierte und versuchten, ein Gegengewicht zu den Institutionen zu bilden und ihre Rechte einzufordern.⁸

Im Laufe der weiteren Entwicklung wurden Empowermentkonzepte in verschiedenen Bereichen sozialer Tätigkeiten integriert und genutzt. So entstanden im Nachgang der Selbsthilfebewegung viele Projekte, vorzugsweise im Bereich der Arbeit mit „behinderten Menschen“. Sie ziel(t)en jedoch mehr darauf ab, dass sich Betroffene im momentan vorherrschenden System zurechtfinden. Die Idee, Individuen und Gruppen zu empowern, wird in diesem Zusammenhang oft losgelöst von den Bestrebungen betrachtet, gesellschaftliche Veränderungsprozesse einzuläuten. Anders entwickelten sich die Empowermentkonzepte im Bereich der Selbstorganisation von schwarzen Deutschen: Autor_innen wie Manuela Ritz⁹ verweisen auf die US-amerikanischen Traditionen aus der Bürgerrechtsbewegung und versuchen, diese aufzuarbeiten und für ihre Anliegen zu adaptieren.

Waren also in den USA politische Veränderungsprozesse integraler Gegenstand zahlreicher Empowermentprojekte, ist der Begriff heute vor allem im deutschsprachigen Raum zum Modewort in vielen sozialen Arbeitsfeldern avanciert. Häufig werden Projekte unter dem Label Empowerment durchgeführt, bei denen jedoch die individuelle Ebene im Vordergrund steht. Das heißt, einzelne Individuen werden ermächtigt, sich selbst in der Gesellschaft (beispielsweise im Berufsleben) besser behaupten zu können. Strukturelle Aspekte geraten dabei oftmals aus dem Blick. Gemeinwesenar-

6 Vgl. Forum Community Organizing e. V.: Was ist Community Organizing?.
<http://www.fo-co.info/organizing/was-ist-community-organizing.html>, Datum des Zugriffs: 14. 09. 2014.

7 Vgl. Maede, Philip (2002): Chancen und Grenzen des Empowerment.
<http://www.sw.fh-koeln.de/Inter-View/Kindheiten/Texte/Empowerment/DIPL106.HTM>, Datum des Zugriffs: 14. 09. 2014.

8 Ebd.

9 Ritz, Manuela (2009): Die Farbe meiner Haut. Freiburg.

beit, Community Organizing oder andere Ansätze werden hier weder diskutiert noch umgesetzt. Das Selbstverständnis vieler Pädagog_innen basiert dabei zusätzlich auf einem defizitorientierten Ansatz. Selbst die Veränderung, dass nach individuellen Ressourcen gesucht werden soll, muss sich in den folgenden Jahren auch im Selbstverständnis handelnder Akteur_innen in sozialen Arbeitsfeldern etablieren.

Beispiele für Empowerment gibt es viele. Es schließen sich Betroffene zu Bewegungen zusammen, die auf eine Veränderung der eigenen Lebenssituation und der politischen Strukturen hinwirken. Das betrifft Selbsthilfegruppen chronisch Kranker, Selbsthilfegruppen von Drogenkonsument_innen, politische Zusammenschlüsse von schwarzen Deutschen und Feminist_innen oder die Bewegung des „Urban Gardening“. Hier kann man einzelne Projekte als gelungen oder eben nicht gelungen beschreiben.

So kann die Umsetzung von Empowermentprojekten im Rahmen des in den 1990er Jahren weitverbreiteten Ansatzes der akzeptierenden Jugendarbeit mit rechten Jugendlichen¹⁰ als ein Beispiel genannt werden, in denen Empowerment von Individuen zwar stattgefunden haben mag, das aber als nicht gelungen kategorisiert werden muss. Jugendliche wurden hier tatsächlich befähigt, eigene Ressourcen zu erkennen und sich besser in der Gesellschaft zurechtzufinden, aber eben mit dem Effekt, dass sich hier teilweise auch rechte Gewalttäter_innen selbstermächtigen konnten.¹¹ Auch wurde auf Gemeinwesenebene kaum agiert und damit eine Struktur etabliert, die für rechte Gruppierungen die Grundlage für ihre weitere politische Agitation bildete. Hier hätten Standards für die Arbeit geschaffen werden müssen, die auf der Idee der Gemeinwesenarbeit beruhen, da rechte Ideologien und deren Versatzstücke auch in der Gesellschaft der Erwachsenen vorhanden sind. Zudem ist es ein Problem der akzeptierenden Arbeit im Osten Deutschlands, dass sie teilweise zu einer Stärkung des Weltbildes der Jugendlichen beitrug, auch wenn im ursprünglichen Konzept des akzeptierenden Ansatzes klare Grenzen für die Zusammenarbeit mit Jugendlichen formuliert worden waren.¹² Da aber mit rechten Jugendlichen unprofessionell und unreflektiert „gearbeitet“ wurde, konnten einige dieser Jugendlichen unterschiedliche Kompetenzen erlernen, die sie wiederum für ihre weitere (menschenverachtende) Politik nutzten.

Demgegenüber sind Empowermentprojekte wie die Durchführung eines politischen Straßenfestes mit klarer Gemeinwesenorientierung, wie er von Ina Lorenz in diesem Band beschrieben wird, als teilweise gelungene Beispiele zu bewerten. Hier werden nicht nur Jugendliche befähigt, ihre eigene Lebenswelt (die Stadt, in der sie leben) aktiv mitzugestalten sondern auch „die Stadt“ wird befähigt, Sorgen und Nöte ernst zu nehmen, vor allem aber die Ressourcen der Jugendlichen wertzuschätzen.

10 Vgl. den Beitrag von Susanne Feustel in diesem Band.

11 Heinrich Böll Stiftung: Akzeptierende Jugendarbeit. http://kommunalwiki.boell.de/index.php/Akzeptierende_Jugendarbeit, Datum des Zugriffs: 19. 09. 2014. Vgl. auch den Beitrag von Susanne Feustel in diesem Band.

12 Müller, Andrea (2001): Akzeptierende Jugendarbeit. <http://www.gangway.de/gangway.asp?cat1id=7&cat2id=21&cat3id=&DocID=460&client=gangway>, Datum des Zugriffs: 19. 09. 2014.

Empowerment und was noch? – Eine Kritik der Konzepte

Bei Konzepten wie den Empowermentansätzen, die unterschiedlich definiert werden, bleibt Kritik an diesen selbstverständlich nicht aus. Hier steht die spezifische Umsetzung im deutschsprachigen Raum im Mittelpunkt.

Zum einen kann kritisiert werden, dass die Umsetzung der Konzepte im deutschsprachigen Raum sehr oft losgelöst von politischen Veränderungen gedacht wird. Man kann davon ausgehen, dass vor allem im Bereich der Sozialen Arbeit Privilegien und Machtverhältnisse unhinterfragt bleiben. So zeigen Beispiele aus unterschiedlichen Zusammenhängen, dass es häufig keinen Versuch der Auflösung zwischen Klient_innen- und Professionellen-Ebene gibt. Empowermentprojekte werden meist von Weißen, Nichtbehinderten durchgeführt, die Träger_innen verschiedener Privilegien und von Macht sind. Somit kann davon gesprochen werden, dass häufig Privilegierte über die Form des Empowerment entscheiden, was dem ursprünglichen politischen Veränderungswillen entgegenwirkt.¹³ Damit geht auch eine Entwicklung im Bereich der Sozialen Arbeit einher, die sich neoliberalen Ideen anbietet und diese für ihre eigene Arbeit nutzt. Die Befähigung der Menschen, eigene Entscheidungen zu treffen und über ihre Lebenswelt zu entscheiden, steht nicht mehr im Vordergrund. Vielmehr werden Menschen in diesen Empowermentprojekten „fit für das System gemacht“. Hilfe zur Selbsthilfe, eigenständige Entscheidungen und viele andere Ideen der politischen Empowermentansätze werden so durch Sozialarbeiter_innen und andere Akteur_innen in neoliberale Märkte integriert. Es geht vordergründig darum, Menschen dazu zu befähigen, sich auf dem Arbeitsmarkt behaupten zu können und nicht mehr um politische Veränderungen, deren Ergebnis die Abschaffung sozialer Ungleichheiten und Ausbeutungsverhältnisse als auch sozialer Diskriminierung von marginalisierten Gruppen ist.¹⁴

Persönlicher Ausblick

Die Entwicklung und Nutzung von Empowermentansätzen ist vielschichtig und differenziert. Aus diesem Grund kann an dieser Stelle kein allgemeingültiger Ausblick formuliert werden. Meines Erachtens sollten Entwicklungen in den Bereichen der sozialen Tätigkeiten forciert werden, die den jeweiligen Projekt- oder Institutionsmitarbeiter_innen die Ursprünge des Empowerment und die damit einhergehende Veränderung im Selbstverständnis von Sozialarbeiter_innen, Therapeut_innen etc. näherbringen.

Weiterhin sollten Projekte und Institutionen, die sich auf Empowerment berufen, nicht auf einer individuellen Ebene verharren. Erst dann können die einzelnen Akteur_innen auch auf strukturelle Veränderungen hinwirken, die soziale Ungleich-

13 Johnston Arthur/Araba Evelyn/Görg, Andreas: Empowerment.
<http://no-racism.net/antirassismus/glossar/empowerment.htm>, Zugriff des Datums: 21. 09. 2014.

14 Herriger, Norbert (2014): Empowerment-Landkarte: Diskurse, normative Rahmung, Kritik.
<http://www.bpb.de/apuz/180866/empowerment-landkarte?p=all>, Datum des Zugriffs: 21. 09. 2014.

heiten und damit verbundene Ohnmachtsgefühle abbauen. Die historische Entwicklung hat gezeigt, dass nur das Zusammendenken von individueller Selbstbefähigung und dem Hinwirken auf politische Veränderungen zu dauerhaften Verbesserungen für marginalisierte Personen und Gruppen führt. Die Konzepte des Empowerment könnten, wie im anglo-amerikanischen Raum, mit der Gemeinwesenarbeit, dem Community Organizing und weiteren theoretischeren Konzepten, die sich mit Machtstrukturen beschäftigen, verknüpft werden, da ansonsten auch der Empowermentansatz an seine Grenzen stößt und nur geringe Wirkmacht erreichen kann.

Weiterhin sehe ich Empowerment in der Jugendarbeit als sehr sinnvoll an, da hier Fähigkeiten junger Menschen gefördert werden (z. B. selbst zu entscheiden). Damit erhalten sie einen Zuspruch, der in den meisten Fällen im Gegensatz zur sonstigen Lebensrealität steht. Trotz dieser positiven Aspekte sollte bei Empowermentprojekten darauf geachtet werden, mit welcher Gruppe Jugendlicher gearbeitet wird, da rechte Jugendliche durchaus in ihrer Ideologie und in ihren Strukturen gestärkt werden können, wie die Erfahrungen zeigen.

Methoden der ressourcenorientierten, anwaltschaftlichen Arbeit mit nichtrechten Jugendlichen

Erfahrungen aus dem Projekt „Werkstatt Junge Demokratie“

„Empowerment ist nicht allein nur das Ergebnis eines einzelfallbezogenen Settings von Beratung und Begleitung. In vielen (vielleicht sogar den meisten) Fällen ist Empowerment das Produkt einer ‚konzentrierten‘ Aktion – das gemeinschaftliche Produkt von Menschen also, die sich zusammenfinden, ihre Kräfte bündeln und gemeinsam aus einer Situation der Machtlosigkeit, Resignation und Demoralisierung heraus beginnen, Alltag und Umwelt aktiv zu gestalten.“¹

Empowerment lässt sich nicht ohne Weiteres und einfach per Knopfdruck aktivieren, vielmehr ist es ein Mix aus verschiedenen Methoden. Der Text widmet sich den methodischen Herangehensweisen im Projekt „Werkstatt Junge Demokratie“ (kurz WJD), beleuchtet Annahmen, Stolpersteine und Erfolge einer ressourcenorientierten Arbeit mit nichtrechten Jugendlichen.

Zugänge und Perspektiven

Gemeinwesensprojekte des Kulturbüro Sachsen e. V. starten generell mit einer Analyse der Ausgangssituation und bieten so einen an den regionalen Spezifika orientierten Projektbeginn. Die Erfahrungen haben allerdings gezeigt, dass sozialräumliche Methoden und Skizzen ihren Adressat_innen angepasst werden müssen, um sie adäquat in die Arbeit einzubinden. So wurde über bisherige Herangehensweisen reflektiert, Methoden und Ergebnispräsentationen wurden weiterentwickelt. Damit verkürzte sich beispielsweise die verschriftliche Dokumentation der Ergebnisse von 80 Seiten

1 Herringer, Norbert (1997): Kollektive Prozesse des Empowerment und die Förderung von Selbstorganisation. In: Empowerment in der Sozialen Arbeit. Eine Einführung. Stuttgart, S. 120.

Sozialraumskizze² um etwa die Hälfte, es wurden Methoden verworfen, die sich in der Durchführung als ungeeignet für junge Menschen erwiesen, Veranstaltungsformate auf den Prüfstand gestellt und verändert. Die hier aufgeführten Erfahrungen und Erkenntnisse basieren somit auf einem Lern- und Erfahrungsprozess. Vor allem Kinder und Jugendliche benötigen ein bestimmtes Setting, um ihre Lebenswelt darstellen zu können. Dazu bieten sich unterschiedliche sozialräumliche Analysemethoden an, die im Folgenden beschrieben werden.

Sozialräumliche Analysemethoden eignen sich, 1. um einen Zugang zu den Jugendgruppen zu finden und/oder zu festigen, 2. um die Perspektiven der Adressat_innen kennenzulernen und 3. um den sozialen Nahraum, die Akteur_innen und lokale Gegebenheiten zu veranschaulichen. Zum Projektauftritt und als Zugang zu den Jugendlichen boten sich drei verschiedene Methoden der Sozialraumanalyse an, teils in abgewandelter Form. So entstand eine Skizze der Lebenswelten und Perspektiven der nichtrechten Jugendgruppen. Der Vorteil aller sozialräumlichen Analysemethoden ist die Zuschreibung der Jugendgruppen als Expert_innen ihres eigenen Lebensumfeldes. So stellt jede Methode die Adressat_innen in den Mittelpunkt der Erforschung des Nahraums und begreift sie als gleichberechtigte, autonome und meinungsbildende Wesen. Die ersten Schritte zur Intensivierung des Kontaktes waren ein Mix aus Stadtteilbegehung mit Kindern und Jugendlichen und Autofotografie. Die Stadtteilbegehung dient der Erforschung der Lebenswelten der Kinder und Jugendlichen und ihrer Sichtweisen zu bestimmten Orten, Räumen, Einrichtungen und Wegen in ihrem Lebensumfeld. Durch die dabei entstehenden Gespräche werden die Orte bzw. Plätze qualitativ durch die Jugendlichen bewertet und geben Hinweise auf das Raumerleben. Das heißt, es werden gemiedene Orte, weitere Treffstrukturen oder Angsträume³ offen benannt. Die Stadtteilbegehung kann immer wieder praktiziert werden und variiert durch Alter, Gruppengröße (3 bis 5 Personen sind optimal) und Wetterlage in ihrer Aussagekraft. Hilfreich ist die Beteiligung von zwei Fachkräften, sowie der Einsatz von Hilfsmitteln wie einem Diktiergerät oder einer schriftlichen Dokumentation der Aussagen.⁴ Die Autofotografie stellt ein animatives Verfahren zur Erforschung des Umfeldes dar und wird unter ein bestimmtes Thema gestellt. Auch hierbei stehen die Jugendlichen als Expert_innen ihres Lebensumfeldes im Vordergrund und Räume bzw. Orte werden beurteilt – allerdings in einer breiteren Perspektive. Vorteilhaft ist hierbei die Auswertung von Bildmaterial und den damit entstandenen Eindrücken. Das Produkt der Methode – also die Bilder – können somit jederzeit wieder genutzt und in einer Gruppendiskussion interpretiert werden.⁵

2 Auf die Verwendung des Begriffs „Sozialraumanalyse“ wurde bewusst verzichtet, da diese weitaus mehr Kriterien in die Untersuchung einbezieht.

3 Seils, Christoph (2001): Zonen der Angst. In: Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismuserbeit e. V.: stadtTräume. Zwischen Albtraum und Utopie. Düsseldorf.

4 Deinet, Ulrich/Krisch, Richard: Stadtteil-/Sozialraumbegehungen mit Kindern und Jugendlichen. <http://www.sozialraum.de/stadtteil-sozialraumbegehungen-mit-kindern-und-jugendlichen.php>, verfügbar am 28. 08. 2014.

5 Deinet, Ulrich/Krisch, Richard: Autofotografie. <http://www.sozialraum.de/autofotografie.php>, verfügbar am 28. 08. 2014. ersuchung einbezieht.

Im besten Fall lassen sich die Bilder so verwerten, dass eine Fotoausstellung entsteht, durch die die Jugendlichen selbst führen. In der WJD wurde in beiden Projektregionen die Autofotografie mit drei verschiedenen Fragen durchgeführt: 1. Was hält dich in der Region? 2. Was stört dich/euch? und 3. Was würdet ihr gern verändern? Die Gruppengrößen betragen nicht mehr als 4 Personen sowie zwei Projektmitarbeiter_innen zur Dokumentation der Aussagen und Gesprächsanregungen der Jugendlichen. Neben den Berichten zu Infrastruktur und den wenigen kinder- und jugendfreundlichen Plätzen wurden besonders sogenannte „Angsträume“ und „Angstwege“ benannt, die von neonazistischen Gruppierungen besetzt sind. Weiterhin war auffällig, dass für nichtrechte Jugendliche kaum Treff- und Freizeitmöglichkeiten vorhanden sind, die nicht von rechten Gruppen besetzt sind. Selbst öffentliche Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe wurden als „Angstzone“ beschrieben, in denen es demokratisch orientierten Jugendlichen kaum möglich ist, sich frei zu bewegen und zu entfalten. Im Gegensatz zur Deklaration angstfreier Räume wurde ersichtlich, dass die Bewegungsräume für alternative Jugendliche erheblich eingeschränkt sind. Dabei geht es nicht nur um die Tatsache selbst, sondern auch um die damit einhergehende ständige Bedrohung vor Übergriffen auf die wenigen vorhandenen Treffpunkte, die meist selbstverwaltet etabliert wurden. Außerdem bedeutet die Einschränkung von Bewegungsfreiheit auch eine Einschränkung des Betätigungs- und Entfaltungsfeldes. Das heißt, die subkulturellen und bildungspolitischen Angebote, mit denen nichtrechte Jugendliche das Gemeinwesen bereichern, beschränken sich auf die wenigen Räume und bedeuten so eine enorme Einschränkung des allgemeinen jugendkulturellen Angebots vor Ort. Diese Berichte der Jugendlichen wurden durch die Anwendung der Nadelmethode untermauert, einer Methode zur Visualisierung von bestimmten Orten und Plätzen. Mit einer Land- bzw. Stadtkarte und verschiedenfarbigen Stecknadeln werden informelle und formelle Treffpunkte visualisiert und in einer Gruppendiskussion beschrieben und interpretiert.⁶ Auch hierbei werden die Jugendlichen als Expert_innen wahrgenommen. Vorteilhaft an der Nadelmethode sind die sofortige Aussagekraft und die Anknüpfungspunkte zur Arbeit mit weiteren Akteur_innen. Sie können die entstandene mobile Land- bzw. Stadtkarte weiterbearbeiten und eigene Perspektiven einbringen. Die Nadelmethode ist zudem gut integrierbar in weitere sozialräumliche Analysemethoden wie die Stadtteilbegehung mit Kindern und Jugendlichen. Nach der Stadtteilbegehung mit autofotografischer Dokumentation entfachte die Nadelmethode tiefergehende Diskussionen zu bestimmten Fragen. Diese drehten sich um diverse Themen: 1. die städtisch relevanten Institutionen für die Zielgruppe, 2. die Treffpunkte nichtrechter Jugendlicher, 3. die Treffpunkte von Neonazis und 4. die Orte, die aus der Perspektive der Jugendlichen umgenutzt werden sollten. Die Auswahl der Fragen mag willkürlich erscheinen, sie orientierten sich jedoch an der konzeptionellen Auslegung der WJD und damit der Zielstellung des Empowerments nichtrechter Jugendgruppen. Die Nadelmethode zeichnete

6 Deinert, Ulrich/Krisch, Richard: Nadelmethode. <http://www.sozialraum.de/nadelmethode.php>, verfügbar am 28. 08. 2014.



dabei einen klar definierten Bewegungsradius für alternative Jugendliche, in dem die Treff- und Aufenthaltsorte neonazistischer Gruppierungen genadelt und damit sichtbar wurden.

Ergebnis war, dass viele solcher Treffpunkte identifiziert wurden, sei es an öffentlichen Plätzen wie Parkanlagen oder in Kneipen, Einkaufspassagen oder dem Feuerwehrhaus des Ortes. Die Frage nach der Erschließung bzw. (Um)Nutzung weiterer Plätze spiegelte das Bedürfnis nach Betätigungsräumen und ihrer Nutzungsweise wider. So wurden von den nichtrechten Jugendlichen leerstehende Fabrikhallen oder Bahngelände als potenzielle Veranstaltungsorte für Konzerte genannt. In der Gesamtbetrachtung könnten die hier angewandten Methoden überdies zu einer jugendgerechteren Stadtplanung beitragen. Sozialräumliche Analysemethoden sind in ihrer Auslegung nicht starr und müssen den jeweiligen Zielgruppen angepasst werden. In der WJD hätten beispielsweise die Fragen noch genauer definiert werden können, sodass eine Unterscheidung zwischen „positiven“ und „negativen“ Orten wie bei der Autofotografie nicht so schnell in die Benennung zwischenmenschlicher bzw. sozialer Aspekte mündet. Dennoch bieten sie einen optimalen Zugang zu Kindern und Jugendlichen und ihrer Sichtweise auf die Qualität ihres Lebensumfeldes. Sie sind integrierbar in prozessuale Begleitung und können bei mehrmaliger Durchführung auch zur Zielüberprüfung bei spezifischen Projektvorhaben beitragen.

„Sorgenfreies Kleinstadtleben?“

Um die Perspektiven auch anderen Akteur_innen im Gemeinwesen zugänglich zu machen, wurde gemeinsam mit den Jugendgruppen ein geeignetes Veranstaltungsformat gesucht. Dabei gab es keinelei Vorgaben durch die Projektmitarbeiter_innen, sondern lediglich eine methodisch untersetzte Moderation. Aus einer Vielzahl an Veranstaltungsformaten wählten die Jugendgruppen eine öffentliche Ergebnispräsentation in den jeweiligen Projektregionen. Unter dem Titel „Sorgenfreies Kleinstadtleben?“ luden wir Bürger_innen und sogenannte deutungsmächtige Akteur_innen ein, die wir persönlich anscrieben und ansprachen. Die WJD-Projektmitarbeiter_innen stellten zudem auf der Veranstaltung eine parallel zu den Gesprächen produzierte Sozialraumskizze vor. Die Analyse und Ergebnisse des Methodenmixes wurden ergänzt durch qualitative Interviews mit Schlüsselpersonen aus Verwaltung, Jugendarbeit, der Vereins- und Verbandslandschaft,



Initiativen und Kirche. Im Anschluss an die Vorstellung der Sozialraumskizze kamen die Jugendlichen an insgesamt drei „Messeständen“ mit den Besucher_innen ins Gespräch. Dort kamen die Produkte der Nadelmethode und der Autofotografie zum Einsatz: eine Stadtkarte mit den verschiedenfarbig genadelten Orten und die Bilder des Fotostreifzugs. Dabei wurden die Fotos zur Untermauerung der Stadtkarte genutzt. Ein großes Bedürfnis der Jugendlichen war es, ihre Chronik zu rechten Straftaten in ihren Wohn- und Lebensorten vorzustellen.

So konnten sich die zahlreichen Gäste von den Jugendlichen über rechte Strukturen (Messestand 1) und rechte Straftaten (Messestand 2) aufklären lassen. Intensiviert wurde dies durch einen weiteren Messstand (Messestand 3) mit Informationen über die von den Jugendlichen gegründeten Vereine. Mit der Vorstellung von Zielen und Aktivitäten konnten sich die Teilnehmenden unmittelbar informieren und austauschen und waren so gezwungen, nicht über sondern mit den Jugendgruppen zu sprechen. Damit gelang eine offene Auseinandersetzung über die Lebenslagen und Beteiligungswünsche und die Sensibilisierung für die Vorstellungen der Jugendlichen, am politischen und kulturellen Leben teilzuhaben. Dabei wurde auch offen über Angstzonen für nichtrechte Jugendliche gesprochen. Im Austausch wurde deutlich, dass auch andere Bürger_innen der Stadt Ängste vor Neonazis und in Bezug auf bestimmte Orte benennen und somit das Problem nicht länger als jugendspezifisches betrachtet werden konnte.

Die Veranstaltung wurde sehr gut angenommen und endete in einer Diskussionsrunde, die durch die Fishbowl-Methode strukturiert wurde. Fishbowl ist eine einfache, aber dynamische Alternative zur Podiumsdiskussion. Durch die Kombination einer Großveranstaltung mit den Vorteilen kleiner Gesprächsrunden wird Lebendigkeit und Spontaneität in konventionelle Veranstaltungsformate gebracht. Ein kleiner Kreis von Teilnehmer_innen sitzt in einem Sesselkreis in der Mitte, alle anderen Beteiligten in einem oder mehreren Sesselkreisen rundherum. Reden dürfen nur die Personen im innersten Kreis und zwar in Form einer direkten Diskussion. Personen im Außenkreis hören zu, können aber jederzeit zum Innenkreis gehen und mitdiskutieren. Neue Diskutant_innen setzen sich entweder auf einen freien Sessel oder stellen sich hinter eine der Sitzmöglichkeiten und zeigen an, dass sie mitreden möchten, bis die Person, die dort Platz genommen hat, aufgestanden ist.⁷ Zahlreiche Besucher_innen aus Stadtverwaltung und Politik, von Vereinen und Kirchgemeinden, Eltern und Lehrende nahmen teil. So fanden die Jugendlichen mit ihren eigenen Erfahrungen im Ort direktes Gehör bei den Vertreter_innen der erwachsenen Mehrheitsgesellschaft. Mit Begleitung durch unsere Projektmitarbeiter_innen wurde so eine neue Grundlage für Gespräche, Akzeptanz, Wertschätzung und Wissensaustausch zwischen Akteur_innen gelegt, die sich bislang eher skeptisch bis ablehnend gegenüberstanden.

7 Partizipation und nachhaltige Entwicklung in Europa. Methoden für größere Gruppen. <http://www.partizipation.at/fishbowl.html>, verfügbar am 29. 08. 2014.

Vom Bedürfnis bis zur Mitgestaltung

Auf Grundlage der Probleme, die durch die Analyse verdeutlicht wurden, entwickelten wir in gemeinsamen Prozessen mit den Jugendgruppen Projektaktivitäten und Aktionen. Mit verschiedenen Moderationsmethoden wie Kartenabfragen, Kleingruppenarbeiten oder Zukunftsplanungsworkshops mit Elementen aus der Methode Zukunftswerkstatt wurden die formulierten Bedürfnisse bis hin zur Umsetzungsreife geführt. Wichtig hierbei ist das Auftreten der Moderator_innen in den Prozessen. Grundtenor in der WJD war und ist, dass sich die Jugendgruppen und Projektmitarbeiter_innen als ein lernendes System begreifen und in Interaktion Aushandlungsprozesse entstehen.

Angelehnt an das Konzept der themenzentrierten Interaktion nach Ruth Cohn sprechen wir von einem System, das vier Faktoren unterliegt, dem Ich (die Person), dem Wir (die Gruppeninteraktion), dem Es (das Thema) und dem Globe (das Umfeld). Gemeinsame Aufgaben und Ziele werden durch das Thema gegeben, welches so formuliert ist, dass sich alle Teilnehmenden darin wiederfinden. Die Moderator_innen treten als partizipierende Leitung auf, geben authentisch eigene Gefühle und Gedanken wieder, spüren Nebenthemen auf, benennen diese und schlagen Arbeitsschritte vor. Sie sorgen für ein Gleichgewicht der vier Faktoren.⁸ Diese Prozesse benötigen freilich viel Raum für Aushandlungen und Entscheidungsfindungen, sind in der Regel langwierig und unterliegen Diskussionswiederholungen, münden allerdings dafür meist in Gruppenentscheidungen, die die Bedürfnisse aller berücksichtigen. Ein Ergebnis einer der Zukunftswerkshops war, dass sich eine Jugendgruppe eine öffentlichkeitswirksame Veranstaltung wünschte. Ziel sollte es sein, für Besucher_innen einen niedrigschwelligen Zugang zu politischen Themen zu offerieren und sich selbst in der Stadtgesellschaft zu präsentieren. Die Durchführung einer Veranstaltung war zudem mit der Hoffnung verbunden, mehr Verständnis und Solidarität bei der Bevölkerung zu wecken, die die Jugendgruppe und ihren Verein oftmals als Störfaktor wahrnahm. In einem Plenum wurden verschiedene Veranstaltungsformate eingebracht und diskutiert. Die gemeinsame Entscheidung fiel schließlich für ein politisches Straßenfest vor den Vereinsräumen.

Mit der gemeinsamen Planung, Vorbereitung und Durchführung des Straßenfestes wurden Selbstorganisationsprozesse unterstützt. Von der Anmeldung (das Straßenfest wurde als politische Kundgebung nach Versammlungsrecht deklariert und angemeldet) über Organisation, Verpflegung, Antragstellung und damit verbundene Modalitäten und Finanzierung, bis hin zur Ansprache von Referent_innen und Künstler_innen haben die Jugendlichen das meiste selbst in die Hand genommen. Das Straßenfest war erfolgreich und wurde gut frequentiert.

8 Cohn, Ruth: Die wesentlichen Elemente des TZI-Konzepts. In: Was ist Themenzentrierte Interaktion. http://www.ruth-cohn-institute.com/page/6/jfin_inhalt_tzi-konzept&mm=13&sub=14, verfügbar am 29.08.2014.



Nach der Veranstaltung bewegten sich die Jugendlichen mit größerer Selbstverständlichkeit im städtischen Raum und festigten neue Kontakte zu Akteur_innen des Gemeinwesens, die im Rahmen des Festes entstanden waren. Die Jugendlichen wiederholten das Straßenfest im darauffolgenden Jahr und waren erneut erfolgreich: Die Anzahl der Besucher_innen hatte sich fast verdoppelt, die Kommunikation mit der Ordnungsbehörde der Stadt war von mehr Offenheit, Wertschätzung und Vertrauen geprägt. Dennoch gelang es uns erneut nur mit juristischem Beistand, eine zielorientierte Kommunikation mit der Kreisbehörde aufzubauen, um die Kundgebung anzu-melden. Als einen Grund für diese Probleme identifizierten wir eine Stigmatisierung der Jugendgruppen durch verschiedene Akteur_innen im Sinne des Extremismusan-satzes, dessen Vertreter_innen immer wieder kolportieren, menschenrechtsorientierte, antifaschistische Jugendliche seien linksextremistisch und damit eine Gefahr.⁹ Dass wir diese Form der Voreingenommenheit vor Ort nicht gänzlich durchbrechen konnten, ist für die WJD insofern ein Misserfolg, als dass die Jugendgruppen in Zukunft weiterhin nicht selbständig, sondern immer mit einem anwaltlichen Beistand spezifische, behördenrelevante Situationen klären müssen.

9 Vgl. den Text von Michael Nattke und Grit Hanneforth in diesem Band

Ein weiteres Beispiel für Empowerment war das Anliegen einer Jugendgruppe, bildungspolitische Veranstaltungen im Gemeinwesen anzubieten, da Einstellungen wie Rassismus, Nationalismus oder Antisemitismus in der Bevölkerung weit verbreitet sind. So wurde auf Initiative der jungen Menschen zum Teil des Modellprojektes, die öffentliche Diskussion dieser Themen zu forcieren. Auch hier stand und steht das Empowerment der Gruppen im Fokus unserer Arbeit und wurde in Gruppenprozessen bis hin zur Umsetzungsreife geführt. So entwickelten die Jugendgruppen selbst Vortragsreihen und einigten sich auf Themenschwerpunkte. Im Anschluss daran beantragten sie Finanzmittel bei Stiftungen für eine Reihe von monatlichen Veranstaltungen unter der Überschrift „Rassismus in Europa“. Empowert wurden die Jugendlichen vor allem bei den Finanzanträgen mit Workshops und einer Art Coaching. Sie wurden damit in die Lage versetzt, nach Projektende eigenständig Gelder für ihre Vorhaben zu akquirieren und mit den Antragsmodalitäten umzugehen. Bei all den aufgeführten Aktivitäten übernahmen die Projektmitarbeiter_innen die Begleitung bei der Planung und Umsetzung, strukturierten die Plena, gaben Informationen zu Referent_innen, unterstützten die Jugendlichen bei der Öffentlichkeitsarbeit und übernahmen selbst kleinere Zuarbeiten. Anders formuliert ließe sich sagen, dass sich die WJD-Projektmitarbeiter_innen eher auf der Makroebene bewegten und Brücken zu verwaltungs- und kommunalpolitischen Akteur_innen bzw. zu Netzwerkpartner_innen aus der Vereins- und Verbandslandschaft schlugen.

Peer to Peer

Beide Jugendgruppen leisten mit ihren Projekten und Aktionen einen wesentlichen Beitrag zu jugend- und subkultureller Vielfalt in ihrem Ort. Indem sie Veranstaltungen und Treffmöglichkeiten bieten, werden sie auch von anderen Jugendlichen als positiv wahrgenommen. Sie schaffen Räume, in denen sich die Beteiligten selbstbestimmt und kreativ einbringen können – im Gegensatz zu Einrichtungen, die von der erwachsenen Mehrheitsgesellschaft reguliert werden. Dies soll kein Plädoyer gegen Institutionen der Kinder- und Jugendhilfe sein, sondern ein Aufruf zur Unterstützung selbstgewählter und selbstermächtigter Räume für junge Menschen. Ihr Vorteil beruht auf dem Peer to peer-Ansatz. Dieser bietet einen höheren Synergieeffekt, da sich junge Menschen lebensweltlicher und authentischer verstehen und begreifen. Sie bewirken die Förderung informellen Lernens und den Erwerb sozialer Kompetenz und Identität, denn in gleichaltrigen Gruppen gibt es keine vordefinierten Rollenwartungen wie in einem Familiensystem, das heißt Normen, Werte und interne Strukturen müssen untereinander ausgehandelt werden. Das begünstigt selbstverwaltete Räume und vielfältigere Lern-, Experimentier- und Erfahrungschancen, die für den Erwerb sozialer und fachlicher Kompetenzen von Bedeutung sind.¹⁰

10 http://www.diss.fuberlin.de/diss/servlets/MCRFileNodeServlet/FUDISS_derivate_00000000567/07_kapitel06.pdf?hosts=, verfügbar am 29. 08. 2014.

Darüber hinaus erreichen die Jugendlichen eine gewisse Unabhängigkeit, da sie sich bei der Umsetzung von Projektideen an staatliche und öffentliche Einrichtungen, Institutionen und somit an die Erwachsenenwelt wenden müssten. Die Mitarbeiter_innen der WJD gehen davon aus, dass dies oftmals hohe Schwellen aufbaut und eine Umsetzung von Gestaltungs- und Projektideen weitaus schwieriger gestaltet. Werden also junge Menschen in die Lage versetzt, sich selbst zu organisieren, werden sie zu Akteur_innen des Gemeinwesens und als solche wahrgenommen. Zusätzlich leisten sie durch ihre politischen Angebote einen wertvollen Beitrag für ein demokratisches Klima vor Ort. Sie setzen Themen wie menschenfeindliche Einstellungsmuster und erheben Anspruch auf eine Auseinandersetzung und Verhandlung im öffentlichen Raum. Sie geben Input mit thematischen Veranstaltungen und treten damit als Multiplikator_innen in ihrem Umfeld und in ihren Peergroups auf. Im Umkehrschluss zeigt der Peer to peer-Effekt allerdings auch, wie wichtig es ist, gegen Treffpunkte von Neonazis vorzugehen, denn dieser Wirkungsgrad vollzieht sich ebenso in neonazistischen Strukturen und funktioniert über die Jugendszene so erfolgreich, dass junge Menschen sich diesen anschließen.

Abschließende Betrachtungen

Die Erfahrungen der WJD können durchaus positiv betrachtet werden. Jedoch findet die konkrete Projektarbeit nicht in einem Vakuum statt, sondern wird von den vorherrschenden Rahmenbedingungen zusätzlich beeinflusst. Der WJD ist es nicht gelungen, die Gesamtsituation für nichtrechte Jugendliche so zu verbessern, dass sie sich angstfrei in den Regionen bewegen können. Nur teilweise führten Gespräche und Aktionen zu einer Verbesserung der Kommunikation und Interaktion mit einzelnen Behördenvertreter_innen und Akteur_innen des Gemeinwesens, die zukünftig für die Belange der jungen Menschen sensibilisiert sind. Im Hinblick auf die Verwaltungsebene und politische Spitze der Projektregionen ist es fraglich, ob ein Umdenken durch das Projekt hätte erreicht werden können. Sicherlich könnte hier diskutiert werden, inwieweit andere Ansätze erfolgversprechender gewesen wären. Klar ist aber auch, dass ein Projekt in dieser Größenordnung zwar Akzente setzen kann und auch dadurch viel bewirkt. An den Grundfesten von Mehrheitsmeinungen über die Phänomene Links/Rechts und politischer Kultur vor Ort konnte jedoch kaum gerüttelt werden.

Auch andere Faktoren wie der demografische Wandel, verbunden mit hoher Abwanderung junger Menschen kann von uns nur bedingt beeinflusst werden. Auch wenn ein Mehrangebot (sub)kultureller Angebote und bessere Partizipationschancen die nichtrechten Jugendlichen dazu motivieren könnten, den Ort nicht Richtung Großstadt zu verlassen, bleiben doch weitere wirtschaftliche oder ausbildungsbezogene Anreize.

„Ich geh dahin, wo ich mich wohlfühle“, war die Aussage einer Jugendlichen bei einem Fotostreifzug und beschreibt genau das Dilemma, in dem sich junge Menschen und damit die ländliche Entwicklung befindet. So lange politische und andere lokal deutungsmächtige Akteur_innen und Entscheider_innen nicht begreifen, dass

Menschen mit ihrem selbstgewähltem Wohnort Jobangebote und wirtschaftliche Verhältnisse, vor allem aber Lebensqualität in anderen Bereichen verbinden, provozieren sie Entscheidungen für biografische Laufbahnen, die mit Abwanderung in Gebiete einhergeht, wo Menschen sich angstfrei bewegen, ihr Kulturbedürfnis befriedigen und soziale Beziehungen ausleben können. Dazu gehört ebenso der Wunsch nach einem pluralistischen und vielfältigen Zusammenleben und der Akzeptanz verschiedener Lebensstile. Auch hierbei stellt sich die Frage, inwieweit ein Modellprojekt Einstellungsmuster im gesamten Gemeinwesen verändern oder zumindest tangieren kann. Fakt ist, dass die Deutungshoheiten in einem Gemeinwesen stark von politischen und kommunalen Akteur_innen abhängig sind und im Ort lebende Bürger_innen beeinflusst. Fakt ist aber auch, dass durch das langfristige Empowerment der Jugendgruppen bildungspolitische Aktivitäten und Angebote unterbreitet werden, die zur Aufklärung und Auseinandersetzung mit menschenfeindlichen Einstellungsmustern und ihren Auswirkungen beitragen und damit eine Sensibilisierung und schlussendlich eine Verschiebung auch in der politischen Kultur erreichen können.

Jugendarbeit und Rechtsextremismus:

Was kann und was sollte Jugendarbeit zur Aneignung menschenrechtlicher und demokratischer Überzeugungen beitragen?¹

Über die tatsächliche und die mögliche Bedeutung von Jugendarbeit in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus wird seit nunmehr ca. 20 Jahren immer wieder erneut diskutiert. Ausgangspunkt war Anfang der 1990er Jahre eine emotional aufgeladene Debatte darum, ob Jugendarbeit die Zuweisung eines Auftrags der Rechtsextremismusbekämpfung annehmen oder ablehnen soll, die sich in den Kontroversen über eine Deutung von Rechtsextremismus als Problematik individualisierter Jugendlicher sowie Legitimität akzeptierender Jugendarbeit fortsetzte.² Nicht zuletzt auch die Ablösung der CDU-geführten Regierung durch die rot-grüne Koalition im Jahr 1998 hat dann dazu geführt, dass eine deutliche Akzentverschiebung in Richtung auf eine Stärkung zivilgesellschaftlichen Engagements durch die sog. mobilen Beratungsteams sowie auf eine politische (antirassistische und interkulturelle) Bildungsarbeit im Rahmen der Programme Civitas, Entimon und Xenos erfolgte. Auch diese Entwicklung wurde in der Fachdiskussion kritisch begleitet.³ Seit der Etablierung neuer Bundesprogramme (u. a. ab 2007 Vielfalt tut gut, ab 2011 Toleranz fördern – Kompetenz stärken) finden, bedingt auch durch das Ausbleiben neuerlicher spektakulärer Wahlerfolge rechtsextremer Parteien und aufsehenerregender Ereignisse, dagegen kaum noch kontroverse Debatten über Erfordernisse, Möglichkeiten und Grenzen der Jugendarbeit in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus statt. Die politischen Akteure und die mediale Öffentlichkeit scheinen sich daran gewöhnt zu haben, dass es Rechtsextremismus in einem durchaus problematischen, aber begrenzten

1 Der Artikel ist in abgeänderter Form zuerst im Reader „Zum Erfolg verdammt. Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus. Prävention und Intervention auf dem Prüfstand“, herausgegeben vom Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbekämpfung e. V. (IDA), erschienen und kann unter <http://www.idaev.de/publikationen/bestellformular> bestellt werden.

2 Siehe Scherr, Albert (Hrsg., 1992): Jugendarbeit mit rechten Jugendlichen. Bielefeld und Scherr, Albert (2000): Akzeptierende Jugendarbeit. In: Deutsches Jugendinstitut (Hrsg.): Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit – Aufgaben und Grenzen der Kinder- und Jugendhilfe. Leipzig, S. 9–20.

3 Siehe Lynen van Berg, Heinz/Pallos, Kerstin/Steil, Armin (2007): Interventionsfeld Gemeinwesen. Weinheim, München und Rieker, Peter (2009): Rechtsextremismus: Prävention und Intervention. Weinheim, München.

Ausmaß gibt. Und die Jugendarbeit hat sich weitgehend auf die Vorgaben eingestellt, die durch die gegenwärtigen Förderprogramme gesetzt sind.⁴ Bilanzierend lässt sich zunächst einerseits feststellen, dass es der Jugendarbeit damit erfolgreich gelungen ist, sich als relevanter Akteur in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus zu etablieren und zu behaupten; andererseits ist aber auch festzuhalten, dass dies nur um den Preis der Ausrichtung an den wechselnden Festlegungen der jeweiligen Förderprogramme möglich war sowie dass der wiederkehrend formulierten Forderung, die Strukturen der Jugendarbeit auszubauen, statt auf immer neue Programme zu setzen, nicht Rechnung getragen wurde. Zudem werden Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Rechtsextremismus⁵ inzwischen kaum mehr als eine umfassende jugendpolitische und jugendpädagogische Herausforderung diskutiert, sondern eher als ein Problem mit begrenzter Reichweite wahrgenommen, das in die Zuständigkeit darauf spezialisierter Akteure fällt.

Es soll im Weiteren nicht darum gehen, die Entwicklung dieser Diskussion sowie die Veränderungen der einschlägigen Programmatiken und Konzepte zu rekonstruieren und zu bewerten. Vielmehr soll eine knappe Bilanzierung vorgenommen werden, in deren Zentrum die Frage steht, was Jugendarbeit – und dies auch unabhängig von spezialisierten Maßnahmen gegen Rechtsextremismus – zur Aneignung menschenrechtlicher und demokratischer Überzeugungen durch Jugendliche und dadurch zur Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus beiträgt bzw. beitragen kann.

Ausgangsannahmen

Dabei gehe ich von folgenden Annahmen aus, die m. E. als fachlicher Konsens betrachtet werden können:

1. Rechtsextremismus ist kein Jugendproblem, sondern eine Zuspitzung fremdenfeindlicher, rassistischer, nationalistischer und antidemokratischer Tendenzen, die gesellschaftlich z. T. in erheblichem Ausmaß verbreitet sind und nicht nur bei Jugendlichen zu rechtsextremen Haltungen, Praktiken, Szenen und Organisationen und Organisationsmitgliedern führen. Dies haben einschlägige empirische Studien wiederkehrend nachgewiesen.⁶

4 In der Folge veränderter Programmvorgaben sind inzwischen auch Projekte einer Jugendarbeit gegen Linksextremismus entstanden; zur Problematik dieser Entwicklung Scherr, Albert (2010): Jugendarbeit mit linksradikalen Jugendlichen? In: deutsche jugend, Nr. 6, S. 251–255.

5 Zur Terminologie: Fremdenfeindlichkeit bezeichnet hier Vorurteile, Ideologien und Praktiken, die sich gegen diejenigen richten, die jeweils als Nicht-Zugehörige und/oder Nicht-Gleichberechtigte konstruiert, als Andere markiert und damit vom zugleich konstruierten Wir unterschieden werden; solche Konstruktionen können heterogene Unterscheidungen von Religionen, Nationen, Ethnien, sexuellen Orientierungen usw. zu Grunde liegen; Rassenkonstruktionen sind so betrachtet ein Spezialfall von Differenzkonstruktionen. Zur Kontroverse über die Verwendung der Begriffe Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Rechtsextremismus siehe Scherr, Albert (2009): Rassismus oder Rechtsextremismus? Annäherung an eine vergleichende Betrachtung zweier Paradigmen jenseits rhetorischer Scheinkontroversen. In: Melter, Claus/Mecheril, Paul (Hrsg.): Rassismuskritik. Band 1. Bad Schwalbach, S. 75–97.

6 Siehe zum Beispiel Decker, Oliver u. a. (2010): Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010. Bonn.

2. Die Prävention bzw. Bekämpfung von Rechtsextremismus ist nicht die zentrale Aufgabe der Jugendarbeit. Der Jugendarbeit ist als Bestandteil der Kinder- und Jugendhilfe gesetzlich vielmehr der weitreichende Auftrag zugewiesen, das „Recht junger Menschen auf Förderung ihrer Entwicklung und auf Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit“ (KJHG §1) zu gewährleisten. Die besondere Aufgabe der Jugendarbeit wird dabei darin gesehen, „an den Interessen junger Menschen“ anzuknüpfen und „sie zur Selbstbestimmung“ zu befähigen sowie „zu gesellschaftlicher Mitverantwortung und zu sozialem Engagement anzuregen und hinzuführen“ (KJHG § 11).
3. Jugendarbeit ist nicht die für Rechtsextremismusprävention bzw.-bekämpfung zentral oder gar exklusiv zuständige gesellschaftliche Institution. Aufgrund ihrer notorischen Legitimationsdefizite ist es für die Jugendarbeit zwar attraktiv, die Zuschreibung einer solchen Funktion anzunehmen. Faktisch bedarf es aber eines Zusammenspiels unterschiedlicher Akteure – im pädagogischen Feld sind nicht zuletzt die Schulen zu nennen –, damit fremdenfeindliche, rassistische und antidemokratische Tendenzen zurückgedrängt werden können.⁷ Denn ersichtlich ist Jugendarbeit nur in der Lage, diejenigen Jugendlichen zu erreichen, die von ihr erreicht werden wollen. Im Unterschied bestünde in Schulen die Möglichkeit der Verankerung einer menschenrechtlichen, antirassistischen und interkulturellen Bildung, die alle Kinder und Jugendlichen erreicht. Jugendarbeit kann dadurch bedingte Bildungsdefizite mit ihren begrenzten Ressourcen nicht umfassend beheben.
4. Die Notwendigkeit, auf rechtsextreme Tendenzen unter Jugendlichen zu reagieren, und die Möglichkeiten, dies zu tun, sind in jeweiligen lokalen und regionalen Kontexten sehr unterschiedlich ausgeprägt. Verallgemeinernde Aussagen dazu, was Jugendarbeit gegen Rechtsextremismus leistet, leisten kann und leisten sollte, sind insofern nur begrenzt möglich.

Vor diesem Hintergrund wird im Weiteren die These entfaltet, dass die zentrale Aufgabe von Jugendarbeit in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus darin besteht, als Sozialisationsinstanz und als Bildungsort wirksam zu werden, der die Aneignung menschenrechtlicher und demokratischer Überzeugungen durch Jugendliche anregt und unterstützt. Ein je nach Situation mehr oder weniger bedeutendes Element einer hierauf ausgerichteten Jugendarbeit ist es, Jugendliche für fremdenfeindliche, rassistische, antisemitische, nationalistische und rechtsextreme Tendenzen in der Gesamtgesellschaft sowie im lokalen und regionalen Umfeld zu

7 Zur Programmatik der schulischen Bildung siehe Hormel, Ulrike/Scherr, Albert (2004): Bildung für die Einwanderungsgesellschaft. Wiesbaden.

sensibilisieren und sie dazu zu befähigen und zu motivieren, sich gegen diese zu positionieren. Die zentrale Leistung der Jugendarbeit besteht so betrachtet darin, durch ‚ganz normale‘ Jugendarbeit dazu beizutragen, dass fremdenfeindliche, rassistische, antisemitische, nationalistische und rechtsextreme Überzeugungen bei Jugendlichen keine Resonanz finden. Die Bedeutung der Jugendarbeit in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus besteht also keineswegs allein und primär darin, spezialisierte Maßnahmen für solche Jugendlichen anzubieten, die sich selbst im rechtsextremen Spektrum verorten, obwohl auf solche Maßnahmen zweifellos nicht verzichtet werden kann.

Eine notwendige Klärung: Menschenrechte, Demokratie, Nationalismus und Rechtsextremismus

Auf die umfangreichen Debatten dazu, was unter Rechtsextremismus zu verstehen ist und was die Ursachen des neuen Rechtsextremismus sind, kann hier nicht ausführlich eingegangen werden.⁸ Auf der Grundlage der einschlägigen empirischen Untersuchungen⁹ ist jedoch festzustellen: Zentrales Element des gegenwärtigen Rechtsextremismus ist ein ausgrenzender Nationalismus, der eine Ausrichtung von Politik an den Interessen derjenigen einfordert, die als legitime Mitglieder des deutschen Volkes definiert werden, und der sich mit einer Feindseligkeit gegen diejenigen verbindet, die aufgrund eines rassistisch, ethnisch-nationalistisch oder kulturrassistisch konturierten Verständnisses nicht als legitime bzw. gleichwertige Angehörige der „Volks-gemeinschaft“ gelten, insbesondere gegen Ausländerinnen und Ausländer bzw. Migrantinnen und Migranten, aber auch gegen Menschen jüdischen Glaubens sowie inzwischen verstärkt gegen Muslimes und Muslime. Darüber hinaus gehen unterschiedliche Ausprägungen dessen, was in einer sozialpsychologischen Perspektive „gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ genannt wird,¹⁰ in rechtsextreme Positionen ein. Die Ablehnung der Demokratie als Regierungsform und die Forderung nach einem autoritären Führerstaat erzielen im Vergleich dazu in einschlägigen Umfragen deutlich geringere Zustimmungswerte und sie stehen auch nicht im Zentrum der Ideologie des neueren Rechtsextremismus.

Vor diesem Hintergrund sind Programmatiken, die für die schulische Pädagogik und die Jugendarbeit davon ausgehen, dass Demokratiepädagogik das Kernelement einer angemessenen Strategie gegen Rechtsextremismus sein kann und soll,¹¹

8 Siehe dazu Jaschke, Hans-Gerd (2001): Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Begriffe – Positionen – Praxisfelder. Wiesbaden und Scherr, Albert (2009): Rassismus oder Rechtsextremismus? Annäherung an eine vergleichende Betrachtung zweier Paradigmen jenseits rhetorischer Scheinkontroversen. In: Melter, Claus/Mecheril, Paul (Hrsg.): Rassismuskritik. Band 1. Bad Schwalbach, S. 75–97.

9 Siehe Decker, Oliver u. a. (2010): Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010. Bonn und Stöss, Richard (2007): Rechtsextremismus im Wandel. Bonn.

10 Siehe Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg., 2010): Deutsche Zustände. Folge 9. Frankfurt a. M.

11 Siehe Beutel, Wolfgang/Fauser, Peter (Hrsg., 2007). Demokratiepädagogik: Lernen für die Zivilgesellschaft. Bad Schwalbach.

zumindest dann problematisch, wenn sie allein auf die Stärkung von Partizipation in pädagogischen Institutionen sowie Wissens- und Wertevermittlung im Hinblick auf Demokratie als Gesellschafts-, Lebens- und Regierungsform setzen. Denn mit der Anerkennung demokratischer Verfahren ist die Frage noch nicht beantwortet, wer über demokratische Mitwirkungsrechte verfügen soll und wer nicht. Dies wird schon daran sichtbar, dass Ausländerinnen und Ausländern in nationalstaatlich verfassten Demokratien zentrale demokratische Rechte vorenthalten werden und der Erwerb staatsbürgerlicher Rechte durch Einbürgerung an Voraussetzungen gebunden wird, denen erkennbar nationalstaatliche Interessenkalküle zu Grunde liegen.¹²³ Fremdenfeindliche, ethnisch-nationalistische, rassistische und kulturrassistische Überzeugungen können sich folglich durchaus mit einer zumindest formalen Anerkennung von Demokratie verbinden, wie dies in den zahlreichen Spielarten des gegenwärtigen Rechtspopulismus auch tatsächlich der Fall ist. Und auch in pädagogischen und zivilgesellschaftlichen Kontexten ist es keineswegs selbstverständlich, dass partizipative Verfahren unmittelbar dazu führen, dass Minderheiten und Mehrheiten als gleichberechtigt anerkannt und diskriminierende Einstellungen bedeutungslos sind bzw. aufgegeben werden.¹³ Zweifellos besteht zwar per definitionem ein Gegensatzverhältnis zwischen Rechtstextremismus im engeren Sinn des Begriffs einerseits und Demokratie andererseits,¹⁴ keineswegs aber ein Ausschließungsverhältnis zwischen demokratischen Verfahren und den nationalistischen, fremdenfeindlichen und rassistischen Kernmotiven des gegenwärtigen Rechtstextremismus und Rechtspopulismus.¹⁵

Ein solches Ausschließungsverhältnis besteht nur dann, wenn von einem Demokratieverständnis ausgegangen wird, das sich substantiell auf die Menschenrechte bezieht. Denn die deklarierten Menschenrechte gehen über politische Partizipationsrechte und Staatsbürgerrechte hinaus.¹⁶ Sie umfassen insbesondere das zentrale Diskriminierungsverbot und damit eine klare Positionierung gegen Ideologien, Diskurse

12 Ganz explizit wird die im § 1 des „Gesetzes über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern im Bundesgebiet“ formuliert: „Das Gesetz dient der Steuerung und Begrenzung des Zuzugs von Ausländern in die Bundesrepublik Deutschland. Es ermöglicht und gestaltet Zuwanderung unter Berücksichtigung der Aufnahme- und Integrationsfähigkeit sowie der wirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Interessen der Bundesrepublik Deutschland. Das Gesetz dient zugleich der Erfüllung der humanitären Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland.“

13 Dass zivilgesellschaftliches Engagement durchaus auf kulturrassistischen Motiven beruhen kann, hat sich in den Initiativen gegen den Bau von Moscheen wiederkehrend gezeigt. Dass nationalstaatliche Demokratie Aus- und Abgrenzungsinteressen der Staatsbürger zum Ausdruck bringen kann, wurde im Erfolg der schweizerischen „Ausschaffungsinitiative“ im Jahr 2010 deutlich.

14 Für die gängigen Rechtstextremismusdefinitionen ist Demokratieablehnung ein Kernelement des Rechtstextremismus. Die empirische Rechtstextremismusforschung folgt dieser Vorgabe jedoch nicht konsequent, denn dort werden auch Personen als rechtsextrem eingeordnet, die antidemokratische Einstellungen ablehnen; entscheidend sind dort die Mittelwerte aus unterschiedlichen Skalen.

15 Dies führt umgekehrt auch dazu, dass Einschränkungen grundlegender demokratischer Rechte, wie der Meinungsfreiheit und des Demonstrationsrechts, als Mittel gegen Rechtstextremismus diskutiert werden.

16 Vgl. Benhabib, Seyla (2009): Die Rechte der Anderen. Bonn.

und Praktiken, die zwischen vollwertigen und gleichberechtigten Gesellschaftsmitgliedern einerseits und sozialen Gruppen unterscheiden, denen ein minderwertiger Status zugewiesen wird.¹⁷ Dies ermöglicht und erfordert politisch eine menschenrechtliche Kritik von Strukturen und Praktiken in nationalstaatlich verfassten Demokratien, die zu Benachteiligungen von Nicht-Staatsbürgern innerhalb der jeweiligen Nationalstaaten führen, sowie der Grenzziehungen und Grenzsicherungen, mit denen Nationalstaaten versuchen, unerwünschte Einwanderung zu verhindern. Für die pädagogische Auseinandersetzung mit Rechtstextextremismus folgt daraus, dass es nicht hinreichend ist, allein auf Demokratiepädagogik zu setzen. Darüber hinaus ist eine solche Menschenrechtsorientierung, welche die Kritik diskriminierender Vorurteile, Diskurse, Ideologien, Strukturen und Praktiken einschließt, ein unverzichtbares Element pädagogischer Strategien gegen Rechtstextextremismus.

Jugendarbeit als Bildungsort und Sozialisationsinstanz

Damit stellt sich die Frage, was Jugendarbeit dazu beiträgt bzw. beitragen kann, dass Jugendliche befähigt und motiviert werden, sich demokratische und menschenrechtliche Überzeugungen anzueignen sowie auf dieser Grundlage nationalistische, fremdenfeindliche, antisemitische, rassistische und rechtsextreme Positionen abzulehnen und diesen ggf. aktiv entgegenzutreten.

Diese Frage ist für die Jugendbildungsarbeit in Hinblick auf Theorien, Konzeptionen und Methoden problemlos zu beantworten. Denn erstens liegen inzwischen theoretische und konzeptionelle Analysen vor, die aufzeigen, was die diesbezüglichen Ansatzpunkte und die Möglichkeiten von Menschenrechtsbildung, historisch-politischer Bildung, antirassistischer und interkultureller Bildung, Diversity-Pädagogik und Bildungsarbeit gegen Antisemitismus sind.¹⁸ Zweitens sind Materialien und Handreichungen verfügbar, die praxisnahe Hilfestellungen für die Gestaltung von Seminaren und Projekten geben.¹⁹ Erhebliche Grenzen spezialisierter Angebote der Jugendbildungsarbeit sind jedoch darin begründet, dass diese aufgrund ihrer quantitativen Ausstattung und ihrer institutionellen Zugangsschwellen nur eine begrenzte Zahl von Jugendlichen

17 Bielefeldt, Heiner (2010): Das Diskriminierungsverbot als Menschenrechtsprinzip. In: Hormel, Ulrike/Scherr, Albert (Hrsg.): Diskriminierung. Wiesbaden, S. 21–34 und Scherr, Albert (2011): Diskriminierung und Rassismus. In: Otto, Hans-Uwe/Thiersch, Hans (Hrsg.): Handbuch Soziale Arbeit. 4. Auflage. München, S. 266–277.

18 Vgl. Hormel, Ulrike/Scherr, Albert (2009): Bildungskonzepte für die Einwanderungsgesellschaft. In: Fürstenaу, Sara/Gomolla, Mechthild (Hrsg.): Migration und schulischer Wandel: Unterricht. Wiesbaden, Scherr, Albert (2004): Außerschulische Jugendbildung für eine demokratische Einwanderungsgesellschaft. In: Breit, Gerhard/Schiele, Siegfried (Hrsg.): Demokratie braucht politische Bildung. Bad Schwalbach, S. 243–256, Scherr, Albert/Schäuble, Barbara (2008): „Ich habe nichts gegen Juden, aber ...“. Ausgangsbedingungen politischer Bildungsarbeit gegen Antisemitismus. Berlin, www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/ich_habe_nichts_2.pdf (15. 05. 2011), Melter, Claus/Mecheril, Paul (Hrsg., 2009): Rassismuskritik. Band I: Rassismustheorie und Forschung. Bad Schwalbach, Scharathow, Wiebke/Leiprecht, Rudolf (Hrsg., 2009): Rassismuskritik. Band 2: Rassismuskritische Bildungsarbeit. Bad Schwalbach, Panke, Martina/Sötje, Karin/Steil, Armin (Hrsg., 2010): Biographisches Lernen in der beruflichen Sozialisation. Münster.

19 Siehe Deutsches Institut für Menschenrechte (Hrsg., 2005): Kompass. Handbuch zur Menschenrechtsbildung. Berlin und DGB-Bildungswerk Thüringen (Hrsg., 2010): Baustein zur nicht-rassistischen Bildungsarbeit. 3. Auflage. Jena (www.dgb-bwt.de).

sowie gewöhnlich nur diejenigen erreicht, die von solchen Angeboten erreicht werden wollen.²⁰ Politische Jugendbildungsarbeit ist gleichwohl unverzichtbar, nicht zuletzt auch als Qualifizierung und Stärkung der menschenrechtlichen, demokratischen und antirassistischen Motivationen von Jugendlichen. Es gibt zudem gute Gründe, für eine stärkere Verschränkung von offener Jugendarbeit und verbandlicher Jugendgruppenarbeit mit den genannten Formen der Jugendbildungsarbeit zu plädieren – und auch für eine stärkere Verankerung eines gesellschaftspolitischen Bildungsauftrags in allen Bereichen der Jugendarbeit.²¹ Gleichwohl wäre es verkürzt, im Hinblick auf die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus allein auf spezifische Bildungsangebote zu verweisen.

Denn die Jugendarbeit leistet auch dann einen relevanten Beitrag gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Rechtsextremismus, wenn sie Jugendlichen generell die Erfahrungen einer Kommunikation und Kooperation ermöglicht, in der niemand ausgegrenzt, diskriminiert und stigmatisiert wird, jede/r als gleichberechtigt anerkannt und als Individuum respektiert wird sowie Entscheidungen in deliberativen Aushandlungsprozessen und demokratischen Entscheidungsverfahren getroffen werden. D. h.: wenn sie als ein sozialer Ort erfahren werden kann, für den gilt, dass menschenrechtliche und demokratische Prinzipien eine anstrengenswerte „Form des Zusammenlebens, der gemeinsamen und miteinander geteilten Erfahrung“²² sind. Etwas nüchterner formuliert: Sofern Jugendarbeit in der Lage ist, für Jugendliche erlebbar zu machen, dass die gleichberechtigte Kooperation und Kommunikation zwischen Menschen unterschiedlicher sozialer Klassen und Milieus, unterschiedlicher nationaler Herkunft, mit heterogenen religiösen oder nicht-religiösen Identifikationen, mit heterosexuellen und homosexuellen Orientierungen usw. erstrebenswert ist, dass sich Partizipation und Engagement lohnen und demokratische Verfahren bewähren, dann kann Jugendarbeit als eine Sozialisationsinstanz charakterisiert werden, die politisch und menschenrechtlich bedeutsame Erfahrungen ermöglicht. Solche Erfahrungen bewirken m. E. zwar keine „Immunsisierung“ gegen Rechtsextremismus. Sie können deshalb eine gesellschaftspolitische Bildung nicht ersetzen, in der Jugendlichen die Möglichkeit gegeben wird, sich mit Wissensbeständen, Stereotypen, Deutungsmustern usw. auseinander zu setzen, die ihnen in Familien, Gleichaltrigen-

20 Durch Kooperationen mit der offenen Jugendarbeit sowie mit Schulen ist die Jugendbildungsarbeit jedoch durchaus in der Lage, auch solche Jugendliche zu erreichen, die im politischen Diskurs als „bildungsfern“ und/oder „politikverdrossen“ bezeichnet werden. Siehe zur diesbezüglichen Fachdiskussion in der politischen Bildung Frech, Siegfried/Juchler, Ingo (Hrsg., 2011): *Bürger auf Abwegen? Politikdistanz und politische Bildung*. Bad Schwalbach.

21 Dass gesellschaftspolitische Bildungsarbeit auch ein genuines Element offener Jugendarbeit sein kann, wird exemplarisch in der Arbeit des Vereins der Wiener Jugendzentren deutlich, siehe *Verein Wiener Jugendzentren* (Hrsg., 2008): *Partizipation. Zur Theorie und Praxis politischer Jugendbildung in der Jugendarbeit*. Wien, vgl. zudem Scherr, Albert (2011): *Subjektorientierte Jugendarbeit*. In: Deinet, Ulrich/Sturzenhecker, Benedikt (Hrsg.): *Handbuch offene Kinder- und Jugendarbeit*. 4. Auflage. Wiesbaden, Sturzenhecker, Benedikt/Richter, Elisabeth (2010): *Demokratiebildung in der Kinder- und Jugendarbeit – partizipative Potenziale stärker nutzen*. In: Himmelmann, Gerhard/Lange, Dirk (Hrsg.): *Demokratiedidaktik. Impulse für die Politische Bildung*. Wiesbaden, S. 103–115.

22 Dewey, John (1964): *Demokratie und Erziehung*. Weinheim, Basel, S. 120.

gruppen, im schulischen Unterricht und den Medien vermittelt werden. Sie stellen aber einen wichtigen Hintergrund für die Aneignung demokratischer und menschenrechtlicher Grundüberzeugungen dar und damit auch einen Bezugspunkt für (informelle, non-formelle und formelle) Bildungsprozesse, in denen Wissen erworben, Bewertungen überprüft und Reflexionsfähigkeit entwickelt werden können.

Zweifellos entspricht die Realität der offenen Jugendarbeit sowie der verbandlichen Jugendgruppenarbeit nicht diesem Idealbild: Weder für die offene Jugendarbeit, noch für die Jugendverbandsarbeit kann davon ausgegangen werden, dass typischerweise eine soziale Heterogenität der Teilnehmenden gewährleistet ist, die entsprechende Erfahrungen ermöglicht. In der offenen Jugendarbeit sind typischerweise sozial benachteiligte Jugendliche überrepräsentiert²³ – und damit auch Jugendliche mit Migrationshintergrund. Anders stellt sich dies in der verbandlichen Jugendarbeit dar. Für diese kann angenommen werden, dass dort vor allem diejenigen erreicht werden, die „ohnehin zur spezifischen Subkultur des Verbandes“ passen; dies führt „oft durchaus ungewollt oder unbemerkt“ zu einer „Exklusion von Menschen ohne diese subkulturelle Nähe“.²⁴ Insofern ist es erforderlich – und dies auch unabhängig von der spezifischen Thematik Rechtsextremismus –, eine Debatte darüber in Gang zu setzen, wie, in welchem Umfang und mit welchen Konsequenzen die Jugendarbeit Ausgrenzungen und Hierarchien reproduziert, die durch Einkommensungleichheiten, Distinktionsprozesse zwischen sozialen Milieus, soziale Segregation in Wohngebieten sowie durch ein gegliedertes Schulsystem²⁵ bedingt sind.

Unter den gegebenen Bedingungen ist Jugendarbeit gleichwohl in dem Maße, wie sie Kommunikation und Kooperation zwischen nicht-migrantischen und migrantischen, religiösen und nicht-religiösen, weiblichen und männlichen Jugendlichen ermöglicht, in der Lage, zur Generierung relevanter Erfahrungen im oben skizzierten Sinne beizutragen. Zudem sind Pädagoginnen und Pädagogen, die deutlich erkennbar eine demokratische und menschenrechtliche Grundhaltung repräsentieren, als Bezugspersonen bedeutsam, da sie die entsprechenden Überzeugungen Jugendlicher bestärken können oder aber weil sie anderes repräsentieren, als es im sonstigen Umfeld der Jugendlichen üblich ist. Darüber hinaus beinhalten die strukturellen Rahmenbedingungen offener Jugendarbeit Lernpotenziale, die auch unabhängig von den Absichten der verantwortlichen Pädagoginnen und Pädagogen dazu führen können, dass Jugendliche einen konstruktiven Umgang mit Unterschieden und Formen einer

23 Siehe Schmidt, Holger (2011): Zum Forschungsstand der Offenen Kinder- und Jugendarbeit. In: Ders. (Hrsg.): Empirie der Offenen Kinder- und Jugendarbeit. Wiesbaden, S. 13–130.

24 Richter, Helmut/Sturzenhecker, Benedikt (2011): Demokratiebildung am Ende? Jugendverbände zwischen Familiarisierung und Verbetrieblichung. In: deutsche jugend, Nr. 2, S. 64. Die Sportverbände stellen hier m. E. einen Sonderfall dar, der eigenständig zu diskutieren wäre. Dazu fehlt es meiner Kenntnis nach jedoch an aussagefähigen empirischen Studien.

25 Eine Demokratisierung von Schulen im Sinne der Dewey'schen Demokratiepädagogik setzt die Abschaffung eines hierarchisch gegliederten und sozial selektiven Schulsystems voraus, denn nur so ist eine Überwindung der sozialen Spaltungen möglich, was für Dewey ein zentrales Merkmal demokratischer Gesellschaften ist. Siehe Dewey, John (1964): Demokratie und Erziehung. Weinheim, Basel, S. 120ff.

gewaltfreien Konfliktregulierung lernen können.²⁶ Dies setzt jedoch voraus, dass die Entstehung und Verfestigung von Dominanzverhältnissen und Ausgrenzung ggf. auch durch pädagogische Interventionen verhindert wird. Weiter sind strukturell angelegte Partizipations- und Demokratisierungspotenziale offener Jugendarbeit in Rechnung zu stellen, die jedoch vielfach nicht zureichend realisiert werden.²⁷

Es ist auf einen weiteren Aspekt hinzuweisen: Ob (jüngere) Jugendliche sich rechts-extremen Cliques oder Szenen anschließen oder nicht, ist nicht zuletzt auch davon abhängig, welche Möglichkeiten sie im lokalen Kontext vorfinden, sich an bereits bestehende Netzwerke anzuschließen, als zugehörig anerkannt zu werden und Freundschaftsbeziehungen zu knüpfen. Und welchen Einfluss rechtsextreme Cliques und Szenen im jeweiligen lokalen Kontext entwickeln, hängt auch damit zusammen, wie stark oder schwach andere Jugendszenen sind, d. h. ob sie in der Lage sind, eine Dominanz rechter Tendenzen in der lokalen Jugendkultur zu verhindern bzw. diese Tendenzen zu marginalisieren oder zu verdrängen.²⁸ Die Bedeutung solcher Prozesse ist nicht zu unterschätzen, denn für Jugendliche sind Gleichaltrige vielfach bedeutender als Versuche der pädagogischen Einflussnahme durch Erwachsene. Aus diesen eigentlich trivialen Einsichten sind für die Jugendarbeit zwei Konsequenzen zu ziehen: Es ist wichtig, in der Jugendarbeit diejenigen Szenen und Cliques zu stärken, die nicht rechtsextrem und ggf. auch dezidiert antirassistisch sind und sich „gegen Nazis“ engagieren. Deshalb ist es problematisch, wenn in einigen Regionen ohnehin vorhandene Berührungspunkte gegen die Arbeit mit solchen Jugendlichen, die von der selbsternannten „Mitte der Gesellschaft“ schnell als „linksextrem“ etikettiert werden, durch die Neuausrichtung der Bundesprogramme auf „Extremismus“ statt auf Rechtsextremismus hin verstärkt und der Jugendarbeit explizite Abgrenzungen gegen diejenigen abverlangt werden, die vom Verfassungsschutz unter Extremismusverdacht gestellt werden.²⁹

Formen der Jugendarbeit, die mit Jugendlichen arbeiten, die deutliche Affinitäten zum Rechtsextremismus aufweisen, müssen konsequent vermeiden, dass sie als direkte oder indirekte Anerkennung wahrgenommen werden sowie – auch gegen

26 Delmas, Nanine/Scherr, Albert (2005): Bildungspotenziale der Jugendarbeit. Ergebnisse einer explorativen empirischen Studie. In: deutsche jugend, Nr. 3, S. 105–109.

27 Siehe Sturzenhecker, Benedikt/Richter, Elisabeth (2010): Demokratiebildung in der Kinder- und Jugendarbeit – partizipative Potenziale stärker nutzen. In: Himmelmann, Gerhard/Lange, Dirk (Hrsg.): Demokratiedidaktik. Impulse für die Politische Bildung. Wiesbaden.

28 Dass sich in westdeutschen Städten wie Freiburg rechtsextreme Szenen nicht verankern können, ist auch eine Folge davon, dass entsprechende Versuche auf eine erhebliche Gegenwehr antirassistischer Jugendszenen stoßen. Deren Formen sind jedoch z. T. zweifellos problematisch.²³Dewey, John (1964): Demokratie und Erziehung. Weinheim, Basel, S. 120.

29 Die im Jahr 2010 ausgelöste Auseinandersetzung um die Extremismuserklärung, die durch die Weigerung einer ostdeutschen Initiative ausgelöst wurde, diese als Bedingungen für die Verleihung des sächsischen Demokratiepreises zu unterzeichnen, ist im Internet gut dokumentiert; siehe z.B. www.tagesschau.de/inland/extremismuserklaerung100.html und <http://aktionstagegegenbekenntniszwang.blogspot.de>.

die Absichten von Pädagoginnen und Pädagogen- als Verstärkung des abweichenden Verhaltens und als Unterstützung rechter Szenebildung wirksam werden.³⁰

Jugendarbeit verfügt also nicht nur in der Form spezialisierter Maßnahmen, sondern als ‚ganz normale‘ Jugendarbeit prinzipiell über ein erhebliches Potenzial, das dazu beitragen kann, Jugendliche zu motivieren und zu befähigen, sich menschenrechtliche und demokratische Prinzipien zu eigen zu machen. Sie ist nicht zuletzt für solche Jugendszenen bedeutsam, die als Sozialisationsmilieu eine Alternative sowie in zivilgesellschaftlicher Auseinandersetzung ein Gegengewicht zu rechtsextremen Tendenzen darstellen. Insofern gilt: Wer der Jugendarbeit ihre finanzielle Grundlage entzieht, sollte sich dann nicht über die Ausbreitung rechtsextremer Tendenzen unter Jugendlichen beklagen. Zugleich aber ist Jugendarbeit aufgefordert, sich auch selbstkritisch mit der Frage auseinanderzusetzen, was erforderlich ist, um ihre strukturell gegebenen Potenziale auch tatsächlich angemessen zu nutzen.

Perspektiven

Wahrscheinlicher als eine weitere Ausbreitung des Rechtsextremismus ist m. E. eine Verstärkung rechtspopulistischer Tendenzen, in denen sich Nationalismus, Fremdenfeindlichkeit und Kulturrassismus mit einer Ablehnung manifester Gewalt sowie der Anerkennung von Demokratie als Herrschafts- und Regierungsform verbinden. Pädagogische Maßnahmen, die sich spezifisch gegen Rechtsextremismus sowie fremdenfeindlich und rassistisch motivierte Jugendgewalt richten, werden damit keineswegs überflüssig. Aber ihr Fokus sind zugespitzte Ausdrucksformen von Tendenzen, die auch dann problematisch sind, wenn sie nicht mit Gewaltbereitschaft und Demokratieablehnung einhergehen.

Insofern besteht die Herausforderung für die Jugendarbeit darin, weiterhin gegen Rechtsextremismus vorzugehen, ohne sich dabei auf die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus zu fixieren. Konzepte der Menschenrechtsbildung, der kritischen interkulturellen Bildung und der Diversity-Pädagogik, der Bildungsarbeit gegen Diskriminierung, Rassismus und Antisemitismus sowie der Demokratieverziehung und Partizipationsförderung bieten hierfür eine Grundlage und dies nicht nur für die seminaristische und projektförmige Jugendbildungsarbeit, sondern auch für die offene Jugendarbeit und die Jugendgruppenarbeit.

30 Siehe Scherr, Albert (2002): Pädagogische Konzepte gegen Rechts – was hat sich bewährt, was ist umstritten, was sollte vermieden werden? In: Lynen von Berg, Heinz/ Roth, Roland (Hrsg.): Maßnahmen und Programme gegen Rechtsextremismus wissenschaftlich begleitet. Opladen, S. 249–264 und Simon, Titus (2011): Aus der Gewalt Jugendlicher resultierende Konsequenzen für die Praxis der offenen Jugendarbeit. In: Schmidt; Holger (Hrsg.): Empirie in der offenen Kinder- und Jugendarbeit. Wiesbaden, S. 147–158.

Von der „Glatzenpflege auf Staatskosten“ zur Deradikalisierung als Konzept?

Seit der Vertreibung rumänischer Asylbewerber aus Hoyerswerda ergießt sich, wie zur Belohnung, über die gewalttätige Jugendszene von Rostock bis Dresden ein warmer Regen: Ferien in der Türkei und Reisen durch Europa, Selbsterfahrungs- und Selbstverteidigungskurse, Krafträume und soziales Training, Jugendzentren und betreutes Wohnen. Zwanzig Millionen Mark im Jahr läßt sich die Bundesregierung ihr Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt (AgAG) kosten.

DIE ZEIT, 13. August 1993

Mit diesen Worten beginnt ein Beitrag in der Wochenzeitschrift DIE ZEIT unter dem Titel „Glatzenpflege auf Staatskosten“,¹ der im Sommer 1993 erschien. Im Mittelpunkt des Berichts standen die Auswirkungen des im Jahr zuvor von der Bundesregierung aufgelegten *Aktionsprogramms gegen Aggression und Gewalt (AgAG)*. Die Bundesjugendministerin Angela Merkel implementierte das Programm in den neuen Bundesländern, um gewaltbereite Jugendliche in Maßnahmen und Projekte der Jugendhilfe einzubinden. Erklärtes Ziel war es, den massiven Angriffen auf Unterkünfte für Asylsuchende, rassistisch und antisemitisch motivierten Übergriffen und Mordanschlägen, über die teils weit über die Landesgrenzen hinaus medial berichtet wurde, etwas entgegenzusetzen.

Teil des methodischen Apparats des AgAG-Programms war die sogenannte akzeptierende Arbeit mit rechten Jugendlichen (AJ). Der Ansatz beinhaltete den aus anderen Bereichen der Sozialen Arbeit bekannten Anspruch, Klienten² (hier rechte Jugendliche)

1 Drieschner, Andreas (13. 8. 1993): Glatzenpflege auf Staatskosten, DIE ZEIT,

<http://www.zeit.de/1993/33/glatzenpflege-auf-staatskosten> (zuletzt eingesehen am 5. 7. 2014).

2 Mit Blick auf die Nützlichkeit der Verwendung geschlechtsneutraler Schreibweisen habe ich mich entschieden, weder die althergebrachte, ausschließende, (vorrangig) männliche Schreibweise noch die in meinen (trägen) Augen sehr anstrengenden ...Innen/_innen-Varianten zu wählen, sondern das Geschlecht der beschriebenen Personen ständig durch Zufallsprinzip zu wechseln. Das sprachliche Primat der Zweigeschlechtlichkeit wird damit nicht durchbrochen, für mich erscheint diese Vorgehensweise dennoch praktisch und angemessen irritierend.

als Menschen zu akzeptieren und verlässliche und vertrauensvolle Beziehungen aufzubauen. Maßgabe akzeptierender Ansätze, wie sie erstmals im Rahmen der Arbeit mit Drogenabhängigen formuliert wurden, ist es, nicht die Probleme die Klienten *machen*, sondern die, die sie *haben* in den Mittelpunkt zu stellen. Die 120 Modellprojekte, die einerseits durch das AgAG motiviert und finanziert, andererseits an diesen Parametern ausgerichtet waren, hatten verheerende Auswirkungen. In der Praxis waren zahlreiche schlecht oder ungeschulte Mitarbeitende in Jugendclubs und anderswo mit dem von Josef Krafeld formulierten Ansatz überfordert. Einstellungen und Handlungen der Jugendlichen zu hinterfragen, wurde in der Praxis oftmals nicht als Aufgabengebiet wahrgenommen oder war aufgrund der Bedingungen schlicht unmöglich. Entsprechendes Verhalten wurde akzeptiert und als Ausdruck von sozialer Desintegration, Orientierungslosigkeit und anderen Problemen gedeutet. Es herrschte die Auffassung vor, es diene primär dazu, jugendlichen Frust zu kommunizieren oder Anerkennung bei anderen zu generieren.

Die im Zitat oben aufgeführten „Methoden“ wirkten meist kontraproduktiv: Sie halfen vielerorts, neonazistische Kameradschaftsstrukturen zu etablieren und erleichterten den Zugang Jugendlicher zur rechten Szene. Es lässt sich wohl keine Region in Ostdeutschland finden, in der keine Worst-practice-Beispiele zu finden sind, wie die in kommunaler Trägerschaft geleitete Jugendfreizeitstätte *Kirschberghaus* in Leipzig-Grünau, in der Mitte der 1990er Jahre Neonazis Räume für Aktivitäten geboten wurden, um sie von einem nahegelegenen Einkaufszentrum fernzuhalten. Oder in Potsdam. Dort wurde der Neonazi-Band *Proissenheads* ein Proberaum in einem städtischen Jugendclub (inklusive Betreuung durch einen Sozialarbeiter) zuteil. Die Umsetzung der akzeptierenden Arbeit mit rechten Jugendlichen (einschließlich der spezifischen Wahrnehmung des „Rechtsextremismus als Problem von desorientierten, verunsicherten Jugendlichen“) durch überforderte, unprofessionelle oder selbst in der rechten Szene verortete Sozialarbeiter trug nicht nur landesweit zur Stabilisierung der rechten Szene bei, sondern zeitigte konkrete Konsequenzen für den Alltag von zahlreichen Menschen, die sich selbst als nichtrechts verstanden oder aufgrund verschiedener ihnen zugeschriebener Merkmale (potenzielle) Betroffene rechter Übergriffe waren. So waren einige der Täter, die 1999 im brandenburgischen Guben den algerischen Asylsuchenden Farid Guendoul³ zu Tode jagten, in AgAG-Betreuung durch Streetworker. Auch der Kern des Neonazi-Terror-Netzwerks „Nationalsozialistischer Untergrund“ (Beate Zschäpe, Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt) verbrachten Anfang der 1990er Jahre viele Zeit in einem Jugendclub in Jena, in dem zwar engagierte und motivierte aber gleichsam mit der Gesamtsituation überforderte Sozialarbeiterinnen akzeptierend arbeiteten.⁴

3 In den Medien trug er den Namen Omar Ben Noui, weil er unter dem Namen in Deutschland Asyl beantragt hatte.

4 Siehe z. B. Thüringer Allgemeine Zeitung (2011): Mit Winzer-Clan begann rechtsextreme Laufbahn von Uwe M., <http://www.thueringer-allgemeine.de/web/zgt/politik/detail/-/specific/Mit-Winzer-Clan-begann-rechts-extreme-Laufbahn-von-Uwe-M-1413887009> und tageszeitung (2011): Und irgendwann trug er Bomberjacke, <http://www.taz.de/!81889/>. (zuletzt eingesehen am 15. 7. 2014).

Mit steigendem Bekanntheitsgrad konkreter Auswirkungen akzeptierender Jugendarbeit in den späten 1990er Jahren wurde auch die Kritik am Ansatz lauter.⁵ Die AJ würde ein gesellschaftspolitisches Problem umdefinieren zu einem, das es ausschließlich sozialpädagogisch zu bearbeiten und zu therapieren galt. Auch die Zielgruppenwahl und Ursachenanalyse, die auf Jugendliche und meist einseitig auf deren Leidensdruck oder Orientierungslosigkeit fokussierte, wurde kritisiert. Rechte Einstellungsmuster in der gesamten Gesellschaft würden ausgeblendet und Jugendliche ignoriert, die einfach entsprechende Einstellungen vertraten und sich aus politischem und subkulturellem Interesse in rechten Cliques und Kameradschaften organisierten.

Um die Jahrtausendwende fand ein Wandel im staatlichen Umgang mit den Phänomenen Neonazismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit statt. Nach dem Brandanschlag auf eine Synagoge in Düsseldorf im Jahr 2000 initiierte die rot-grüne Bundesregierung Programme, die auf die Beratung von Opfern rechter Gewalt sowie auf die präventive, pädagogische Bearbeitung des Problems im Jugendbereich fokussierte. Für die Arbeit mit organisierten Neonazis gründeten sich Aussteigerprogramme und fortan wurde an fundierten Konzepten gearbeitet, anhand derer adäquat und professionell mit sogenannten rechtsorientierten Jugendlichen hätte gearbeitet werden sollen.

Seitdem hat sich einiges verändert, auch was die Sozialarbeit im Bereich Jugendhilfe und Jugendverbandsarbeit betrifft. Diverse Bundes- und Landesprogramme sorgten dafür, dass Träger der Jugendhilfe und Jugendverbände Angebote der primären Prävention wahrnehmen konnten. Ein Vorgehen von öffentlichen Jugendeinrichtungen und Sozialarbeiterinnen, das einem Empowerment von Neonazis gleichkommt wie es vielerorts für die ersten 15 Jahre nach der Wiedervereinigung beschrieben werden kann, ist heute in dieser Form zwar nicht undenkbar, würde bei Bekanntwerden aber sicherlich schnell auf Kritik und Widerstand stoßen.

Viel hat sich verändert, jedoch kann in diesem Bereich nicht von einem Paradigmenwechsel gesprochen werden. Bis heute führen einige Träger der Jugendhilfe, die weder über speziell ausgebildetes noch ausreichendes Personal verfügen, das Markenzeichen „akzeptierende Arbeit“ in ihren Leitlinien. Bis heute erwarten Kommunen und Gemeinden von Sozialpädagoginnen, mit (wenn nötig auch organisierten) rechten Jugendlichen zu arbeiten, um diese „unter Aufsicht“ zu haben und zeigen zu können, „dass etwas getan wird“ im Ort. Noch heute treffen Mitarbeitende von Beratungsstellen, Präventions- und Bildungseinrichtungen Jugendsozialarbeiter an, die entweder mit der Definition und Durchsetzung eigener Grenzen im Berufsfeld hadern oder sich qua imaginiertem sozialarbeiterischem Ethos und fehlender Sensibilisierung verpflichtet und animiert fühlen, „mit allen zu arbeiten“ und dabei einfach den „Menschen von seiner Haltung zu trennen“. Auch heute noch können hier und da Jugendliche in Schulklubs oder Offenen Treffs ohne Konsequenzen rassis-

5 Siehe z.B. Schaaf, Emma (2000): Ein fehlgeschlagener Versuch der Jugendarbeit mit rechten Jugendlichen, http://www.d-a-s-h.org/PDF/Dossier03_Jugendarbeit.pdf (zuletzt eingesehen am 15. 7. 2014).

tisch diskriminieren und auch heute noch sind der eine oder die andere organisierte Neonazistin geduldete Anwesende dort. Dass schon deren Anwesenheit zur permanenten Abwesenheit von menschenrechtsorientierten Jugendlichen oder potenziellen Opfern rechter Gewalt führen kann und damit ausgrenzend wirkt, gerät aus dem Blick. Gerade im Osten Deutschlands, da wo die meisten von ihnen selbst dem angehören, was mancherorts mit dem komplizierten Begriff „weiße Mehrheitsgesellschaft“ umschrieben wird, ist eher wenig Sensibilität gegenüber der Betroffenenperspektive zu finden. Das jahrelange Einschwören auf akzeptierende Arbeit mit rechten Jugendlichen hat zudem oftmals dort den Blick verengt, wo es um grundlegende Entscheidungen über den jeweiligen Arbeitsansatz geht. Anstatt ressourcenorientiert menschenrechtsorientierte Jugendliche in ihren Bemühungen zu unterstützen und damit dazu beizutragen, dass authentische, jugendkulturelle, Peer-to-peer-Angebote geschaffen werden, die eine hohe Anziehungskraft entwickeln und sich multiplizieren, sind Sozialpädagoginnen oftmals der Idee verhaftet, genuine Aufgabe sei es, „Problemkids“ und „Störer“ unter Kontrolle zu bekommen oder ihnen zu helfen – und das sind im ländlichen Raum Ostdeutschlands oftmals auch rechte Jugendliche.

Bleibt festzuhalten, dass sich im Hinblick auf die Frage der Jugendsozialarbeit und -pädagogik in den vergangenen zwei Jahrzehnten viel zum Besseren geändert hat. Doch nun, da der akzeptierende Ansatz anders als in 1990er Jahren umgesetzt und vielerorts zumindest in seiner Umsetzbarkeit kritisch betrachtet wird, macht sich offensichtlich bereits ein neues Konzept auf den Weg in den Mittelpunkt des Interesses.

Deradikalisierung⁶

Der Begriff der Deradikalisierung scheint derzeit zur neuen Zauberformel in Bezug auf die Frage zu avancieren, wie Jugendsozialarbeit und politische Bildung im Kontext von Neonazismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit umgesetzt werden können. So veröffentlichte die von der Bundeszentrale für politische Bildung herausgegebene Zeitschrift „Aus Politik und Zeitgeschichte“ (APuZ) im Juli 2013 ein Heft mit dem Titel „Deradikalisierung“. Im selben Jahr publizierte das in Berlin ansässige „Zentrum Demokratische Kultur“ (ZDK), das auch als Träger des Aussteigerprogramms EXIT fungiert, das „Journal EXIT-Deutschland. Zeitschrift für Deradikalisierung und demokratische Kultur“. Der wie das ZDK von Berlin aus bundesweit tätige Verein Cultures Interactive (CI), der sich der „zivilgesellschaftlichen Jugendarbeit“ verschrieben hat, veröffentlicht seit 2012 Fachartikel zum Thema, in denen die Umsetzung deradikalisierender Projekte beschrieben wird. Die Friedrich-Ebert-Stiftung informierte im November 2013 mit einer Fachkonferenz unter dem Titel „Prävention und Deradikalisierung – Strategien im Kampf gegen Rechtsextremismus“. Das Bundesfamilienministerium

6 Der Beitrag fokussiert auf Deradikalisierungsansätze und Konzepte im Themenfeld Neonazismus. Theorien und Praktiken die sich mit dem Thema religiöser Fundamentalismus und anderen Erscheinungen auseinandersetzen, sind nicht Gegenstand der Betrachtung.

kündigte Ende Juni 2014 an, bei der Ausgestaltung des Bundesprogramms „Demokratie leben! – Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ ein mit 6 Millionen Euro dotiertes Programm mit dem Titel „Deradikalisierung“ zu schaffen.⁷ Das Bundesministerium des Innern realisierte in Zusammenarbeit mit der Firma Fa.mafilm einen Film unter der Zielsetzung „Deradikalisierung“.⁸ Schließlich trägt das von EU-Innenkommissarin Cecilia Malmström ins Leben gerufene Radicalisation Awareness Network (RAN) nicht nur den Radikalisierungsbegriff im Namen, sondern beherbergt eine Untergruppe (RAN DERAD), die sich dem Thema explizit widmet. Beispiele für Veranstaltungen, Projekte und Publikationen, die sich derzeit um diese Begrifflichkeit drehen, ließen sich noch einige finden.

Im Folgenden wird ein Überblick über theoretische und praktische Grundlagen und die derzeitige Anwendung des Begriffs in Deutschland gegeben. Fokussiert wird dabei auf Fallstricke, Widersprüche und Unwägbarkeiten, um abschließend herauszuarbeiten, ob Deradikalisierung als Begriff und Konzept als adäquates Mittel bezeichnet werden kann, um gesamtgesellschaftlich verbreiteten Ideologien der Ungleichwertigkeit von Menschen und Neonazistrukturen in der (Jugend-)Sozialarbeit etwas entgegenzusetzen.

Von der Demobilisierung zur Deradikalisierung

Seit Jahrzehnten gibt es in verschiedenen Ländern meist staatlich initiierte und finanzierte Projekte um Separatisten, Terroristinnen und Anhänger von Guerillabewegungen vom bewaffneten Kampf abzubringen. So wurden finanzielle Anreize geschaffen, die beispielsweise Mitglieder der PLO-Terrorgruppe „Schwarzer September“, der IRA oder der FARC die Reintegration in die Gesellschaft erleichtern und damit demobilisierende Wirkung hervorrufen sollten. Die entsprechenden Programme fokussierten zumeist auf das Verhalten (nicht die Einstellungen) und Gruppenzugehörigkeit der Zielpersonen. Um die Jahrtausendwende begannen im Jemen und in Asien (Malaysia, Singapur, Thailand) Deradikalisierungsprogramme im Themenfeld islamistischer Terrorismus, die nicht nur auf das Verhalten der Zielgruppen zugeschnitten waren, sondern eine grundlegende Auseinandersetzung mit Ideologien und Glaubensgrundsätzen zum Gegenstand hatte.

In Europa, genauer in Skandinavien und Deutschland, gründeten sich zeitgleich Initiativen, die sich mit Deradikalisierung im Bereich „Rechtsextremismus“ auseinandersetzten. Im Jahr 2000 wurde beispielsweise die Aussteigerorganisation EXIT gegründet, deren Konzept von Beginn an neben der Demobilisierung auch eine Arbeit an den Einstellungen der Ausstiegswilligen vorsah.⁹

7 Siehe tageszeitung (2013), „Schwesig verärgert Koalitionspartner“, <http://www.taz.de/1/archiv/digitaz/artikel/?ressort=in&dig=2014%2F06%2F23%2Fa0053&cHash=e86b71e074e3805d28082fd7dcd3d3fe>, (zuletzt eingesehen am 15. 7. 2014).

8 Siehe Deutscher Bundestag (2012): Auftragsvergabe an private Dienstleister im Bereich des Bundesministeriums des Innern, Antwort auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Jan Korte, Steffen Bockhahn, Ulla Jelpke, weitere Abgernetze und der Fraktion DIE LINKE, Drucksache 17/10077.

9 Köhler, Daniel (2013): Über die Notwendigkeit einer deutschen Deradikalisierungsforschung und die entsprechenden Grundlagen. In: Journal EXIT-Deutschland. Zeitschrift für Deradikalisierung und demokratische Kultur, Ausgabe 1/2013, S. 32ff.

Heute widmet eine gewachsene Zahl von Praktikern und Wissenschaftlerinnen ihre Aufmerksamkeit dem Ansatz Deradikalisierung im Themenfeld „Extremismus“. Damit erhält er größere Bedeutung neben den beiden anderen Arbeits- und Forschungsfeldern Prävention und Repression.

Deradikalisierung – ein Begriffscontainer

Der Deradikalisierungsbegriff an sich und in Hinblick auf (sozial)pädagogische oder therapeutische Arbeit, auf Maßnahmen der politischen Bildungsarbeit und staatliche Präventionsmaßnahmen erscheint aufgrund des fehlenden inhaltlichen Bezugs als leere Formel, wenn nicht sogar antidemokratische Formulierung. Denn als Feindbild gilt hier pauschal *Radikalität* ohne Bezug zu einer Sache. Theoretisch wird damit jede „an die Wurzeln gehende“ Vision einer gerechten Gesellschaft in eins gesetzt etwa mit Ideen und Handlungsweisen von Terroristen. So kann das Spektrum politischer Meinungsvielfalt und demokratischen Engagements unter dem Verdikt der Radikalität delegitimiert werden.

Auch der „Unterbau“ des Begriffs durch Wissenschaftlerinnen und Praktiker, die Eingrenzung der Themenfelder, in denen Radikalität als zu bekämpfende Haltung und Handlung beschrieben wird, steht auf tönernen Füßen.

Eine solche Begriffsdefinition liefert Daniel Köhler in der ersten Ausgabe des Journal EXIT-Deutschland: „Deradikalisierung als Konzept bezeichnet den individuellen oder kollektiven kognitiven (oder: ideologischen) Wandel von einer kriminellen, ideologisch-radikalen oder extremistischen zu einer nicht-kriminellen und moderaten Identität. Deradikalisierung muss dabei stark von Herauslösung (engl. Disengagement) abgegrenzt werden, was den rein physischen Verhaltenswandel beschreibt und die ideologische bzw. identitäre Ebene des Prozesses außer Acht lässt.“¹⁰

Die hier formulierte Definition gibt einen ersten Eindruck von der Unschärfe des Begriffs – sei es als Forschungsprogramm oder Konzept von Praktikern. Denn Deradikalisierung wird hier beschrieben als ein Prozess („Wandel“), den Personen auf dem Weg von einer Identität (der radikalen) zu einer anderen („nicht-kriminellen“ und „moderaten“) durchlaufen. Dabei bleiben die entscheidenden Parameter dieses Wandels, konkret sein Ausgangs- und Endpunkt, nebulös. Radikalität als Zustand, den es zu ändern gilt, wird nicht konkret inhaltlich oder verhaltensbezogen definiert. *Kriminell* war vor wenigen Jahrzehnten noch der praktizierende Homosexuelle, *kriminell* ist auch Steuerhinterzieher Uli Hoeneß. *Ideologisch-radikal* engagieren sich auch Initiativen wie Amnesty International für Menschenrechte. Auch können hierzulande Organisationen als *extremistisch* bezeichnet werden, die sich politisch engagieren und vehement darauf pochen, dass die im Grundgesetz verankerten Grundrechte umgesetzt werden. Sie alle sind oder waren kriminell, radikal oder extremistisch und doch kann man sie sich schwerlich ernsthaft als Objekte von Deradikalisierungsprogrammen vorstellen.

10 Ebd., S. 21f.

Köhlers Definition steht jedoch nicht im luftleeren Raum. Im Gegenteil: Im Kontext wissenschaftlicher Diskussionen um und praxisbezogener Beschreibung der Deradikalisierung wird unisono von *Extremismusbekämpfung* gesprochen. Die Unwägbarkeiten, die man sich mit diesem politisch und wissenschaftlich stark umstrittenen Begriff einhandelt, wurden andernorts¹¹ eingehend beschrieben. Wie schnell sich die Auffassungen einer Mehrheitsgesellschaft darüber ändern, was legitim und illegitim ist, betont auch Peter Neumann im Deradikalisierungsheft der Bundeszentrale für politische Bildung: „Und was heute als ‚extremistisch‘ gilt, ist vielleicht morgen schon unverrückbarer Teil der staatlichen Ordnung.“¹²

Deradikalisierung in der Praxis

Trotz der theoretischen und begrifflichen Unwägbarkeiten labeln seit wenigen Jahren zahlreiche Institutionen ihre Tätigkeit mit *Deradikalisierung*. Die Beschreibung einiger dieser Projekte, ihrer Ziele und Zielgruppen, Methoden und Prämissen werden im Folgenden veranschaulicht. Den Projektskizzen werden kritische Anmerkungen folgen, die die grundlegende Skepsis gegenüber dem Begriffsapparat an sich teilweise in den Hintergrund rücken, um mehr Aufmerksamkeit auf die Effekte der Arbeit zu lenken. Ausgangspunkt wird hier die Annahme sein, dass trotz der Schwammigkeit des Begriffs derzeit ein stillschweigender Konsens der entsprechenden Träger zu herrschen scheint, Deradikalisierung meine, Neonazis davon abzubringen, das zu tun, was sie in der Regel tun: morden, brandschatzen, Angst und Schrecken verbreiten, politische Meinungsbildung vorantreiben.

Die **Kompetenzstelle Deradikalisierung** (KDR, Träger: ZDK, Gesellschaft demokratische Kultur gGmbH) definiert als Zielgruppe „Jugendliche, junge Erwachsene und Interessierte jeden Alters“. Ziel der KDR ist es „die negative Wirkung von rechtsextremen Erscheinungen auf den demokratischen Alltag zu verhindern. Zugleich will sie Jugendlichen eine Alternative bieten und Aufklärungsarbeit leisten.“ Erreicht werden sollen diese Ziele anhand von Vorträgen, Diskussionen, Workshops, Projekt- und Fachtagungen, Ausstellungen etc. Thematisch stehen dabei im Mittelpunkt: „Rechtsextremismus heute“, „Die Szene“, „Codes und Symbole“, „Lieder der Verführung – rechtsextreme Musik-Szene“, „Aussteiger berichten“, „Die NPD und ihre Ziele“ und ähnliches. Was hier beschrieben wird, ist nichts anderes als das, was bislang als politische Bildungsarbeit (oder primäre und sekundäre Prävention) bezeichnet wird. Kurz, hier erhielten Maßnahmen aus anderen Bereichen ein neues Label und es erschließt sich keineswegs, warum ausgerechnet das der Deradikalisierung bemüht wird.¹³

11 Siehe z. B. Forum für kritische Rechtsextremismusforschung (2011): *Ordnung.Macht.Extremismus. Effekte und Alternativen des Extremismusmodells*. Opladen und den Beitrag von Michael Nattke und Grit Hanneforth in diesem Band.

12 Neumann, Peter (2013): *Radikalisierung, Deradikalisierung und Extremismus*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, APuZ 29-31/2013, S.4.

13 Siehe Projektbeschreibung unter: http://www.exit-deutschland.de/app/so.asp?o=/_obj/6F15FE5D-E7AE-42DA-84F9-590AF420F0D7/inline/Bildungskatalog_KDR2013.pdf (zuletzt eingesehen am 13. 7. 2014).

Ulrich Dovermann, ehemaliger Leiter des Fachbereichs „Extremismus“ der Bundeszentrale für politische Bildung, beschreibt im APuZ-Heft zu Deradikalisierung¹⁴ ein Projekt, das offensichtlich erwachsenen Teilnehmenden in Seminaren begreiflich machen will, dass den Narrativen von Neonazis nichts entgegengesetzt werden könne. Deshalb gelte es methodisch vorzugehen, so Dovermann, also „Machtstrukturen (zu) gestalten, in denen der Rechtsextremist keine Hegemonie erringen kann. Wir vereinbaren Redezeiten, Moderation und einen ‚Kodex‘, in dem verankert ist, dass menschenverachtende Aussagen mit Raumverweis geahndet werden können.“¹⁵ Skurril mag hier erscheinen, überhaupt Bildungsveranstaltungen durchzuführen, in denen es offensichtlich primär darum geht, menschenverachtende Einstellungen netter zu formulieren und Menschen dazu zu bringen, Moderationsregeln zu beachten („... und erstaunlicherweise haben sich auch Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit deutlichen Neigungen zu Rechtsextremen mit dieser Konfliktlösung anfreunden können.“). Wahrlich seltsam erscheint das Konzept spätestens da, wo dieses Vorgehen als Deradikalisierung identifiziert wird, die sich auch an „Nicht-Nazis“ richtet. Denn auch deren „Radikalisierungseffekte“, wenn sie sich der Lautstärke und Aggression der Nazis anpassen („die Sprache wird brutaler, die Bilder werden hässlicher, die Bereitschaft andere zu verletzen steigt“) können, so Dovermann, vermieden werden. Menschen mit „deutlichen Neigungen zum Rechtsextremen“ bekommen also hier Kommunikationsregeln vermittelt und „Nicht-Nazis“ werden vor „Radikalisierungseffekten“ die Radikalisierte bewirken können geschützt – es geht um die Deradikalisierung von Rechten *und* menschenrechtsorientierten Personen. Erstere werden in Gesprächen ein bisschen netter und zweitere umgehen damit die Gefahr eigener Radikalisierung, wenn die Gesprächsatmosphäre nur nett genug ist. Gemessen an der diesen Ausführungen vorangestellten Annahme, es herrsche eine Art unausgesprochener, grundlegender Konsens zwischen den Trägern und Institutionen darüber, was Deradikalisierung bedeutet (Neonazis davon abzubringen, das zu tun was sie i.d.R. tun), muss einmal mehr festgehalten werden – mit diesem Ansatz haben die von Dovermann beschriebenen Bildungsveranstaltungen nicht zu tun.

Die Mitarbeiter des Vereins Cultures Interactive e.V. veröffentlichten zahlreiche Artikel zum Thema Deradikalisierung, die sich mit Ansätzen und Projektberichten beschäftigen und organisierten eine Tagung.¹⁶ Zudem ist CI Mitglied des Radicalisation

14 Dovermann, Ulrich (2013): Narrative und Gegen-Narrative im Prozess von Radikalisierung und Deradikalisierung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, APuZ 29-31/2013.

15 Ebd., S. 45.

16 Siehe Bear, Silke/Weilnböck, Harald/Wiechmann, Peer (2012): Wirksame ‚Deradikalisierung‘: Zur Methodik von ‚Time-Out-Gespräch‘ und ‚Wir-unter-uns-Gruppe‘ und der Faktor der Kultur in der Arbeit mit rechtsaffinen Jugendlichen, S. 10, abrufbar unter: http://www.cultures-interactive.de/tl_files/publikationen/de/2012_Baer_Wiechmann_Weilnboeck_Wirksame-Deradikalisierung.pdf (zuletzt eingesehen am 12. 10. 2014). Eine Tagung mit dem Titel „Soziale Arbeit und politische Bildung“ am 19. 3. 2014 hatte zum Ziel, mit Praktikerinnen „verschiedene Fragen nach wirksamen Strategien, Ansatzpunkten und Arbeitsweisen für das Arbeitsfeld der Deradikalisierung“ zu diskutieren. Veranstaltungsflyer unter: <http://www.lzt-thueringen.de/files/9-maerz-14.pdf> (zuletzt eingesehen am 19. 4. 2014).

Awareness Networks der EU-Innenkommission. Der Verein hat sich auf die Fahnen geschrieben, mit Jugendlichen zu arbeiten. Bislang wurden „urbane Jugendkulturen (...) eingesetzt, um einerseits Prävention gegen Rechtsextremismus, Fundamentalismus, Menschenfeindlichkeit und Gewalt in belasteten Kommunen zu betreiben und um andererseits die Kompetenz-Bildung und berufsvorbereitende Beschäftigungsfähigkeit von Jugendlichen aus sozialen Brennpunkten zu fördern“ – als Workshop zu Breakdance u. ä., kombiniert mit Informationen zu den „bürgerrechtlichen Gehalten von Hip Hop“ und pädagogischen Übungen. Während der Veranstaltungen stellte sich immer wieder die Frage: „Was macht man, wenn radikalisierte bzw. feindlich-aggressive und zynisch agierende Jugendliche Veranstaltungen belasten (...)?“¹⁷ Um mit dieser Zielgruppe arbeiten zu können, entwickelten die Mitarbeitenden begleitende Methoden. Besonders interessant sei laut eigener Darstellung der sogenannte „Time Out“-Bereich. Dorthin konnten Jugendliche gehen, die aufgrund von „störendem und destruktivem Verhalten oder wegen zynischer und menschenfeindlicher Provokation – von zumeist rechtsextrem-nationalistischer oder ethnisch radikalisierter Art – für den Gesamtablauf nicht mehr tragbar waren.“ Im Time Out-Bereich stand ein weiteres Team bereit, das mit den Störerinnen in „kritisch zugewandter“ Weise sprach. Konkret bedeutet dies: Es existieren Regeln für Workshops. Die Jugendlichen lernen anfangs den Unterschied zwischen „einer destruktiven oder menschenverachtenden Äußerung einerseits und dem Ausdruck einer persönlichen Meinung andererseits zu erkennen und zu wahren – wie extremistisch, unangemessen, sachlich unrichtig und unbequem die geäußerte Meinung auch sein mag“. Allein eine inhaltliche Festlegung der Grenzziehung zwischen Destruktion und Menschenverachtung und unbequemen Meinungen bleiben die Autoren und Autorinnen schuldig.¹⁸ Die Time Out-Methode wurde später zur „Wir unter uns Gruppe“ (WuuG), deren Zweck es ist, „eine nachhaltige Anregung der sozialen und emotionalen Intelligenz und eine Unterstützung der Fähigkeit, Beziehung aufzunehmen, anschaulich und verbindlich von sich aus zu erzählen und fair zuzuhören“.¹⁹ Konkret wird das folgendermaßen umgesetzt: „Einmal an jedem Veranstaltungstag kommen die acht bis zwölf Teilnehmenden in einem Stuhlkreis zusammen und tauschen sich in inhaltlich ungebundener und Prozess-offener Weise über unterschiedliche Anlässe, Themen und Erfahrungen ihrer Lebens-

17 Bear, Silke/ Weilnböck, Harald/ Wiechmann, Peer: Wirksame ‚Deradikalisierung‘, S. 4.

18 Allgemein lässt sich sagen, dass in (sozial-)pädagogischen Programmen und Projekten oftmals eine genaue Zielgruppenbeschreibung fehlt. Während bei Aussteigerprogrammen für Neonazis die Zielgruppe klar umrissen scheint (Personen die in der Rechten Szene aktiv sind und entsprechend eingestellt sind/waren, aber ausstiegswillig sind), ist das bei anderen Projekten mehr als unklar. So identifizieren die zuständigen Mitarbeiterinnen in nur einem Text zum Thema folgende Zielgruppen ihrer Deradikalisierungsarbeit: die „hoch-gefährdeten und der Gesellschaft am weitesten entrückten Jugendlichen“, die „extremistisch gefährdeten und gewaltaffinen Jugendlichen“, die „extremistisch gefährdet-gefährlichen Jugendlichen“, „Gefährdete und Täter_innen“, „feindlich-aggressive und zynisch agierende Jugendliche“, „junge Menschen, die die Freiheits- und Menschenrechte vehement ablehnen und zu Gewalt und extremistischen bzw. exklusorischen Lebensstilen neigen“. Siehe Bear, Silke/Weilnböck, Harald/Wiechmann, Peer: Wirksame ‚Deradikalisierung‘.

19 Ebd., S. 10.

welt oder über Beobachtungen zum Lehrgangsgeschehen aus. (...) Nur bei Bedarf unterstützt die Leiter/in die Themenfindung, ordnet den Sprecherwechsel, gibt manchmal kurze Zusammenfassungen.“

Gruppenmodelle wie die von CI vorgestellten *Time Out* und *Wir-unter-uns-Gruppe* als Begleitmethoden zu jugendkultureller Bildung erfordern zweifelsohne ein hohes Maß an Professionalität, Reflexion und zahlenmäßiger Teamstärke. Die Workshops können sicherlich gute Ergebnisse hervorbringen. Sie mögen auch der „persönlichen Beschäftigungsfähigkeit und vorberuflichen Ausbildung“ zuträglich sein, deren Zusammenhang mit der „Förderung von Toleranz, Respekt und zivilgesellschaftlichen Haltungen“ den Jugendlichen „deutlich gemacht werden“ soll.²⁰ Jedoch dienen sie nicht der individuellen, langfristigen Arbeit mit Personen. Sie mögen als Ergänzung von jugendkultureller, politischer Bildung bezeichnet werden. Doch auch bei diesem Beispiel bleibt unklar, was das mit Deradikalisierung zu tun hat.

Der Violence Prevention Network e. V. arbeitet (z. B. innerhalb des sachsen-anhaltischen Programms „Verantwortung übernehmen – Abschied von Hass und Gewalt“) mit inhaftierten jugendlichen, ideologisierten Gewalttätern. Ziel ist laut Selbstbeschreibung, die Verfestigung der Motive und Gewaltbereitschaft an sich zu verhindern, im Idealfall eine „echte Deradikalisierung“ zu erreichen. Die Teilnehmenden des fünfmonatigen Anti-Gewalt- und Kompetenztrainings mit 23 Einheiten in kleinen Gruppen lernen, „ihr Gewaltverhalten zu verstehen und zu verändern, das Grundrecht auf Menschenwürde und Unversehrtheit jedes Menschen zu akzeptieren, Konflikte gewaltfrei zu lösen, Verantwortung für ihr Handeln zu übernehmen, Distanz gegenüber *Extremismus* und menschenverachtenden Ideologien zu entwickeln und ihre Zukunftsplanung eigenverantwortlich zu gestalten“.²¹ Das Programm wird begleitet von psychologischen Diensten der Justizvollzugseinrichtungen und ergänzt durch Familien- und Angehörigentage, gemeinsame Gruppenaktionen und ein Stabilisierungscoaching nach der Entlassung.

Der Effekt der Maßnahmen wurde im Sommer 2013 so dargestellt: Von 188 Personen, die in sechs Bundesländern Violence Prevention Network-Kurse im Strafvollzug durchlaufen haben, sind nur 26,6 % erneut gewalttätig geworden, insgesamt 52 % sind straffällig geworden. Die Zahlen sind wohl als positiv einzuschätzen.²² Eine fundierte Beurteilung ist leider unmöglich, da Vergleichserhebungen fehlen und nicht festgestellt werden kann, wie viele der Teilnehmenden politisch in der Neonaziszene organisiert sind, ohne straffällig zu werden. Aber auch wenn die Statistiken keinen umfassenden Aufschluss über den Erfolg der Maßnahmen geben, so können doch bei diesem Projekt vergleichsweise viele Anhaltspunkte für den Versuch gefunden

21 Judy Korn/Harald Weilnböck (2013): Der lange Abschied von Hass und Gewalt, APuZ 29-31/2013, S. 33.

22 Vgl. Landtag von Sachsen-Anhalt (2013): Trainingsprogramme für ideologisierte jugendliche Gewalttäter im Strafvollzug und nach der Entlassung in Sachsen-Anhalt, Antwort auf Kleine Anfrage 6/7930, Drucksache 6/2204 vom 25. 6. 2013.

20 Ebd., S. 15.

werden, Menschen zu deradikalisieren. Es wird über einen relativ langen Zeitraum an den Einstellungen und Verhaltensweisen von Gewaltstraftätern gearbeitet, deren Taten politisch motiviert waren. Ähnlich wie bei Aussteigerprogrammen, die mit ihm arbeiten, scheint sich ein Sinn des Projektes schon aus dem Fakt zu ergeben, dass der Versuch unternommen wird, Menschen zu demobilisieren, die im Zweifel andere aus rassistischen oder antisemitischen Einstellungen heraus schwer verletzen oder töten.

Deradikalisierung und Jugendsozialarbeit

Ausgeführt wurde, dass Deradikalisierung als Begriff an sich unkonkret und wissenschaftlich wie politisch fragwürdig ist. Wenn man diese grundlegenden Bedenken außer Acht lässt, mag nun gemutmaßt werden, dass es keinerlei Bedeutung hat, dass solch ein Begriff zum Container wird, der alles fasst, was derzeit (noch) mit Begriffen wie politische und jugendkulturelle Bildung, Aufklärung, Sensibilisierung, Demokratiepädagogik, Anti-Gewalt-Trainings, Antirassismuserbeit, Aussteigerarbeit, Gemeinwesenberatung usw. bezeichnet wird. Man mag einräumen, Deradikalisierung sei eine Bezeichnung für die allumfassende Idee, „etwas gegen rechts zu tun“ und beziehe schon daraus Legitimität. In dieser Argumentation wird die Wirklichkeit produzierende Macht von Begriffen ausgeklammert. Deradikalisierung kommt dem Versprechen gleich, sich mit für andere gefährlichen Identitäten zu beschäftigen, diese von ihrem Tun und Handeln abzubringen und damit die Gesellschaft zu schützen. Dass das in den meisten hier beschriebenen Praxisbeispielen in Bezug auf Neonazis nicht funktioniert, haben die Ausführungen oben gezeigt.

Mit welchen konkreten Vorstellungen auch immer – Deradikalisierung in andere Felder der (Jugend-)Sozialarbeit zu implementieren, birgt Gefahren, die aus der Zeit bekannt sind, in der die akzeptierende Arbeit mit rechten Jugendlichen en vogue war. Deradikalisierung ist ein defizitorientiertes Konzept aus der Arbeit mit ideologisch gefestigten, organisierten und/oder gewaltstraffälligen Personen. Der Ansatz, der die Demobilisierung und Deideologisierung beinhaltet, hat in der Ausstiegsarbeit und der Arbeit mit Strafgefangenen (unter anderen begrifflichen Vorzeichen) eine Berechtigung, wenn diese 1. von professionell ausgebildeten Mitarbeitenden, 2. in einem professionellen Kontext (also entsprechend ausgerichteten Projekten) und 3. in langfristiger Beziehungsarbeit stattfindet. Entsprechende Aussteigerprogramme oder das Violence Prevention Network können offensichtlich „deradikalisierend“ mit Neonazis und anderen rechten Gewaltstraftätern arbeiten.

Jedoch: In den meisten Einrichtungen mangelt es an genügend ausgebildetem Personal, langfristige intensive Beziehungsarbeit ist in der Regel nicht möglich und in manchen Städten und Kommunen sind Angebote der Offenen oder Mobilien Jugendarbeit an sich rar gesät. Hinzu kommt, dass in einigen Regionen rechtsoffene,-orientierte und-organisierte Jugendliche in der Mehrzahl sind. Hier hätte unter gegebener Ressourcenknappheit defizitorientiertes Arbeiten eklatante Auswirkungen auf nichtrechte, menschenrechtsorientierte Jugendliche und solche mit Migrationshintergrund. Die letztgenannten Gruppen finden im derzeitigen Diskurs um Deradikalisierung schlicht nicht statt.

Eine gesteigerte Sensibilität gegenüber (potenziell) Betroffenen ist in den hier beschriebenen Projekten nicht zu finden. In Aussteigerprogrammen oder der Arbeit mit Strafgefangenen können sie keine übergeordnete Rolle spielen. Dass dies aber auch der Fall in anderen Projekten ist, die nicht als Deradikalisierung gelabelt sind, stimmt bedenklich. So werden aus Workshops von CI „radikalisierte bzw. feindlich-aggressive und zynisch agierende Jugendliche (die die) Veranstaltungen belasten“ aus der Gruppe genommen und einem sogenannten, speziell ausgebildeten Time Out-Team übergeben.

Welche methodischen Kniffe erdacht wurden, um potenziell Betroffenen rechter Gewalt und Diskriminierung einen angenehmen Workshopaufenthalt zu sichern, um ihnen Schutzräume zur Verfügung zu stellen, während sie sich mit Jugendkulturen beschäftigen, darüber verliert CI kein Wort. Was also mit potenziell bedrohten Teilnehmenden aus den entsprechenden Gruppen passiert, spielt in den Beschreibungen keine Rolle. Auch Ulrich Dovermann verliert kein Wort darüber, wie sich eine Person mit Migrationshintergrund fühlt, die in einem Seminar aufgefordert wird, sich mit Personen, die eine „deutliche Neigung zu Rechtsextremen haben“ auf Kommunikationsregeln zu einigen.

Wenn sich Deradikalisierung (und das mit ihr verbundene Ziel bzw. Versprechen) in der Jugendsozialarbeit durchsetzt, dann wird nichtrechten Jugendlichen weiterhin wenig Aufmerksamkeit zuteil, wenn sich die zuständigen Pädagogen auf neonazistische, rassistische, antisemitische oder andere menschenverachtend eingestellte und handelnde Jugendliche konzentrieren. Konsequenz einer solchen Fokussierung wäre nicht nur, dass rechte Jugendliche ungleich mehr Ressourcen „ziehen“, sondern auch, dass sie präsent sind und bleiben – was der Produktion von Angstzonen für die einen und Gelegenheitsstrukturen mit Zugang zur rechten Szene für die anderen gleichkommt.

Schließlich: Unstrittig ist, dass Jugendsozialarbeiter und Pädagoginnen in verschiedenen Kontexten mit dem Problem gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit konfrontiert sind und dringend Konzepte entwickelt müssen, die ihnen einen Umgang mit der Problematik erleichtern. Ebenso unstrittig aber ist, dass es in jeder Gemeinde, an jedem Ort, an dem rechte Jugendliche und junge Erwachsene aktiv sind, auch nichtrechte, wenn nicht sogar explizit menschenrechtsorientierte, engagierte Jugendliche zu finden sind. Mit diesen ressourcenorientiert zu arbeiten, gerät einmal mehr aus dem Blick, wenn man sich Deradikalisierung (in welcher Form auch immer) auf die Fahnen geschrieben hat. Das ist dann nicht nur von Nachteil für die Jugendlichen selbst, sondern auch für die gemeinwesenbezogene Wirksamkeit der Sozialarbeit. Denn erfahrungsgemäß sind es menschenrechtsorientierte Jugendliche, die eigene Projekte umsetzen, kulturelle Angebote schaffen und sich (mit Unterstützung) verwirklichen, die für andere Jugendliche ein großes Anziehungspotenzial entfalten und so nichtrechte Jugendkulturen in den Gemeinwesen etablieren. Oder aus der anderen Richtung betrachtet: Der Versuch, ideologisch durchdrungene rechtsorien-

tierte Jugendliche und junge Erwachsene zu „deradikalisieren“, lief und läuft oftmals darauf hinaus, ihnen ein besseres Setting zu schaffen und darüber die „anderen“ aus dem Blick zu verlieren. Dies mögen nichtintendierte Nebeneffekte sein – sie aber zu übersehen und nicht aus den vergangenen Jahrzehnten zu lernen, wäre fahrlässig, gefährlich und pietätlos gegenüber den zahlreichen Opfern rechter Gewalt.

POLITISCHE JUGENDARBEIT VOM KOPF AUF DIE FÜSSE

Individuelle Lebensentwürfe junger Menschen stoßen vor allem im ländlichen Raum auf Widerstände. Sie stellen die eingefahrenen Gleise der Erwachsenenwelt in Frage. Verbunden mit einer nichtrechten, menschenrechtsorientierten Jugendkultur, die für Pluralismus und eigene Freiräume kämpft, stößt dieses Engagement schnell an Akzeptanzgrenzen in der Bevölkerung. Auch kommunale Entscheidungsträger_innen verweigern oftmals ihre Anerkennung und Unterstützung und blenden damit kritische Regionalbeschreibungen aus.

Wie politische Jugendarbeit mit Empowermentansätzen dieser Ausgrenzungsfälle entgehen kann und wie menschenrechtsorientierte Jugendliche, in Haltungen und Positionen den Erwachsenen weit voraus, Gemeindeleben politisch bereichern können, zeigt die Publikation und stellt damit politische Jugendarbeit vom Kopf auf die Füße.

Es kommen junge Menschen zu Wort, die auf der alten wirkmächtigen Folie der Extremismustheorie beschreiben, wie menschenrechtsorientiertes Handeln als ruhestörend und bedrohlich stigmatisiert wird. Zudem kommen Autor_innen zu Wort, die sich der Frage zuwenden, wie politische Jugendarbeit aufgestellt sein muss, um anwaltschaftlich für menschenrechtsorientierte Jugendliche zu arbeiten.

Diese Publikation ist ein Aufruf zum Perspektivenwechsel, das Empowerment für menschenrechtsorientierte Jugendliche als kommunalpolitischen Beitrag zur Stärkung demokratischer Haltungen zu verstehen und zu leben.

Mit freundlicher Unterstützung durch:

